

Rosa Luxemburg

ROSA – LUXEMBURG – STIFTUNG
SACHSEN e.V.

Texte zur
politischen
Bildung H.36

Ziele



Klaus Kinner (Hrsg.)

Parteibildungsprozesse
in der deutschen
Arbeiterbewegung

Angebote

Parteibildungsprozesse in der deutschen Arbeiterbewegung

Herausgegeben von Klaus Kinner

TEXTE ZUR POLITISCHEN BILDUNG

Heft 36

ISBN 978-3-89819-247-7

© ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN e. V. 2006

Harkortstraße 10

04107 Leipzig

Telefon: (0341) 9 60 85 31

Telefax: (0341) 2 12 58 77

RosaLuxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de

Umschlaggestaltung: Jutta Damm-Fiedler

Redaktion: Klaus Kinner / Lutz Höll

Satz: Lutz Höll

Herstellung: GNN Verlag Sachsen/Berlin GmbH
Badeweg 1, 04435 Schkeuditz

Inhalt

Vorwort	5
WOLFGANG SCHRÖDER:	
Auf der Suche nach einer effektiven Organisationsform: Bemerkungen zu Parteibildungsprozessen im 19. Jahrhundert	7
JUTTA SEIDEL:	
Einheit und Vielfalt der proletarisch-sozialistischen Parteibildung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts	30
KURT SCHNEIDER:	
Der politisch-ideologische Differenzierungsprozess in der deutschen Arbeiterbewegung während des Ersten Weltkrieges und seine organisatorischen Auswirkungen	39
KLAUS KINNER:	
Der deutsche Parteikommunismus Konstituierung, Brüche, Spaltungen im Parteibildungsprozess	60
GÜNTER BENSER:	
Die Gründung der SED Ein Fazit mit dem Abstand von sechs Jahrzehnten	80
STEFAN BOLLINGER:	
Schon wieder die Einheit, aber anders? 60 Jahre nach der letzten Einheitspartei	94
Autorenverzeichnis	123

Vorwort

Das Thema dieser Publikation bedarf keiner gesonderten Begründung. Die aktuellen Prozesse der Entwicklung der Linken in Deutschland drängen zu Fragen an die Geschichte.

Die Herausbildung und Entwicklung der Arbeiterbewegung, der deutschen wie der internationalen, war immer ein Prozess der Formierung, der Brüche und Spaltungen, der Neukonstituierung.

Es war immer ein mühsamer und widerspruchsvoller Prozess. Es ist nützlich, einen Blick auf die Geschichte dieses Prozesses zu werfen und dabei nicht nur das 20. und 21. Jahrhundert ins Auge zu fassen.

Dies wird mit der vorliegenden Publikation versucht. Doch hier sind Warntafeln aufzustellen!

»Lehren« aus der Geschichte der Art, dass Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im Bund der Kommunisten ihren Ursprung hatte und in gerader Linie zur Partei »neuen Typus« führte (siehe Wolfgang Schröder in dieser Publikation), sind durch den Gang der Geschichte obsolet geworden.

»Lehren« sind Werk der Geschichtsschreibung und anderer Erinnerungsleistungen, sie sind legitimatorischer, ideologischer Natur.

Wer mit ihnen hausieren geht, wird gleichfalls Opfer eigener Wünsche.¹

Schon Hegel meinte skeptisch, dass aus Geschichte nur zu lernen sei, dass Völker und Staaten nichts aus ihr lernten.² Jakob Burckhardt schränkte ein: Das Studium der Geschichte mache nicht klug für ein

1 Siehe dazu und zum Folgenden Ernst Wurl: Zur Beziehung zwischen Politik und Utopie im Lichte historischer Erfahrung. In: Klaus Kinner / Ernst Wurl (Hrsg.): Linke Utopien – die Zukunft Denken. VI. Rosa-Luxemburg-Konferenz. 24./25. März 2006. Bd. 1. (Diskurs. Streitschriften zu Geschichte und Politik des Sozialismus. Heft 21.) Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 2006.

2 G. W. F. Hegel: Vorlesungen zur Philosophie der Geschichte. (Werke. Bd.12.) Frankfurt am Main 1992. S. 18.

andermal, doch weise für immer.³ Was Geschichte in diesem Sinne leisten kann, ist, »... die Muster und Mechanismen des historischen Wandels zu erkennen. Das und nicht Vorhersagen oder Hoffnungen sind es.«⁴ In diesem Sinne sind die geschichtlichen Erfahrungen der Formierungs- und Parteibildungsprozesse der deutschen Arbeiterbewegung unverzichtbar für die Sicht auf gegenwärtige Entwicklungen.

Das einzig sichere Wissen über die Zukunft ist unsere Kenntnis der Vergangenheit, so relativ sie ist.

Es ist zu wünschen, dass diese Schrift dazu beiträgt, aktuelle Prozesse mit Augenmass zu betrachten und mit dem Blick auf ihre historische Dimension zu gestalten.

Die nachstehenden Texte entstanden im Ergebnis eines Kolloquiums der Historischen Kommission beim Parteivorstand der Linkspartei.PDS und verschiedener Bildungsveranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen und der Hellen Panke, Berlin.

Der Herausgeber

3 Jakob Burckhardt: Weltgeschichtliche Betrachtungen. Über geschichtliches Studium. Historische Fragmente. Leipzig 1985. S. 25.

4 Eric Hobsbawm: Was kann uns die Geschichte über die gegenwärtige Gesellschaft sagen? In: Eric Hobsbawm: Wieviel Geschichte braucht die Zukunft? München / Wien 1998. S. 50.

WOLFGANG SCHRÖDER

Auf der Suche nach einer effektiven
Organisationsform:
Bemerkungen zu Parteibildungsprozessen im 19. Jh.

Für die einen war es schicksalhaft vorgezeichnet: Der Formierungsprozess der Arbeiterbewegung kulminierte in der revolutionären Arbeiterpartei, die im Bund der Kommunisten ihren Ursprung hatte und in gerader Linie zur marxistisch-leninistischen »Partei neuen Typus« führte.

Anders sieht es aus, wenn man nicht vom vorgeblichen Endprodukt ausgeht, sondern den Selbstfindungsprozess des Proletariats von der Quelle her nachzuvollziehen sucht. Denn natürlich war der Aufstieg des Proletariats zum gesellschaftlichen Machtfaktor keine Sturzgeburt eines fix und fertigen Modells, sondern ein widerspruchsvoller Prozess, aus der Vereinzelung heraus nach der effektivsten Form eines Zusammenschlusses zu suchen, der die Mobilisierung und Aktionsfähigkeit ermöglichte.¹

Und wie viele Quellen speisten diesen historischen Prozess, wie viele Umstände und Einflüsse wirkten direkt oder indirekt auf ihn ein! Es gab – und zwar jeweils in vielfältigen Erscheinungsformen – ökonomisch-soziale Komponenten, insbesondere den Grad der Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise und die Konstituierung des Proletariats als Klasse.² Es gab politische Faktoren, die teils aus demokratischen, liberalen oder selbst konservativen Traditionen erwachsen, teils aus aufwühlenden Entscheidungssituationen (wie der Revolution von 1848/

1 Ein so großes Thema kann hier nur in groben Strichen und strikter Beschränkung auf einige wenige Aspekte der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung skizziert werden.

2 Hartmut Zwahr: Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse. Strukturuntersuchung über das Leipziger Proletariats während der industriellen Revolution. Berlin 1978; Gerhard A. Ritter / Klaus Tenfelde: Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1918. Bonn 1992.

49 oder der »Revolution von oben« 1866/71) entsprangen. Und es gab ideologische Komponenten, eingeschlossen das »ideelle Hinausspringen über reale Ziele«, von dem Liebknecht in seinen Aufzeichnungen aus dem Leipziger Untersuchungsgefängnis Anfang 1871 sprach³ und dabei eine gesellschaftliche Vision meinte.

In der Rückblende erscheint manches als lapidare Selbstverständlichkeit, was in Wahrheit kühne Antizipation möglicher Entwicklungen war.

Erinnern wir uns der Mahnung von Engels: »Unsere Theorie ist kein Dogma, sondern die Darlegung eines Entwicklungsprozesses, und dieser Prozess schließt aufeinander folgende Phasen ein.«⁴ Diese »aufeinander folgenden Phasen« aber sollten wir uns nicht mechanisch vorstellen, wie man eine Treppe Stufe für Stufe bewältigt, bis man oben oder eben auch unten angelangt ist. Vielmehr haben wir jeden Schritt ins Neuland als eine Entscheidung zwischen mehreren alternativen Möglichkeiten zu verstehen.

Die Entscheidung, gerade diesen und nicht einen der anderen möglich erscheinenden Schritte zu setzen, hing von ganz unterschiedlichen Faktoren ab, von realen Interessen, um die sich proletarische Organisationen kristallisierten oder von Divergenzen innerhalb des Proletariats – und nicht zuletzt von den Persönlichkeiten, die sich engagierten und sich Gehör resp. Einfluss zu schaffen wussten, was durchaus nicht automatisch »reine Harmonie« garantierte. Persönliche Rivalitäten konnten langwierige und kräftezehrende Bruderkämpfe entfachen, wie dies z. B. auf das Verhältnis von Wilhelm Liebknecht und J. B. v. Schweitzer zutrifft, wobei man freilich auch Marx und Lassalle oder Marx und Bakunin ins Feld führen könnte. Umso bemerkenswerter ist die Stabilität des Verhältnisses von Bebel und Liebknecht.

Lassen wir verschiedene Ansätze zur Formierung linker proletarischer Organisationen im Überblick Revue passieren! Wir begreifen sie als *Experimente* auf der Suche nach einer effektiven – der effektivsten! – Organisation des Proletariats. Wobei stets mitzudenken ist, dass die »Organisation des Proletariats« im 19. Jh. nur eine Minderheit erfassen konnte, dass also, um einen Einwurf von Frank Deppe aufzugreifen, innerhalb des Proletariats eine »Spaltung zwischen dem organisierten

3 Rußländisches Staatliches Archiv für Sozial- und Politikgeschichte. F. 200. op. 1. d. 114.

4 Friedrich Engels an Florence Kelley-Wischnewetzky. 28.12.1886. In: MEW. Bd. 36. S. 589.

Kern der Arbeiterbewegung und seinem politischen Umfeld auf der einen und der Masse der Unorganisierten« auf der anderen Seite existierte.⁵ Und es hing keineswegs allein von ihm selbst ab, inwieweit der »Kern der Arbeiterbewegung« innerhalb der Arbeiterklasse ein Echo resp. eine breite Basis finden konnte, oder, anders ausgedrückt, inwieweit die elementare Arbeiterbewegung den Einflüssen des sich als ihre politische Repräsentanz verstehenden »Kernes« gegenüber aufnahmewillig oder mobilisierbar erwies. Auch dies war alles andere als nur eine subjektiv geprägte Beziehung; das Auf- und Abschwellen der elementaren Arbeiterbewegung wurde vielmehr wesentlich durch objektive Umstände geprägt, darunter durch den ökonomischen Konjunkturverlauf oder politische Krisensituationen.

Dies trifft zweifellos auch auf den *Bund der Kommunisten* zu, der auf Erfahrungen seiner Vorläufer – den Bund der Geächteten resp. den Bund der Gerechtigkeit⁶ – aufbaute und sie im dialektischen Sinne aufhob. Vielleicht wird man dem Bund der Kommunisten am ehesten gerecht mit der Charakterisierung als Kaderorganisation, die »als Hebel im Parteibildungsprozeß der Arbeiter« diente (Walter Schmidt).⁷ Der historische Bund der Kommunisten, der nur kurze Zeit (mit Unterbrechung zwischen 1848 und 1852) bestand, ist nie kopiert worden. Inwieweit in ihm Komponenten der proletarischen Partei und ihrer Aktionsfelder – wenn auch mehr oder weniger embryonal – antizipiert waren, kann hier nicht behandelt werden. Marx selbst urteilte: »Der ›Bund‹, ... wie hundert andre Gesellschaften, war nur eine Episode in der Geschichte der Partei, die aus dem Boden der modernen Gesellschaft überall naturwüchsig sich bildet.«⁸ Marx hatte eine politische Massenbewegung

5 Frank Deppe: Einheit und Spaltung der Arbeiterklasse, Überlegungen zu einer politischen Geschichte der Arbeiterbewegung. (= Schriftenreihe für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung, Bd. 25.) Marburg 1981. S. 41.

6 Joachim Höppner / Waltraud Seidel-Höppner: Von Babeuf bis Blanqui. Französischer Sozialismus und Kommunismus vor Marx. 2 Bde. Leipzig 1975; dies.: Sozialismus vor Marx. Beiträge zu Theorie und Geschichte des vormarxistischen Sozialismus. Berlin 1987; dies.: Der Bund der Geächteten und der Bund der Gerechtigkeit. In: Helmut Reinalter (Hrsg.): Politische Vereine, Gesellschaften und Parteien in Zentraleuropa 1815–1849. Frankfurt am Main 2005. S. 89–153.

7 Walter Schmidt: Über Entwicklung und Inhalt des Parteibegriffs von Marx und Engels. Kritisches und Selbstkritisches zu seiner Interpretation. In: Carl Erich Vollgraf / Richard Sperl / Rolf Hecker (Hrsg.): Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge 1994. Quellen und Grenzen von Marx' Wissenschaftsverständnis. Hamburg 1994. S. 129.

8 Karl Marx an Ferdinand Freiligrath. 29.2.1869. In: MEW. Bd. 30. S. 490.

nach dem Beispiel der Chartisten als gesellschaftsverändernde Kraft im Auge. Längerfristig wirkte der Bund der Kommunisten namentlich durch seine Programmatik, die im »Manifest der Kommunistischen Partei« fixierten politisch-ideologischen Grundlagen.⁹

Eine zentrale Rolle kam der *Arbeiterverbrüderung* zu, der ersten überregionalen Arbeiterorganisation deutscher Geschichte. Sie wuchs an zu einer Massenorganisation, verfügte mit der »Verbrüderung« über ein eigenes Presseorgan, eigenständige Leitungsorgane und Kongresse, begünstigte die Herausbildung selbständiger Gewerkschaftsverbände der Buchdrucker und Tabakarbeiter. Natürlich war auch die Arbeiterverbrüderung nicht als eine Art deus ex machina ins Leben getreten; vielmehr feierte in ihr »das von der Maulwurfsarbeit der Geheimbünde geknüpfte und von Wilhelm Weitling erstrebte überregionale Netzwerk seine Auferstehung, das nie mehr ganz kaputt zu machen war« (Waltraud Seidel-Hoepfner). Kommunisten waren in allen Regionalverbänden eine treibende Kraft – wie auch in der Redaktion der »Verbrüderung« mit Stefan Born, Franz Schwenniger, Karl Gangloff.¹⁰

Unerheblich ist, ob die »Arbeiterverbrüderung« als eine Art Zwittergebilde von Parteiansatz und gewerkschaftlichem Embryo anzusehen ist. Diese sich später ausprägende Differenzierung zwischen proletarischen Organisationen, namentlich zwischen Partei und Gewerkschaften, war ein längerfristiger Prozess. Auch die »Arbeiterverbrüderung« ist in Deutschland nach ihrer Zerschlagung in dieser Form nicht wieder auferstanden. Zweifellos aber gab sie Erfahrungen, Impulse für die Entfaltung der proletarischen Emanzipationsbewegung weiter – sie war in Deutschland eine wichtige Station im Selbstfindungsprozess des Proletariats. Die »Arbeiterverbrüderung« war Resultat von inneren Lernprozessen in der gesellschaftspolitisch aktiv werdenden Arbeiterschaft,

9 Martin Hundt: Der Bund der Kommunisten 1836–1852. Frankfurt am Main 1993. Vgl. die Rezension von Walter Schmidt. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. (1994)5. S. 458–461.

10 Die Verbrüderung. Correspondenzblatt aller deutschen Arbeiter. Hrsg. vom Centralcomité für die deutschen Arbeiter. Redigiert von Stefan Born, Franz Schwenniger, Karl Gangloff. Jg. 1–3 (3. Oktober 1848 – 29. Juni 1850). Unveränderter Nachdruck mit einer Einleitung von Rolf Weber. Leipzig 1975; Horst Schlechte: Die Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung 1848–1850. Dokumente des Zentralkomitees für die deutschen Arbeiter in Leipzig. Weimar 1979; Frolinde Balsar: Sozialdemokratie 1848/49–1863. Die erste deutsche Arbeiterorganisation. »Allgemeine Arbeiterverbrüderung« nach der Revolution. 2 Bde. Stuttgart 1962 (= Industrielle Welt. Band 2.)

und diese waren »der entscheidende eigenständige Faktor und die eigentliche Grundlage jeder Arbeiterbewegung«. ¹¹

Spuren der Arbeiterverbrüderung sind nicht nur in einer ganzen Anzahl lokaler Unterstützungskassen – der letzten Rückzugslinie vor der Konterrevolution – zu finden. Mit dem Deutschen Tabakarbeiterverein (gegr. Dezember 1865) und dem Deutschen Buchdruckerverband (gegr. Mai 1866) konnten zwei unterschiedliche Arbeiterkategorien als erste zu modernen gewerkschaftlichen Verbänden gelangen, die bereits 1848/49 überregionale Organisationen aufgebaut hatten und nunmehr – mit dem Rückhalt der Erinnerung an die Arbeiterverbrüderung – der modernen Gewerkschaftsbewegung Bahn brachen. ¹² Die freien Gewerkschaften, so sehr sie an traditionelle Gesellenverbindungen anknüpften, begriffen sich als Vorkämpfer zumindest für die Gleichberechtigung des Proletariats. Vielfach, und namentlich in ihren Gründungsdokumenten, orteten sich die freien Gewerkschaftsverbände als Wegbereiter einer sozialen Alternative zum bestehenden Gesellschafts- und Herrschaftssystem.

Die 1848er Revolution war eine viel zu gewaltige Tatsache, als dass die Konterrevolution sie aus dem Bewusstsein ausradieren konnte. Tatsächlich war der Bezug auf die 1848er Revolution konstitutiver Faktor nicht nur im Neuaufschwung der Arbeiterbewegung in den 1860er Jahren, sondern generell, war sie doch trotz ihrer Niederlage Symbol dafür, dass ein Staats- und Gesellschaftssystem ins Wanken zu bringen war. Revolutionäre Zielstellungen – »die Welt aus den Angeln heben« – mussten sich notwendigerweise an praktischen Erfahrungen empor ranken, und

11 Walter Schmidt: Forschungen zur Revolution von 1848/49 in der DDR. Versuch eines historischen Überblicks und einer kritischen Bilanz. In: Walter Schmidt (Hrsg.): Demokratie, Liberalismus und Konterrevolution. Studien zur deutschen Revolution von 1848/49. Berlin 1998. S. 33. Vgl. Walter Schmidt / Gerhard Becker / Helmut Bleiber / Rolf Dlubek / Siegfried Schmidt / Rolf Weber: Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution 1848/49. 3. erg. u. überarb. Aufl. Berlin 1988.

12 Ulrich Engelhardt: »Nur vereinigt sind wir stark«. Die Anfänge der deutschen Gewerkschaftsbewegung 1862/63 bis 1869/70. 2 Bde. Stuttgart 1977. (= Industrielle Welt, Bd. 23.) Bes. S. 265 f.; Hermann Müller: Die Organisationen der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe. 1. Allgemeine Gewerkschaftsgeschichte. Berlin 1917. S. 21ff., 58ff.; Gerhard Beier: Schwarze Kunst und Klassenkampf. Bd. I. Vom Geheimbund zum königlich-preußischen Gewerkverein (1830–1890). Frankfurt am Main / Wien / Zürich 1966. S. 203ff., 331ff.; Walther Frisch: Die Organisationsbestrebungen der Arbeiter in der Tabakindustrie. Leipzig 1905; Franz Klüss: Die älteste deutsche Gewerkschaft. Die Organisation der Tabak- und Zigarrenarbeiter bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes. Karlsruhe 1905.

dafür bot sich nicht nur die Revolution von 1848/49¹³ an, die eine Reihe von Akteuren der 1860er Jahre selbst erlebt hatten, sondern auch namentlich die Revolution von 1789¹⁴ an, die eine neue geschichtliche Epoche eröffnete, und später, mit Recht als zentraler Bezugspunkt für die proletarische Aktionsrichtung, die Pariser Kommune von 1871¹⁵.

In den 1860er Jahren setzte in Deutschland eine zweite Welle des langfristig anzusetzenden Parteibildungsprozesses ein, nachdem Ende der 1840er Jahre die erste Welle an der Konterrevolution zerschellt war.

Wenn eine Persönlichkeit in Anspruch nehmen konnte, die personelle und theoretische Kontinuität zu 1848/49, dem Bund der Kommunisten und direkt zu Marx zu verkörpern, dann war es Ferdinand Lassalle.¹⁶ Während Marx abwehrend konstatierte: »Die Wellen in Deutschland

-
- 13 Walter Schmidt: Die Revolutionsrezeption in den Jubiläumsjahrestagen 1873 – 1898 – 1923. In: Helmut Bleiber / Rolf Dlubek / Walter Schmidt (Hrsg.): Demokratie und Arbeiterbewegung in der deutschen Revolution von 1848/49. Beiträge des Kolloquiums zum 150. Jahrestag der Revolution von 1848/49 am 5. und 6. Juni 1998. Berlin 2000. S. 243ff.; ders.: Wilhelm Liebknecht und die Traditionen von 1848/49. In: Wilhelm Liebknecht, evolutionärer Demokrat und Sozialist (1826 – 1900). Wissenschaftliche Konferenz anlässlich seines 100. Todestages. (= Pankower Vorträge. H. 31.) Berlin 2001. S. 5ff.
- 14 Vgl. Walter Schmidt / Wolfgang Küttler / Gustav Seeber (Hrsg.): Große Französische Revolution und revolutionäre Arbeiterbewegung. Geschichtsbewußtsein, Gesellschaftstheorie und revolutionärer Kampf. Berlin 1989; Kurt Holzapfel / Wolfgang Büttner / Katharina u. Matthias Middell / Herbert Langer: Die Große Französische Revolution 1789–1795. Illustrierte Geschichte. Berlin 1989; Walter Markov / Katharina u. Matthias Middell: Die Französische Revolution. Bilder und Berichte 1789–1799. Leipzig 1989; Kurt Holzapfel / Katharina Middell: Die Französische Revolution von 1789. Studien zur Geschichte und ihren Wirkungen. Walter Markov, dem Nestor der Leipziger Rrevolutionärforschung, zum 80. Geburtstag am 5. Oktober 1989 gewidmet. (= Jahrbuch für Geschichte. Bd. 39.) Berlin 1990.
- 15 Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich. Leipzig 1871. Marx Analyse erschien in der Übersetzung durch Friedrich Engels bereits im ab 28. Juni bis 29. Juli 1871 im »Volksstaat« und unmittelbar darauf als Broschüre, die in kurzer Zeit in nahezu 10.000 Exemplaren Verbreitung fand. Vgl. Hans-Dieter Krause (Bearb.): MEGA I/22. Berlin 1978; Jean Bruhat / Jean Dautry / Emile Tersen: Die Pariser Kommune von 1871. Berlin 1971 (Hrsg. der deutschen Ausgabe Heinz Köller.)
- 16 Vgl. Gustav Mayer (Hrsg.): Der Briefwechsel zwischen Lassalle und Marx nebst Briefen von Friedrich Engels und Jenny Marx an Lassalle und von Karl Marx an Gräfin Sophie Hatzfeldt. (= Ferdinand Lassalle: Nachgelassene Briefe und Schriften. 3. Bd.) Stuttgart / Berlin 1922; Shlomo Na'aman: Ferdinand Lassalle. Hannover 1970.

schlagen noch nicht hoch genug, um unser Schiff zu tragen«¹⁷, wagte Lassalle die Gründung des *Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins* (ADAV), die am 23. Mai 1863 in Leipziger »Pantheon« erfolgte. Der Kernsatz in Lassalles »Offenem Antwortschreiben«, das in einer Auflage von 10.000 Exemplaren verbreitet wurde, forderte: »Der Arbeiterstand muß sich als selbständige politische Partei konstituieren.«¹⁸ Lassalle stellte sich als Präsident an die Spitze der nach der Reaktionszeit in Deutschland ersten, im internationalen Maßstab einzigen politischen Arbeiterpartei mit sozialistischer Orientierung.

Es war dies ein neuartiges Experiment.

Die repressiven Vereinsgesetze von 1850 verboten die Verbindung von Vereinen, die sich mit politischen resp. öffentlichen Angelegenheiten (§ 24 des sächsischen Vereinsgesetzes vom 22. November 1850) beschäftigten. Um das Verbindungsverbot zu umschiffen, gestaltete Lassalle den ADAV als einen einzigen, zentralistischen, über ganz Deutschland verbreiteten Verein mit dem Sitz in Leipzig. Die Mitglieder traten dem Gesamtverein bei; für Orte, in denen Mitglieder lebten, wurden als Vertreter des Präsidenten örtliche Bevollmächtigte (durch Lassalle bzw. den Vorstand) ernannt. Die Mitglieder in einem Ort bildeten zugleich lokale »Gemeinden« (wie beim Bund der Kommunisten).¹⁹ Diese Konstruktion berücksichtigte die gesetzlichen Bedingungen, deren Auslegung allerdings im Ermessensbereich der Staatsbehörden lag, die vorerst – selektiv – bei allen Einschränkungen und Behinderungen die Bemühungen um den Aufbau von Arbeiterorganisation in gewissen Grenzen nicht zuletzt aus der Erwägung heraus tolerierten, in ihnen einen Faktor zu finden, der die bürgerlich-liberale Opposition von links her in die Zwickmühle nehmen könnte.

17 Karl Marx an Friedrich Engels, 29.1.1861. In: MEW. Bd. 30. S. 148f. Von Mitte März bis Mitte April 1861 war Marx Gast von Lassalle in Berlin. Vgl. Rolf Dlubek: Auf der Suche nach neuen politischen Wirkungsmöglichkeiten: Marx 1861 in Berlin. In: Marx-Engels-Jahrbuch 2004. S. 142ff.

18 Eduard Bernstein (Hrsg.): Ferdinand Lassalle. Reden und Schriften. Neue Gesamtausgabe. Mit einer biographischen Einleitung. 2. Bd. London 1993, S. 413: Offenes Antwortschreiben an das Centralcomitee zur Berufung eines Allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses.

19 Dieter Dowe (Hrsg.): Protokolle und Materialien des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (inkl. Splittergruppen). Berlin / Bonn 1980; Toni Offermann: Die erste deutsche Arbeiterpartei. Organisation, Verbreitung und Sozialstruktur von ADAV und LADAV 1863–1871. Bonn 2002.

In dem Begriff »*Allgemeiner* Deutscher Arbeiterverein« steckte der Anspruch, dass der ADAV die einzige Vertretung der Arbeiterklasse sein sollte. Indem er alle realen Interessen des Proletariats in sich zu vereinen suchte, erschienen proletarische Organisationen neben bzw. außerhalb des ADAV mithin als überflüssig.

Lassalle ging es in erster Linie um die Schaffung einer *legalen* Partei, die in der Lage war, Arbeitermassen um sich oder in sich zu sammeln. Diese Mobilisierung sollten zwei zwar legale, dabei aber über die gesellschaftliche Realität hinausweisende Zielstellungen bewirken: Erstens die politische Forderung nach einem allgemeinen Wahlrecht, damit auch die Volksmassen ihre Stimme zur Geltung bringen könnten. Das war – über die ökonomistische Selbstbeschränkung trades-unionistischer Auffassungen hinausgehend – eine Orientierung auf den politischen Kampf. Zweitens Produktivgenossenschaften (»mit Staatshilfe«, d. h. die politische Forderung an den Staat, die »von unten her« entstehenden Genossenschaften zu fördern) als eine soziale Alternative gegenüber dem sich entfaltenden Individualkapitalismus. Das verband Lassalle mit einer generellen Frontstellung gegen das liberale Bürgertum und namentlich den Linksliberalismus resp. die Fortschrittspartei, die – man denke nur an die Berliner Maschinenbauer²⁰ – noch den größten Einfluss unter den Arbeitern hatte. Damit zog Lassalle, im Interesse der Selbstfindung des Proletariats, die Frontlinie sehr eng und ließ den potentiellen linksliberalen Bündnispartner gegen das junkerlich-bourgeoise Regime außen vor.²¹

Auf die Kontroversen um Lassalle, der in der DDR-Historiographie fälschlicherweise zur persona non grata gemacht wurde, kann hier nicht eingegangen werden. Mit dem Tod Lassalles sprang der eiserne Ring auseinander, mit dem seine starke Persönlichkeit den etwa auf 4.000 Mitglieder angewachsenen ADAV zusammengehalten hatte. Kernpunkt der heftigen inneren Auseinandersetzungen, die die Arbeiterpartei zu sprengen drohten, war die Frage: »Wie weiter?« In der Pluralität der Auffassungen offenbarte sich wiederum, dass die »Opposition gegen

20 Eduard Bernstein: Die Geschichte der Berliner Arbeiter-Bewegung. Ein Kapitel zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. I. Teil. Vom Jahre 1848 bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes. Berlin 1907. S. 108ff.

21 Vgl. Erhard Hexelschneider / Gerhild Schwendler (Hrsg.): »Auf ehrliche und anständige Gegnerschaft ...«. Ferdinand Lassalle und der F. A. Brockhaus-Verlag in Briefen und Kommentaren. (=Veröffentlichungen des Leipziger Arbeitskreises zur Geschichte des Buchwesens. Schriften und Zeugnisse zur Buchgeschichte. Bd 13.) Wiesbaden 2000; Shlomo Na'aman: Lassalle. Hannover 1970. S. 527ff.

Lassalle²² sehr heterogen war. Die Spaltung des ADAV durch die Formierung einer Separatororganisation um die Gräfin Hatzfeld, die das Erbe Lassalles zu bewahren suchte, richtete sich gegen eine – schrittweise vorangetriebene – Anpassung der Arbeiterpartei an die realen Anforderungen der Arbeiterbewegung.

Reichlich ein Jahr nach der Gründung des ADAV (und nur wenige Wochen nach Lassalles Duelltod) schaltete sich Karl Marx in den Entstehungsprozess der *Internationalen Arbeiterassoziation* ein, deren Gründungskongress im September 1864 stattfand und deren »Seele« Karl Marx wurde, wie allein schon die Autorschaft der Inauguraladresse und der Statuten der I. Internationale belegt.

Der Allgemeine *Deutsche* Arbeiterverein war auf den nationalen Kampf-boden ausgerichtet, die Internationale Arbeiterassoziation dagegen war, wie schon ihr Name kundtut, eine international fundierte Organisation. Der Bund der Kommunisten umfasste (vorwiegend deutsche) wandernde Handwerksgesellen und Intellektuelle. Die I. Internationale entsprang der angestrebten Aktionsgemeinschaft französischer und englischer Arbeiter, hatte ihre Hauptbasis in den Trades Unions – einer neuen Organisationsform des Proletariats –, die sich in der Auseinandersetzung um die Erweiterung des Wahlrechts politisierten und radikalisierten. Sie konnte in verschiedenen europäischen Ländern sowie in den USA Fuß fassen und gewann namentlich in Frankreich eine Massenbasis. Diese Massenbewegung, die sich auch in Länder übergreifenden Solidaritätsaktionen artikuliert, bedeutete zugleich, dass im Rahmen der I. Internationale ein Konglomerat heterogener Konzeptionen zusammentraf, die die in bestimmter Weise eigenständige Erfahrungen reflektierten und, wenn man will, im politisch-ideologischen Bereich Experimente darstellten, gedankliche Vorgriffe auf mögliche künftige Entwicklungsprozesse. Die Spannweite reichte – in mancherlei Schattierungen – von Trades Unionisten, Jakobinern, Proudhonisten, »utopi-

22 Heinz Hümmeler: Opposition gegen Lassalle. Die revolutionär-proletarische Opposition im Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins 1862/63–1866. Berlin 1963, prägte das extrem negative Bild von Lassalle und dem ADAV, von dem sich die DDR-Historiographie nur schwer zu lösen vermochte. Vgl. Hans Jürgen Friederici: Ferdinand Lassalle. Eine politische Biographie. Berlin 1985; Peter Pohlenz: Entwicklung und Differenzierung im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (1863–1867). Phil. Diss. Leipzig 1986; Christine Lasch: Entwicklung und Differenzierung im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (1868–1870). Phil. Diss. Leipzig 1990; Otto Warnecke: Entwicklung und Differenzierung im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (1871–1873). Phil. Diss. Leipzig 1992.

schen« und »wissenschaftlichen Sozialisten« bis hin zu Anarchisten bzw. Bakunisten. Es musste sich erweisen, inwieweit und wie lange die gemeinsame internationalistische Klammer in der Lage war, die von den konkreten Verhältnissen ausgehenden Sachzwänge und Fliehkräfte einzubinden.

Wenn sich auch in Deutschland eine Reihe von Sektionen der I. Internationale bildeten, so konnten sie über einen kleinen Kreis von Arbeitern und bürgerlichen Demokraten – wie Louis Kugelmann oder Ludwig Büchner²³ – nicht hinauswachsen. Die Briefe, die Wilhelm Liebknecht von Leipzig an Karl Marx sandte, widerspiegeln die Kalamität: Der Glaube, die Arbeitervereine als solche der I. Internationale zuzuführen, zerstoß an der Realität der Vereinsgesetze, die die Verbindung von Vereinen generell, erst recht aber deren internationale Verbindungen unterbanden. Ebenso illusorisch erwies sich der Gedanke, den Rahmen der I. Internationale zu nutzen, um die lassalleianische und die Bebel-Liebknechtschen Richtung zusammenzuführen. Die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung konnte sich nicht (wie etwa in Frankreich) innerhalb der Sektionen der I. Internationale vollziehen. Dennoch ist der Einfluss der I. Internationale auf die weitere Formierung der deutschen Arbeiterbewegung kaum zu überschätzen: Wo sonst konnten die auf sich gestellten Funktionäre eine greifbarere, einleuchtendere Orientierung für den Marsch durchs Neuland finden als in der zwar fernen, jedoch mit großer Autorität umwobenen Internationalen Arbeiterassoziation, zumal der direkte Ansprechpartner Karl Marx war?²⁴

Die »Bebel-Liebknechtsche Richtung« entwickelte sich aus der proletarischen Bildungsbewegung. Kristallisationspunkt war der Leipziger Gewerblische Bildungsverein (seit 1865 Arbeiterbildungsverein)²⁵, der dem Vereinstag (später: Verband) der deutschen Arbeitervereine angehörte, der sich am 7./8. Juni 1863 – nur zwei Wochen nach der ADAV-

23 Rolf Dlubek: Ludwig Büchner und die Internationale Arbeiterassoziation. In: Sitzungsberichte der Leibnitz-Sozietät. Berlin 2002. S. 91ff.; Martin Hundt: Louis Kugelmann. Eine Biographie des Arztes und Freundes von Karl Marx und Friedrich Engels. Berlin 1979; Lothar Petry: Die I. Internationale in der Berliner Arbeiterbewegung. Diss. Berlin 1975.

24 Rolf Dlubek / Evgenija Stepanova u. a.: Die I. Internationale in Deutschland (1864–1872). Dokumente und Materialien. Berlin 1964.

25 Der Vf. bereitet eine Dokumentation über den Leipziger Arbeiterbildungsverein 1861–1878 vor.

Gründung – in Frankfurt am Main mit dem Ziel konstituierte, ein Abdriften der Arbeitervereine ins lassalleanische Lager zu verhindern.²⁶

Anders als der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, der sich als sozialistische Arbeiterpartei in Frontstellung zur Bourgeoisie – und zwar auch und besonders zu ihrem linksliberalen Flügel – profilierte, verharnte der Arbeiterbildungsverein auf bürgerlichen bzw. demokratischen Positionen und widmete sich intensiv dem ihm eigenen Bildungsprogramm. Das sächsische Gewerbegesetz vom 15. Oktober 1861 hatte die Innungszwänge weitgehend aufgehoben und Gewerbefreiheit und Freizügigkeit eingeräumt. Das war eine erhebliche Umwälzung des Gewerberechts: Ohne die umständliche Prozedur bis zur Meisterwürde konnten auch Gesellen, selbst Tagelöhner ein eigenes Unternehmen errichten und ihre Produkte zum Verkauf anbieten. Hierzu brauchten sie technisches Können und kaufmännisches Geschick. Diesem Anliegen widmete sich der Arbeiterbildungsverein, der sich auf das intellektuelle Potential der Universitätsstadt stützen konnte, u. a. durch Unterricht in Elementarfächern, Buchhaltung oder »gewerblicher Geschäftskunde«. Zu den realen Bedürfnissen, die der Arbeiterbildungsverein wahrnahm, gehörten auch eine eigene Sparkasse, der Consumverein, eine Creditkasse (die den »Existenzgründern« eine Handbreit Wasser unter dem Kiel verschaffen sollte), der Versuch, eine Arbeitsvermittlung aufzubauen, und natürlich das Vereinslokal mit seiner schnell wachsenden Bibliothek und der reichhaltigen Zeitungs- und Zeitschriftenauslage. Das »Journalistikum« umfasste schließlich mehr als 30 Titel, darunter neben Organen für Turner, Sänger oder Stenographen eine Zeitungsskala, die von J. B. v. Schweitzers »Sozialdemokrat« und der durch Guido Weiß redigierten »Berliner Reform« (1865) bzw. »Zukunft« (1867) über die »Berliner Volkszeitung« und die »Mitteldeutsche Volkszeitung«, die Berliner »Börsenzeitung«, das liberale »Leipziger Tageblatt« und Karl Biedermanns »Deutsche Allgemeine Zeitung« bis zur regierungsamtlichen konservativen »Leipziger Zeitung« reichte und damit nahezu das gesamte

26 Dieter Dowe (Hrsg): Bericht über die Verhandlungen der Vereinstage deutscher Arbeitervereine 1863 bis 1869. Nachdrucke. Mit einer Einleitung von Slohmo Na'aman. (= Reprints zur Sozialgeschichte.) Berlin 1980; Karl Birker: Die deutschen Arbeiterbildungsvereine 1840–1870. Mit einem Vorwort von Ernst Schraepfer. Berlin 1973. Bes. S. 127, 171; Wolfgang Schmierer: Von der Arbeiterbildung zur Arbeiterpolitik. Die Anfänge der Arbeiterbewegung in Württemberg 1862/63–1878. (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung.) Hannover 1970. S. 69ff.

politische Spektrum repräsentierte – eine für Arbeitervereine geradezu beispieldlose Informationsquelle.

Diese Vielgestaltigkeit stabilisierte den Arbeiterbildungsverein nach innen und erleichterte es den Leipziguern, Brücken zu schlagen zu den außerordentlich heterogenen sächsischen Arbeitervereinen. Ende 1864 bestanden in 17 Orten Sachsens etwa 29 Vereine (zumeist Bildungs- und Lesevereine) mit 4.579 Mitgliedern sowie 22 genossenschaftliche Institutionen, nämlich 7 Sparkassen bzw. Vorschussvereine, 5 Konsumvereine nebst 1 Konsumbäckerei, 8 Kranken-, Invaliden- bzw. Begräbniskassen und 1 Weberassoziation.²⁷ Auch ohne die beantragte Zulassung eines sächsischen Gauverbandes (der eine Suspension vom Vereinsgesetz bedingte) sorgten die Leipziger für stabile Verbindungen durch persönliche Kontakte (Korrespondenzen, Agitationstouren), aus denen ab und an gemeinsame Beratungen – »Landesversammlungen« – erwuchsen.

Der Leipziger Arbeiterbildungsverein – Vorort der sächsischen Vereine – wirkte als Motor des bedeutungsvollen Radikalisierungsprozesses, der nach einem Wort von Gustav Mayer zur »Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie« führte,²⁸ einen Prozess, den Thomas Welskopp als »Demokratisierung der Arbeiterbildungsvereine durch die Arbeiter« charakterisierte²⁹.

Der preußisch-oesterreichische Krieg mit der Entscheidungsschlacht von Königsgrätz im Juli 1866 brach Bismarcks »Revolution von oben« Bahn. In einer Phase höchster politischer Erregung kam es im August 1866 zur Gründung der »*Sächsischen Volkspartei*«, die Sammelbecken aller demokratischen antipreußischen Kräfte sein sollte. An der in konspirativer Weise durchgeführten Besprechung in Chemnitz – immerhin war Sachsen von preußischen Truppen besetzt – nahmen Vertreter der

27 Moritz Germann: Die Thätigkeit der Arbeiter-Vereine Sachsens im Jahre 1864. In: Flugblatt vom ständigen Ausschusse des Vereinstags deutscher Arbeitervereine. Nr. 8 v. 23.7.1865. Beilage. Nachdruck, hrsg. von Dieter Dowe mit einer Einleitung von Shlomo Na'aman. Berlin / Bonn 1980.

28 Gustav Mayer: Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland 1863–1870. In: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.): Gustav Mayer. Radikalismus, Sozialismus und bürgerliche Demokratie. Frankfurt am Main 1969. S. 108ff.

29 Thomas Welskopp: Das Banner der Brüderlichkeit. Die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz. (= Politik und Gesellschaftsgeschichte. Bd. 54.) Bonn 2000. S. 235ff. – Günter Benser: Zur Herausbildung der Eisenacher Partei. Eine Untersuchung über die Entstehung der Arbeiterbewegung im sächsischen Textilgebiet Glauchau-Meerane. Berlin 1956.

»Bebel-Liebknachtschen Richtung«, des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (darunter Fritzsche) und demokratischer Kräfte (wie Prof. Roßmäßler) teil, insgesamt kaum mehr als 1½ Dutzend Personen. Die ADAV-Vertreter sorgten für die Aufnahme sozialer Forderungen in das »Chemnitzer Programm«, zogen sich jedoch auf Verlangen der ADAV-Führung um Schweitzer zurück. Nicht unumstritten war der zukunftsweisende Beschluss, sich an den Wahlen zum Reichstag des Norddeutschen Bundes (Februar und August 1867) zu beteiligen. Die Wahlkämpfe insbesondere, jedoch auch die parlamentarische Tätigkeit erwiesen sich in der Praxis als konstitutives Element im Parteibildungsprozess.³⁰

Die Gründung der Sächsischen Volkspartei war in der marxistischen Historiographie umstritten.³¹ Wenn ich selber sie als Umweg auf dem Weg zur marxistischen Partei charakterisiert habe, so muss ich mich korrigieren: Es war vielmehr eine notwendige Durchgangsstufe, die den unverzichtbaren Aktionsrahmen für die »Bebel-Liebknachtschen Richtung« schuf, die – auch durch die Sächsische Volkspartei – den Parteibildungsprozess auf breiterer Basis als der ADAV durchlief und sich stets den demokratischen Traditionen verpflichtet wusste.

Der Radikalisierungsprozess, der von den sächsischen Vereinen unter Bebels und Liebknachts Führung vorangetrieben wurde und den Gesamtverband der deutschen Arbeitervereine erfasste,³² kam unter der Parole »Für oder wider die I. Internationale« auf dem Nürnberger Ver-

30 In Sachsen errangen im Februar 1867 Bebel und Schraps, im August 1867 darüber hinaus Liebknacht und Ferdinand Goetz sowie der Kandidat des Lassalleanischen ADAV Emil Försterling ein Mandat. Vgl. Wolfgang Schröder: Wahlkämpfe und Parteientwicklung. Zur Bedeutung der Reichstagswahlen für die Formierung der Sozialdemokratie zur politischen Massenpartei (Sachsen 1867–1881). In: Mitteilungsblatt des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung (IGA). (1998)4. S. 1–67.

31 Bebel und Liebknacht hätten den falschen Schluß gezogen, »vorläufig auf die Bildung einer selbständigen revolutionären proletarischen Partei zu verzichten«, heißt es z. B. in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik. Teil I. Berlin 1965. S. 71. Nach der Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. I. Von den Anfängen bis 1917. Berlin 1988. S. 238, waren damals die »Bedingungen für die Bildung einer selbständigen proletarischen Partei noch nicht heranreift«, allerdings »neigte Liebknacht ... auch zu der falschen Auffassung, im Interesse des gemeinsamen Kampfes ... müsse die Schaffung einer selbständigen Arbeiterpartei noch zurückgestellt werden«.

32 Ilse Fischer: August Bebel und der Verband Deutscher Arbeitervereine 1867/68. Brieftagebuch und Dokumente. (= Archiv für Sozialgeschichte. Beiheft 14.) Bonn 1994.

bandstag 1868 zur Entscheidung.³³ Damit erst wurde die »Bebel-Liebnechtsche Richtung« zum Partner der aus dem ADAV ausbrechenden Opposition um Wilhelm Bracke, die durch Schweitzers »Staatsstreich« provoziert worden war.³⁴ Das machte die Konstituierung der *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei* (SDAP) auf dem sozialdemokratischen Arbeiterkongress im August 1869 in Eisenach möglich.³⁵

Mit der SDAP entstand ein neues Parteimodell: Die Partei als postulierte Gesamtvertretung der Arbeiterklasse, daneben – in ihrem Einflussbereich, aber selbständig und zumeist von sozialdemokratischen Funktionären geführt – die unterschiedlichen Artikulationen von realen proletarischen Interessen wie Gewerkschaften, Freien Hilfskassen und anderen Unterstützungskassen, Konsumlagern usw. Modellhaft wurde den unterschiedlichen Interessen Raum gegeben, die wiederum in die von der Arbeiterpartei repräsentierte sozialistische Zielrichtung integriert werden konnten.³⁶

Nicht umsonst fielen indessen die offizielle Parteileitung – der Parteiausschuss – der Braunschweiger Mitgliedschaft um Bracke, und die Führung der Kontrollkommission August Geib in Hamburg zu: Diese bisherigen ADAV-Funktionäre schärften das proletarische Profil der SDAP und sicherten eine straffere Organisation.

Bei den verschiedenen Ansätzen zur Formierung einer Arbeiterpartei haben wir zu berücksichtigen, dass es sich um den Findungsprozess einer winzigen Minderheit – winzige Minderheit auch innerhalb des Proletariats – in einem übermächtigen feindlichen Umfeld handelte. 1875 hatte das Deutsche Reich rund 41 Mill. Einwohner. Bei den Reichstagswahlen von 1874 (8,5 Mill. Wahlberechtigte) erreichten sozialdemo-

33 Vgl. Ursula Herrmann / Volker Emmrich (Leiter des Autorenkollektivs): August Bebel. Eine Biographie. Berlin 1989; Ursula Herrmann u. a. (Bearb.): August Bebel. Ausgewählte Reden und Schriften. Bd. 1. 1863–1878. Berlin 1970 und Bd. 6. Aus meinem Leben. Berlin 1983; Shlomo Na'aman: Von der Arbeiterbewegung zur Arbeiterpartei. Der Fünfte Vereinstag der Deutschen Arbeitervereine zu Nürnberg im Jahre 1868. Berlin 1976. S. 3–59; ders. Arbeitervereine, Arbeitertage und Arbeiterverband – drei Etappen auf dem Weg zur Arbeiterpartei. In: Dieter Dowe (Hrsg.): Berichte über die Verhandlungen der Vereinstage deutscher Arbeitervereine 1863 bis 1869. Nachdrucke. (Reprints zur Sozialgeschichte.) Berlin / Bonn 1980. S. IX–LI.

34 Jutta Seidel: Wilhelm Bracke. Vom Lassalleaner zum Marxisten. Berlin 1966.

35 Ursula Herrmann (Hrsg.): Protokoll über die Verhandlungen des Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongresses zu Eisenach am 7., 8. und 9. August 1869. Leipzig 1869. (Reprint.)

36 Wolfgang Schröder: Partei und Gewerkschaften. Die Gewerkschaftsbewegung in der Konzeption der revolutionären Sozialdemokratie 1868/69 bis 1893. Berlin 1975. S. 77ff.

kratische Kandidaten insgesamt rund 350.000 Stimmen (6,8 Prozent der abgegebenen Stimmen) und errangen 9 Mandate, was knapp 2,3 Prozent der 397 Reichstagsabgeordneten ausmachte.³⁷ Sie konnten innerhalb des Reichsparlaments kaum etwas bewirken – aber sie waren präsent und bildeten gleichsam einen Brückenkopf.

Im Königreich Sachsen aber, der Aktionsbasis der »Bebel-Liebnechtschen Richtung«, konnten 1874 über 35 Prozent der Wählerstimmen und 7 der 23 der möglichen Mandate (fast ein Drittel) gewonnen werden: Die Sozialdemokratie wurde damit erstmals in einem der im Deutschen Reich zusammengefassten Einzelstaaten zur wählerstärksten Partei.³⁸ Das war ein Durchbruch, der Schule machte und – zunächst im nationalen Maßstab – die Akzeptanz für einen engagierten Wahlkampfes zu den Reichstagswahlen beflügelte.

Damit soll wenigstens angedeutet werden, dass die Formierung einer Arbeiterpartei als komplexer Prozess anzusehen ist, der auch die verschiedenartigen Aktionsbereiche einschließt, in denen die Partei wirksam zu werden hatte resp. wirksam werden konnte. Die deutsche Sozialdemokratie war im internationalen Maßstab Vorreiter und Experimentator namentlich auch im Bereich »revolutionäre Parlamentstaktik«, um den überkommenen Begriff zu gebrauchen. Um einen Kandidaten durchzubringen, war nach dem Reichstagswahlrecht die absolute Mehrheit in einem Wahlkreis nötig. Voraussetzung dafür war eine über den gesamten Wahlkreis verzweigte Organisation, die es zumindest möglich machte, die selbst zu druckenden Stimmzettel »an den Mann zu bringen«. Damit war eine legale, fest terminisierte, für jedes Parteimitglied überschaubare Aktion mit konkretem Ziel – »unser Kandidat muss durchkommen« – gegeben, die die Partei insgesamt für den Wahlkampf und damit für die politische Auseinandersetzung mobilisierte.

Mit dem deutsch-französischen Krieg und der Gründung des bürgerlichen deutschen Nationalstaates war der Sieg der Bismarckschen »Revolution von oben« besiegelt, die Hoffnungen auf eine »Revolution von unten« zerschellt. Die Arbeiterbewegung musste sich mit der Realität des stabilisierten junkerlich-bourgeois Herrschaftssystems abfinden, das zunehmend zu Repressivmaßnahmen griff.³⁹ Dieser Situation

37 Gerhard Ritter: Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871–1918. München 1980. S. 38.

38 Anderthalb Jahrzehnte später, bei den Reichstagswahlen im Februar 1890, wurde die deutsche Sozialdemokratie mit über 1,4 Mill. Stimmen im Deutschen Reich wählerstärkste Partei – ein Faktor, der zum Fall des Sozialistengesetzes beitrug.

39 Paul Kampffmeyer / Bruno Altmann: Vor dem Sozialistengesetz. Krisenjahre des Obrigkeitsstaates. Berlin 1928. S. 130ff.

entsprach die »Gothaer Vereinigung« – die Verschmelzung von ADAV (ca. 16.000 Mitglieder) und SDAP (ca. 9.000 Mitglieder) auf dem Gothaer Vereinigungskongress vom Mai 1875.⁴⁰ Wenn nach einem Jahrzehnt heftigsten Bruderkampfes diese Vereinigung zu Stande kommen konnte, dann war dies nicht nur dem äußeren Druck durch zunehmende Verfolgungen geschuldet (die »Ära Tessendorff« verkörperte einen Kurswechsel von der relativen Tolerierung zur vorwiegenden Repressivpolitik gegenüber der Arbeiterbewegung). Entscheidend waren vielmehr vor allem die gemeinsamen Positionen, auf denen sowohl der ADAV als auch die »Eisenacher« Partei beruhten und die in das Programm der vereinigten Partei einfließen, also u. a. die grundsätzliche Kritik an dem bestehenden Gesellschaftszustand und die sozialistische Zielstellung. Diese Gemeinsamkeiten bildeten das Fundament der Vereinigung. Demgegenüber waren lassalleanische Parolen ebenso zweitrangig wie verwässerte »Volkspartei«-Phrasen, die Marx und Engels in ihrer berühmten Kritik des Programmentwurfs aufs Korn nahmen.⁴¹

Kaum ein anderes Ereignis der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist derartig ideologisiert und politisch instrumentalisiert worden wie die Vereinigung von Gotha im Mai 1875,⁴² was in beträchtlichen Kreisen weiterhin nachwirkt. Naturgemäß trug das Gothaer Vereinigungsprogramm Kompromisscharakter, und zweifellos war das Gothaer Programm angreifbar. Es ging jedoch im positiven Sinne über das »Eisenacher« Programm von 1869 hinaus. Im internationalen Maßstab war es das beste Programm, über das irgendeine proletarische Partei verfügte.⁴³

40 Protokoll des Vereinigungs-Kongresses der Sozialdemokraten Deutschlands, abgehalten zu Gotha, vom 22. bis 27. Mai 1875. In: Die ersten deutschen Sozialisten-Kongresse. Urkunden aus der Jugendzeit der deutschen Sozialdemokratie (1865–1875). Hrsg. von der Frankfurter Volksstimme. Frankfurt am Main 1906. S. 68–148.

41 Friedrich Engels an August Bebel. 18./28.3.1875. In: MEW. Bd. 19. S. 3–9; Karl Marx: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei. In: MEW. Bd. 19. S. 15–32; Karl Marx an Wilhelm Bracke. 5.5.1875. In: MEW. Bd. 19. S. 13f.

42 Fred Oelßner: Das Kompromiß von Gotha und seine Lehren. Berlin 1952. Die schmale Broschüre hatte innerhalb einer Flut analoger Literatur besondere nachhaltige Breitenwirkung.

43 Boris Tartakowski: Die Grundfragen des Marxismus in den Programmen der sozialistischen Parteien der siebziger bis neunziger Jahre des 19. Jh. In: Revolutionäres Parteiprogramm – Revolutionäre Arbeitereinheit. Studien zum Kampf um die Vereinigung des Marxismus mit der Arbeiterbewegung. Berlin 1975. S. 515ff., hier S. 523ff. Vgl. Karl Marx: [Einleitung zum Programm der französischen Arbeiterpartei]. In: MEW. Bd. 19. S. 238., sowie das von Marx und Engels bearbeitete »Minimalprogramm«. In: MEW. Bd. 19. S. 570f. Anm. 151.

Zudem ist zu berücksichtigen, dass sich die internationale Situation der Arbeiterbewegung gravierend verändert hatte. Die I. Internationale gab es nicht mehr. In England versandete die vom Chartismus und auch von Trades Unions getragene politische Opposition und die Lib-Lab-Politik des »Alten Unionismus« gewann die Oberhand – gleichsam Modell für einen parallel mit dem Emanzipationsdrang verlaufenden Integrationsprozess in die bürgerliche Gesellschaft. In Frankreich hatte die Konterrevolution die Pariser Kommune und damit auch die sozialistische Bewegung im blutigen Terror erstickt. In Österreich zerfiel die Sozialdemokratie an äußeren Repressalien und inneren Zwistigkeiten.

Es gab im Jahre 1875, bestenfalls von einigen Gruppen abgesehen, *nirgends* in der Welt, und zwar weder diesseits noch jenseits des Ozeans, eine politische Arbeiterpartei sozialistischen Charakters, schon gar nicht eine mit 25.000 Mitgliedern – außer in Deutschland. Aber diese Armee war durch Spaltung geschwächt.

Mit der Überwindung der Spaltung⁴⁴ und der – historisch ohne Vorbild! – Verschmelzung der beiden »altgedienten« Parteien zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) wurde die deutsche Arbeiterbewegung ihrer Verpflichtung als Überlebensträger der sozialistischen Bewegung auf dem europäischen Kontinent gerecht. Damit wurde auch das mit der »Eisenacher Partei« entwickelte Parteimodell gestärkt.

Seitens der »Eisenacher« war Wilhelm Liebknecht Hauptakteur, der auf eigene Faust handelte und sich dadurch den Zorn von Marx und Engels zuzog. Liebknecht wandte gegenüber Friedrich Engels ein: »... aber Theorie und Praxis sind zwei ›sehr‹ verschiedene Dinge«,⁴⁵ und vertrat selbstbewusst den Standpunkt: »Auf dem Feld der Theorie las-

44 Erich Kundel: Marx und Engels im Kampf um die revolutionäre Arbeitereinheit. Zur Geschichte des Gothaer Vereinigungskongresses von 1875. Berlin 1962; Wolfgang Schröder: Der »Berliner Entwurf« des Vereinigungsprogramms von 1875 und seine Stellung im Vereinigungsprozeß von SDAP und ADAV. Die erste Fixierung der Programm- und Organisationsvorstellungen für eine vereinigte Arbeiterpartei vom Januar 1875 (mit einem Dokumentenanhang). In: Jahrbuch für Geschichte. Bd. 21. Berlin 1979. S. 169ff.; ders.: Wilhelm Liebknecht und der Weg zur Vereinigung von Gotha 1875. In: Wolfgang Beutin / Holger Malterer / Friedrich Mülder (Hrsg.): »Eine Gesellschaft der Freiheit, der Gleichheit, der Brüderlichkeit«. Beiträge der Tagung zum 100. Todestag Wilhelm Liebknechts am 21. und 22. Oktober 2000 in Kiel. Frankfurt am Main 2001. S. 45ff.

45 Wilhelm Liebknecht an Friedrich Engels. 17.2.1865. In: Georg Eckert (Hrsg.): Wilhelm Liebknecht. Briefwechsel mit Karl Marx und Friedrich Engels. The Hague 1963. S. 44.

se ich mich gern von Engels bescheiden, auf dem Feld der *Praxis* glaube ich aber etwas besser bewandert zu sein, als er.«⁴⁶

Wie bedeutsam die 1875 erreichte Einheit war, und wie schwierig es war, sie zu erreichen und dann auch aufrecht zu erhalten, erhellt ein Blick nach Frankreich,⁴⁷ wo in den 1880er Jahren mindestens drei unterschiedliche Arbeiterparteien existierten, nämlich der Parti Ouvrier (Jules Guesde, Paul Lafargue, Gabriel Deville), die Possibilisten (Paul Brousse) und die Blanquisten (Edouard Vaillant).⁴⁸

Engels hatte zugestanden: »Die Einigung als solche ist schon ein großer Erfolg, wenn sie sich zwei Jahre hält« und seiner Hoffnung Ausdruck gegeben, »daß die Spaltung, die so sicher kommt wie 2 x 2 gleich 4 ist, unter den für uns günstigsten Umständen sich vollzieht«. ⁴⁹ Die Vereinigung hielt indes nicht nur zwei Jahre, sie bestand vielmehr, wenngleich keineswegs konfliktfrei,⁵⁰ die existenzielle Bewährungsprobe des Sozialistengesetzes.⁵¹

Mit dem Sieg über das Ausnahmegesetz und den »Eisernen Kanzler« Bismarck hatte sich die deutsche Sozialdemokratie wieder legale Bedingungen erkämpft. Auf dem Parteitag zu Halle Mitte Oktober 1890 – unmittelbar nach dem Verenden des Sozialistengesetzes – gab sich die »Sozialdemokratische Partei Deutschlands«, wie nunmehr der offizielle Name hieß, ein neues Organisationsstatut und verlegte den Sitz des Parteivorstandes nach der Reichshauptstadt Berlin. Der 1891 in Erfurter tagende Parteitag nahm ein neues, das marxistische »Erfurter Programm« an.⁵²

Im Kampf gegen das Sozialistengesetz wuchs die deutsche Sozialdemokratie zur Massenpartei an. Damit erreichte sie – auch gegenüber

46 Wilhelm Liebknecht an Karl Marx. 13.5.1870. In: Ebenda. S. 101.

47 Jutta Seidel: Deutsche Sozialdemokratie und Parti Ouvrier 1876–1882. Berlin 1982.

48 Diese drei Parteien erlangten bei den Parlamentswahlen im Herbst 1889 zusammen sechs Sitze, die deutsche Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen vom Februar 1890 mit gut 1,4 Mill. Stimmen 35 Mandate.

49 Friedrich Engels an August Bebel. 12.10.1875. In: MEW. Bd. 34. S. 160.

50 Ursula Hermann / Wilfried Henze / Gudrun Hofmann (Bearb.): Im Kampf um den revolutionären Charakter der proletarischen Partei. Briefe führender deutscher Arbeiterfunktionäre Dezember 1884 bis Juli 1885. Berlin 1977.

51 Horst Bartel / Wolfgang Schröder / Gustav Seeber: Das Sozialistengesetz 1878–1890. Illustrierte Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse gegen das Ausnahmegesetz. Berlin 1980.

52 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Erfurt vom 14. bis 20. Oktober 1891. Berlin 1891. S. 3-6; Horst Bartel (Hrsg.): Karl Kautsky. Das Erfurter Programm. Berlin 1965.

ihrem eigenen Modell der »Eisenacher Partei« – eine neue Qualität in der Parteientwicklung. Mit rund 1,427 Mill. Stimmen (19,7 Prozent) war sie im Februar 1890 zur wählerstärksten Partei im Deutschen Reich aufgestiegen.⁵³ Als »der getreue Eckhart« der Arbeiterklasse prägte ihr Einfluss die vielfältigen Aktivitäten im weitgespannten Rahmen der Arbeiterbewegung von der freien Gewerkschaftsbewegung,⁵⁴ der Arbeitersport- und Gesangsbewegung über das Eindringen in die Kommunalvertretungen oder gar – wie in Sachsen – in die Landesparlamente⁵⁵ bis hin zu Hygiene- und Samariterbestrebungen. Welche Aktivitäten auch immer reale Interessen der Arbeiterschaft wahrnahmen – sie lehnten sich an die Sozialdemokratie an. Ohne die Rolle der antisozialistischen resp. nicht-sozialistischen Bestrebungen wie die auf liberalem Boden entsprossenen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine oder die kräftigeren, im katholischen Lager angesiedelten christlich-sozialen Bestrebungen zu verkennen, ist die wachsende Dominanz der Sozialdemokratie als Repräsentanz des gesamten Proletariats unbestritten, wie dies auch in der Innenpolitik des »Neuen Kurses« unter Leo von Caprivi als ein Zentralproblem in Rechnung gestellt wurde. Es gab in Deutschland außer der Sozialdemokratie keine soziale bzw. politische Kraft, die derartig die verschiedenartigen Interessen des Proletariats unter ihrem Einfluss bündeln und mobilisieren konnte.

Allerdings wuchs neben der Partei – und auf ihrem politisch-ideologischen Boden – innerhalb der Arbeiterbewegung eine Gesamtvertretung der Gewerkschaftsbewegung heran, die »Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands«. Diese Konkurrenzsituation wurde auf dem Kölner Parteitag 1893 sichtbar. In der Folgezeit kam es im sozialistischen Lager wie bei einer Ellipse zu einer doppelten Schwerpunktbildung, gestellt einerseits durch den sozialdemokratischen Parteivorstand, andererseits durch die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

53 Gerhard A. Ritter: Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871–1918. München 1980. S. 38ff.

54 Gerhard A. Ritter / Klaus Tenfelde: Der Durchbruch der Freien Gewerkschaften Deutschlands zur Massenbewegung im letzten Viertel des 19. Jh. In: Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung. Zum 100. Geburtstag von Hans Böckler. Köln 1975. S. 61–120; Michael Schneider: Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung von den Anfängen bis heute. Bonn 2000. S. 18ff.

55 Elvira Döscher / Wolfgang Schröder: Sächsische Parlamentarier 1869–1918. Die Abgeordneten der II. Kammer des Königreichs Sachsen im Spiegel historischer Photographien. Ein biographisches Handbuch. Mit einem Vorwort von Gerhard A. Ritter. Düsseldorf 2001. S. 21ff.

Die deutsche Sozialdemokratie wurde von einem marxistischen Führungskern um August Bebel geleitet, der sich in Jahrzehnten selbstloser Hingabe und erfolgreichen Kampfes unangefochtene Autorität erarbeitet hatte. Zugleich aber bedeutete die beherrschende Stellung der marxistischen Massenpartei, dass *in ihr* verschiedenartige Strömungen integriert waren, die auf den Kurs der Partei einwirkten. Am linken Rand war dies die »Opposition der Jungen«,⁵⁶ als Bezugspunkt auf dem rechten Flügel profilierte sich Georg von Vollmar⁵⁷. Allerdings wäre es viel zu scholastisch, die Auseinandersetzungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie ausschließlich als Konflikt zwischen Marxismus und Opportunismus zu deuten. Vielmehr ging es in den diversen Streitpunkten, die innerhalb der Partei oft scharfe Kontroversen provozierten, um die Suche nach den bestmöglichen bzw. gangbaren Schritten auf dem Weg durchs Neuland. Das betraf die Einschätzung des politisch-sozialen Systems nach dem Sturz Bismarcks (»Neuer Kurs«) ebenso wie etwa das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften, die Analyse der internationalen Entwicklung einschließlich der Möglichkeiten der Gegenwirkung gegen das die Kriegsgefahr verschärfende Wettrüsten oder die Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen, die differenzierte Einschätzung der in den deutschen Regionen sehr heterogenen landwirtschaftlichen Agrarstrukturen mit dem Ziel der Gewinnung der dörflichen Bevölkerung für die sozialistische (genossenschaftliche) Perspektive oder das Verhältnis zur bürgerlichen Demokratie usw. Hinzu kamen Entwicklungsprozesse, die die Partei selbst betrafen, angefangen von praktischen Fragen wie die Neuorganisation der Parteigliederung um 1893 oder Arrangements im Verlags- und Zeitungswesen usw. bis zur Konkretisierung der Strategie und Taktik, die das Verhältnis von unmittelbaren »Tagesinteressen« und langfristigen Zielen des proletarischen Klassenkampfes ebenso einschlossen wie die Wechselbeziehungen von parlamentarischer Wirksamkeit und außerparlamentarischem Kampf oder die Frage nach den der Partei zur Verfügung stehenden Kampfmitteln und ihres Einsatzes usw. usf. In diesen und weiteren Problemkomplexen wurde die Diskussion in der Führungsschicht um den Kurs der Partei, um die Festigung und Erweiterung der Positionen der Sozialdemokratie innerhalb der Arbeiterklasse und im gesamtgesellschaftlichen Spannungsfeld geführt. Die Diskussion verlief zwischen

56 Dirk Müller: Idealismus und Revolution. Zur Opposition der Jungen gegen den Sozialdemokratischen Parteivorstand 1890 bis 1894. Berlin 1975.

57 Reinhard Jansen: Georg v. Vollmar. Eine politische Biographie. Düsseldorf 1958.

wechselnden Gruppierungen und ist somit keineswegs ausschließlich als Konflikt zwischen »Marxisten« und »Opportunisten« zu interpretieren. Und sie ermöglichte es, die der Partei bevorstehenden Entwicklungsprobleme deutlicher zu erkennen oder auch das Hinterherhinken oder Vorprellen einzelner Führungspersönlichkeiten zu korrigieren.⁵⁸

Es war der erfolgreiche Kampf der deutschen Sozialdemokratie gegen das Sozialistengesetz und den »Eisernen Kanzler«, der der Partei Bebels und Liebknechts so hohe Reputation verschaffte, dass sie zur führenden Kraft der internationalen Arbeiterbewegung aufstieg. Zweifellos erhöhte sich damit auch die internationale Wertschätzung des von ihr repräsentierten Parteimodells.

Im Vergleich zur I. Internationale widerspiegelte die *II. Internationale* nicht nur schlechthin den fortgeschrittenen Entwicklungsstand der internationalen Arbeiterbewegung. Sie wurde vornehmlich von proletarischen Organisationen (sozialdemokratische Parteien, Gewerkschaften) getragen, ohne dass es vorerst ein leitendes Zentrum gab, wie es beim Organisationsmodell der I. Internationale – Zentral- resp. Generalrat – Korrespondierende Sekretäre – Bevollmächtigte in den einzelnen Ländern – der Fall gewesen war.

Wenn sich aus dem Projekt eines internationalen Kongresses während der Pariser Weltausstellung von 1889 (und am 100. Jahrestag des Sturmes auf die Bastille) die II. Internationale – zunächst vornehmlich in Form internationaler Kongresse – herauskristallisierte, dann entsprach dies einem Bedürfnis nach wechselseitigem Erfahrungsaustausch und solidarischem Handeln. Berichte über die jeweilige nationale Bewegung prägten den offiziellen Kongressverlauf.⁵⁹

58 Wolfgang Schröder: August Bebel: Führungspersönlichkeit und Kollektivität. Kritische Probleme im Geschichtsbild über die deutsche Sozialdemokratie im 19. Jh. In: Reiner Eckert / Wolfgang Küttler / Gustav Seeber: Krise – Umbruch – Neubeginn, Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft 1889/90. Stuttgart 1992. S. 338–344.

59 Protokoll des Internationalen Arbeiter-Congresses zu Paris. Abgehalten vom 14. bis 20. Juli 1889. Deutsche Übersetzung. Mit einem Vorwort von Wilhelm Liebknecht. Nürnberg 1890; Georges Haupt: Programm und Wirklichkeit. Die internationale Sozialdemokratie vor 1914. Mit einem Vorwort von Ernst Labrousse. Neuwied / Berlin 1970; Jutta Seidel (unter Mitarbeit von Volker Emmrich, Harald Koth, Giesela Neuhaus und Claudia Hohberg): Internationale Stellung und internationale Beziehungen der deutschen Sozialdemokratie 1871–1895/96. Berlin 1982. S. 127ff.; Markus Bürgi: Die Anfänge der Zweiten Internationale. Positionen und Auseinandersetzungen 1889–1893. Frankfurt am Main / New York 1996.

Schon im Vorfeld offenbarten sich gewichtige Gegensätze, die aus realen Wirkungsbedingungen, aber auch aus persönlichen Rivalitäten resultierten und zur Konkurrenz von zwei nebeneinander tagenden Kongressen führten, denen der »Marxisten« und der »Possibilisten«. Auch unter den »Marxisten« kam es zu Konflikten: Friedrich Engels mischte sich aus London in die Vorbereitungen auf den internationalen Kongress ein, die von Vertretern der deutschen Sozialdemokratie (in erster Linie Wilhelm Liebknecht), die sich auf den Rückhalt ihrer Partei zu stützen vermochten, mit dem Ziel betrieben wurden, die unterschiedlichen Strömungen zu einem gemeinsamen Kongress zusammenzuführen, was freilich 1889 nicht gelang.

Das wichtigste Ergebnis des »Kongresses der Marxisten« von 1889 war der Beschluss, in allen Ländern, wo dies möglich sei, eine gemeinsame Demonstration für den Achtstundentag und die weiteren Beschlüsse des Pariser Kongresses durchzuführen. Der 1. Mai 1890 wurde so zur Geburt einer über 100jährigen Tradition des Kampfes für begrenzte Arbeitszeit, menschenwürdigen Lohn und internationale Solidarität. Das war ein Beschluss für einen internationalen Aktionstag, der für die verschiedenen – aus realen Unterschieden in der Konzeption über Weg und Ziel der Arbeiterbewegung resultierenden – Strömungen akzeptabel war und in den Arbeitermassen Wurzel fasste.

Der Schwerpunkt der Auseinandersetzungen innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung verlagerte sich von der Kontroverse mit den Possibilisten auf die Konfliktzone mit den Anarchisten, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann.

Statt dessen soll an ein bedenkenswertes Wort von Friedrich Engels erinnert werden, der 1875 monierte, dass im Gothaer Programmentwurf »von der Organisation der Arbeiterklasse als Klasse mittels der Gewerksgenossenschaften gar keine Rede« sei. Es wäre notwendig, »ihrer im Programm zu gedenken und ihr womöglich *einen Platz in der Organisation der Partei* offenzulassen«. ⁶⁰ Im Sommer 1881, als die deutsche Sozialdemokratie noch dabei war, sich für den Kampf gegen das Sozialistengesetz zu rüsten, postulierte Engels mit Blick auf englische Verhältnisse: »Neben den Verbänden in den einzelnen Industriezweigen oder über ihnen muß ein Gesamtverband, eine politische Organisation der Arbeiterklasse als Ganzes entstehen.« ⁶¹ Damit war ein von

60 Friedrich Engels an August Bebel. 18./28.3.1875. In: MEW. Bd. 19. S. 6 resp. Bd. 34. S. 128.

61 Friedrich Engels: Die Trade-Unions (The Labour Standard, 28.5. u. 4.6.1881). In: MEW. Bd. 19. Bes. S. 260:

dem deutschen Parteimodell deutlich unterschiedliches Organisationsprinzip angesprochen, nach dem sich Jahrzehnte später die Labour Party formierte. Engels Äußerungen belegen wiederum, wie sensibel die »Londoner« auf reale Entwicklungen der Arbeiterbewegung reagierten.⁶²

Diese Aussagen stammen vom Sommer 1881, unmittelbar bevor Engels die mit dem »Zirkularbrief«⁶³ dokumentierte Distanz zur 1875 aus zwei Strömungen hervorgegangenen »Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands« überwand und Ende 1881 mit dem Nachruf auf Jenny Marx seine intensive Mitarbeit an dem in Zürich erscheinenden »Sozialdemokrat« begann, dem illegalen Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie. Kurz zuvor hatten sozialdemokratische Kandidaten bei der Reichstagswahl vom 27. Oktober 1881 – im dritten Jahr des Sozialistengesetzes! – 312.000 Stimmen (6,1 Prozent) erzielt und 12 Mandate gewonnen. Damit war sichtbar: Das Ausnahmegesetz, mit dem die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mundtot gemacht, isoliert und gebrochen werden sollte, hatte sich politisch als Fehlschlag erwiesen. Engels sprach vom »Beweis unverwüstlicher Lebenskraft, den unsere deutschen Arbeiter in den letzten Reichstagswahlen gegeben«.⁶⁴ Es bewahrheitete sich, was der »Volksstaat« ein knappes Jahrzehnt zuvor, nach den Reichstagswahlen vom Januar 1874, konstatierte: »Gewaltmaßnahmen – was haben sie bisher vermocht? Nichts ... Was also auch immer die Zukunft uns bringe, wir sind darauf gefaßt; *zu Grunde richten wird man uns nicht mehr*; die Kräfte, auf welche wir uns stützen, haben sich soweit entwickelt, daß sie nicht mehr vernichtet werden können«.⁶⁵

62 Nur hingewiesen werden kann hier auf Engels' kritische Urteile zu den Auseinandersetzungen um die Entwicklung der us-amerikanischen Arbeiterbewegung. Vgl. Wolfgang Schröder: »Wir hätten Dich so gern zurückgehalten – im neuen Lande brauchen wir die Alten ...«. Wilhelm Liebknechts Agitationsreise in die USA im Herbst 1886. Leipzig 2000. S. 46ff.

63 Karl Marx / Friedrich Engels an August Bebel, Wilhelm Liebknecht, Wilhelm Braacke u. a. (Zirkularbrief, Entwurf). 17./18.9.1879. In: MEW. Bd. 34. S. 394–408.

64 Friedrich Engels: † Jenny Marx geb. v. Westphalen. In: »Der Sozialdemokrat« Nr. 50 v. 8.12.1881.

65 »Volksstaat« Nr. 12 v. 30.1.1874. Die Reichstagswahlen I.

JUTTA SEIDEL

Einheit und Vielfalt der proletarisch-sozialistischen Parteibildung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts

Unter dem allgemeinen Aspekt der Entwicklung der Arbeiterbewegung im Zeitalter der Herausbildung und Festigung der industrie-kapitalistisch dominierten Gesellschaft kam zweifellos der Formierung nationaler Arbeiterparteien vorrangig im europäischen Rahmen eine zentrale Rolle zu.

Ungeachtet aller historisch bedingter nationaler Besonderheiten der kapitalistischen Entwicklung traten seit den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts vielfältige Organisationsbestrebungen der Arbeiter im Ergebnis zunehmender Klassenauseinandersetzungen und/oder auch im Konflikt mit der Staatsgewalt hervor. Sie äußerten sich anfangs in der lokalen Bildung von Arbeiter-, Bildungs- oder auch Sparvereinen, von Genossenschaften verschiedenster Art bis hin zur Gründung von Gewerkschaften. Waren die ersten basisorientierten Organisationen in den einzelnen Ländern primär sozialen und ökonomischen Belangen geschuldet, traten in der Folge zunehmend politische Interessen und Forderungen zutage, die letztlich in einen mehr oder weniger zentral bzw. national angelegten Parteibildungsprozess mündeten.

Generell gesagt, die Arbeiterbewegung befand sich – unabhängig von den vorhandenen gravierenden Unterschieden – im Aufwind. Ganz ohne Frage war diese Entwicklung oder auch Profilierung eng verknüpft mit den politischen Prozessen in den jeweiligen Ländern, mit den historischen Traditionen und nationalen Erfahrungen, mit dem Hervortreten prägnanter Führungspersönlichkeiten und nicht zuletzt mit dem Einwirken von Marx und Engels auf die sich politisierende Arbeiterbewegung in Gestalt der 1864 gegründeten Internationalen Arbeiterassoziation (IAA). Diese I. Internationale, für die Karl Marx die Inauguraladresse und die Statuten verfasst hatte, steht symbolisch dafür, dass sich auf einer breiten programmatischen Grundlage Arbeiter unterschiedlicher sozialer und politischer Ausrichtung zusammenschlossen, um gemeinsam für ihre Klasseninteressen und für eine eigenständige Außenpolitik eintreten zu

können. Sie festigte das Bewusstsein vom internationalen Charakter der proletarischen Bewegung und beförderte zugleich die Parteibestrebungen in den verschiedenen Ländern ihrer Mitglieder. Ungeachtet ihres Niedergangs in der ersten Hälfte der 70er Jahre blieben diese Intentionen lebendig, wovon sowohl die bleibenden internationalen Kontakte zeugten wie auch die personelle Kontinuität, die in den späteren Parteibildungsprozessen vielfältig zutage trat.

Eine bemerkenswerte Vorreiterrolle spielte dabei aus den verschiedensten Gründen die deutsche Arbeiterbewegung, weil sie im Verlauf einer historisch kurzen Zeit mit der Herausbildung der sozialdemokratischen Partei, einer auf marxistischen Grundlagen beruhenden proletarischen Massenpartei, einen Prototyp schuf, der für geraume Zeit zum Maßstab für die Formierung von sozialistischen Arbeiterparteien in anderen Ländern wurde. Charakterisiert ist diese deutsche Entwicklung durch die bekannten Schnittstellen¹: 1863 Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) einerseits und Gründung des Verbandes Deutscher Arbeitervereine (VDAV) andererseits, der letztlich durch das aktive Wirken von August Bebel und Wilhelm Liebknecht 1868 mit dem Anschluss an die Prinzipien der I. Internationale seine proletarische Komponente unterstrich, 1869 Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Eisenach im Ergebnis des Zusammenschlusses der Bebel-Liebknecht-Richtung des VDAV mit der von Wilhelm Bracke inspirierten Oppositionsgruppe des ADAV, 1875 Vereinigung von ADAV und Eisenacher Partei 1875 in Gotha, 1878–1890 ihr beispielhafter Kampf gegen das Sozialistengesetz und schließlich ihre organisatorische und programmatische Neuformierung in Halle 1890 und Erfurt 1891. Ihr Erfurter Programm stand gleichsam als Synonym für die Durchsetzung des Marxismus in einer sozialistischen Massenpartei.

Ihre Programmatik und vorbildliche Organisiertheit, ihre entschlossene Klassenpolitik einschließlich ihrer politischen Entscheidungen von 1870/71, die ihre antimilitaristische und proletarisch-internationalistische Grundposition dokumentierten und eine bemerkenswerte Fernwirkung ausübten, und nicht zuletzt solch herausragende Persönlichkeiten wie August Bebel, Wilhelm Bracke, Wilhelm Liebknecht, Ignatz Auer, Paul Singer trugen ihr internationale Anerkennung ein. Wesentlich ergänzt und gefördert wurden die genannten Aspekte durch ihre enge Verbindung zu Marx und Engels und ihr propagandistisches Engagement für sozialistische Ideen in Wort und Schrift. Dies alles zusammen prägte

1 Siehe den vorhergehenden Beitrag von Wolfgang Schröder in dieser Publikation.

die bedeutende Stellung der deutschen Sozialdemokratie in der internationalen Arbeiterbewegung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts.² So war es auch ganz logisch, dass sie eine bemerkenswerte Rolle bei den verschiedenen Ansätzen zum internationalen Zusammenschluss der oftmals noch heterogenen Organisationen und Parteien der Arbeiterbewegung bis hin zur Gründung der II. Internationale 1889 spielen sollte.³

Wenn folglich durchaus davon gesprochen werden kann, dass sie zum Vorbild für die Formierung von Arbeiterparteien in anderen Ländern avancierte, so beinhaltet dies keinesfalls eine schematische Übernahme ihre Programmatik und Organisation, ihrer politischen Kampfmethoden und ihrer Taktik. Das ließen die heterogene Entwicklung der Arbeiterbewegung in den einzelnen Ländern, ihre oftmals zeitlich verschobenen Erscheinungsformen, d.h. ihre objektiven Ungleichzeitigkeiten sowie die historisch-politisch anders gearteten Arbeits- und Kampfbedingungen gar nicht zu.⁴ Zutreffender erscheint vielmehr, klarer zu definieren, inwieweit es einheitliche, oder besser übereinstimmende theoretische Auffassungen gab, die sich in den programmatischen Intentionen abzeichneten, und wie andererseits die nationale Vielfalt sich sowohl dabei als auch in den Organisationsformen, in den Zielvorstellungen und den tagespolitischen Auseinandersetzungen äußerten.

Ein Blick auf Zustand und Entwicklungslinien der Arbeiterbewegung in einigen anderen europäischen Ländern kann dies ansatzweise verdeutlichen. In *Frankreich*, dem Land mit bereits langjährigen proletarischen Aufstands- und Organisationstraditionen und verschiedenen sozialistischen Ideologie-Schulen, die 1871 in der Pariser Kommune kulminierten, geriet die Arbeiterbewegung zunächst durch die blutige Niederwerfung der Kommune in eine Phase des Niedergangs. Wenn auch kleine sozialistische Gruppen mit durchaus unterschiedlichem ideologischen Profil erhalten blieben, so war der Aufbau einer national agierenden Arbeiterpartei in die Ferne gerückt. Erst gegen Ende der 70er Jahre formierten sich die proletarischen Kräfte neu. Dabei standen zwei große Aufgaben vor ihnen: einmal die ihrer eigenen Organisiertheit bis hin zur Herausbildung einer Partei und zum anderen ihr entschiede-

2 Siehe Jutta Seidel unter Mitarbeit von Volker Emmrich und Harald Koth sowie Giesela Neuhaus, Claudia Hohberg und Harry Stein: Internationale Stellung und internationale Beziehungen der deutschen Sozialdemokratie 1871–1895/96. Dietz Verlag Berlin 1982.

3 Siehe ebenda. S. 127ff.

4 Siehe Jürgen Kocka (Hrsg.): Europäische Arbeiterbewegungen im 19. Jahrhundert. Göttingen 1983.

nes Eintreten für die Verteidigung demokratischer Rechte und den Erhalt der republikanischen Staatsform. Sie ließe ihr zumindest die Aussicht, »einen solchen Grad persönlicher und öffentlicher Freiheit zu erlangen, der ihr erlauben würde, eine Arbeiterpresse, eine Agitation durch Versammlungen und eine Organisation als unabhängige politische Partei zu begründen«⁵.

War mit dem Sieg der gemäßigten Republikaner über die monarchistischen Kräfte 1877–1879 die Festigung der III. Republik in Frankreich eingeleitet worden, so bedeutete das andererseits für die französische Arbeiterbewegung, dass das politische Kampffeld übersichtlicher geworden war und die Klassenfronten zwischen Proletariat und Bourgeoisie klarer hervortraten. Dennoch ging die Wiederbelebung und Konzentration der französischen Arbeiterbewegung nur unter großen Schwierigkeiten voran und sollte sich über einen langen Zeitraum erstrecken. Die in ihr traditionell stark verwurzelten utopisch-sozialistischen Ideen der verschiedensten Schulen, so vor allem der von Proudhon, aber auch die zum Teil avantgardistischen der Anhänger Auguste Blanquis und manch andere Strömungen standen der nüchternen Analyse der gegebenen Verhältnisse und damit auch dem Eindringen marxistischer Auffassungen entgegen und erschwerten die Konzentration der proletarischen Kräfte. Zweifellos waren diese zählbaren Traditionen auf das engste verbunden mit der spezifischen Entwicklung des Kapitalismus in Frankreich. Die langsamer wachsende Konzentration des industriellen Kapitalismus, die stark vorherrschende kleinbürgerliche Struktur des Landes blieben folglich nicht ohne Einfluss auf die Existenzbedingungen und die Bewusstseinsbildung der arbeitenden Klasse, genau so wie die immer wieder in den Vordergrund rückende politisch-propagandistische Einwirkung der bürgerlichen Radikalen in den 80er und 90er Jahren des 19. Jahrhunderts.

Trotz all dieser Erschwernisse gelang es gegen Ende der 70er Jahre die Entwicklung hin zu einer proletarischen Parteibildung voranzutreiben. Es war vor allem der sozialistischen Gruppe um Jules Guesde und der von ihm herausgegebenen Zeitung »L' Égalité« (1878/79) zu verdanken, dass hier Auffassungen von Marx und Engels Eingang fanden, eine enge Verbindung zu Vertretern der deutschen Arbeiterpartei ausgebaut, der proletarische Internationalismus betont und die Bildung einer selbständigen Arbeiterpartei als Ziel vorgegeben wurde. So bezeichnete es Jules Guesde als Pflicht des französischen Proletariats, »nach dem

5 Karl Marx / Friedrich Engels: Werke. Bd. 19. Berlin 1962. S. 130.

Beispiel des deutschen Proletariats, eine besondere Partei (zu) bilden, welche bei der Verwirklichung ihres Programms nur auf sich selbst zählt«⁶.

Nach langen internen Diskussionen in der sogenannten kollektivistischen Richtung wurde schließlich 1879 auf dem Arbeiterkongress in Marseille der Grundstein gelegt und im November 1880 auf dem Kongress in Le Havre das Programm der französischen Arbeiterpartei (Parti ouvrier) angenommen, dessen maßgeblicher theoretischer Teil aus der Feder von Karl Marx stammte. Dennoch zeichnete sich bereits hier ab, dass die neugegründete Partei noch einen langen Weg schwieriger innerer Kämpfe, politischer Auseinandersetzungen, Spaltung und mehrere Phasen der Einigung bis hin zur Vereinigung der verschiedenen existierenden Richtungen (Marxisten, Possibilisten, Blanquisten, Jaurèsisten) vor sich hatte, ehe sie sich zu einer einflussreichen politischen Kraft in Frankreich zu entwickeln vermochte.⁷ Der langwierige Prozess der sozialistischen Parteibildung aus den verschiedenen Strömungen heraus zog sich so bis in das erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts hin. Während die Überwindung der Spaltung und die Formierung einer einigen deutschen Arbeiterpartei grob 12 Jahre (1863–1875) in Anspruch nahm, dauerte dieser Prozess in Frankreich mit mehreren Zwischenstufen über ein Vierteljahrhundert (1878/79–1905), bis er mit der Gründung der Parti socialiste, Section Française de l'Internationale Ouvrière (SFIO) einen Abschluss fand. Dass darauf nationale Gegebenheiten und historische Erfahrungen bedeutenden Einfluss hatten, die u. a. auch die Einwirkung marxistischer Ideen erleichterten oder hemmten, steht außer Frage.

Das gilt z. B. genauso für die Spezifik der Parteientwicklung im österreichisch-ungarischen Vielvölkerstaat oder auch für den Einfluss des Risorgimento und die Folgen verspäteter Nationalstaat- und Regionalentwicklung wie des Einflusses des Anarchismus auf die italienische oder auch spanische Arbeiterbewegung.

Wenngleich die Arbeiterbewegung *Österreichs* in ihrer frühen Phase naturgemäß viele Verbindungen und Bezüge zur deutschen Parteientwicklung besaß, so zeichneten sie doch gleichermaßen neben der An-

6 Jules Guesde: Der 16. Mai und die französischen Sozialisten. In: Die Zukunft, 1. Jg. 1877/78. S. 21.

7 Siehe Claude Willard: Les guesdistes – Le mouvement socialiste en France (1893–1905). Paris 1965.

lehnung an diese auch differierende Akzente aus.⁸ Das 1874 in Neudörfll angenommene Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs knüpfte an die Ideen der I. Internationale an und war dem Eisenacher Programm eng verwandt. Sie vereinigte Angehörige mehrerer Nationalitäten, vor allem jedoch deutsch-österreichische und tschechische Arbeiter. Angesichts der Situation eines Vielvölkerstaats war bemerkenswert, dass im Programm die Forderung nach Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts für alle unterdrückten Nationalitäten erhoben wurde. Allerdings blieb der erhoffte Aufschwung der Arbeiterbewegung in Österreich aus. Die massiven Repressalien der Justiz- und Polizeiorgane der österreichisch-ungarischen Monarchie sowie innere Auseinandersetzungen und heftige Fraktionskämpfe zwischen »Radikalen«, »Gemäßigten« und »Anarchisten« erschwerten auf Jahre hinaus ihre weitere Entwicklung und Festigung. Erst in der zweiten Hälfte der 80er Jahre zeichneten sich nicht zuletzt durch das engagierte Wirken von Victor Adler und der von ihm herausgegebenen »Gleichheit« sowie ihres tschechischen Pendant »Rovnost« eine Einigung ab, die schließlich mit dem Hainfelder Parteitag um die Jahreswende 1888/89 und der von Adler in Zusammenarbeit mit Karl Kautsky verfassten »Prinzipienerklärung« eine auf marxistischen Auffassungen beruhende Grundlage erhielt.

Wenn eingangs festgehalten wurde, dass sich die europäische Arbeiterbewegung im Aufbruch befand, so könnte dies ohne weiteres an den zahlreichen Parteigründungen vor allem seit den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts festgemacht werden. Neben den bereits erwähnten sei hier nur beispielsweise erinnert an die Gründung der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks 1876, der Sozialistischen Partei Portugals 1877, der Tschechischen Sozialdemokratischen Partei 1878, der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz 1878 oder der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei 1879, an den 1882 gegründeten holländischen Sozialdemokratischen Bund, die Formierung der belgischen Sozialisten

8 Siehe Herbert Steiner: Die Arbeiterbewegung Österreichs 1867–1889. Wien 1964. – Hans Mommsen: Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im habsburgischen Vielvölkerstaat. Wien 1963. – Giesela Neuhaus: Die Beziehungen zwischen der deutschen und österreichischen Arbeiterbewegung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts. Phil. Diss. Leipzig 1973. – Helmut Konrad: Das Eindringen des Marxismus in die österreichische Arbeiterbewegung am Ende des 19. Jahrhundert. In: Internationale Stellung und internationale Beziehungen der deutschen Sozialdemokratie 1871–1900. Leipzig 1981. – Ders.: Das Entstehen der Arbeiterklasse in Oberösterreich. Wien / München / Zürich 1981.

zur Partei 1879, die aber erst 1885 mit der Gründung der Arbeiterpartei Belgiens vollendet wird, an die Bildung der ersten polnischen Arbeiterpartei »Proletariat« 1882 oder an die verschiedenen Etappen der Formierung der italienischen Arbeiterpartei, die 1892 ihren Abschluss fand.

Für sie alle war charakteristisch, dass sie in ihren programmatischen Grundlagen auf Ideen der I. Internationale zurückgriffen, sich mehr oder weniger stark an den einzelnen Parteiprogrammen der deutschen Sozialdemokratie oder auch des Parti ouvrier orientierten, und über diesen Weg vielfach zu marxistischen Positionen vorstießen.⁹ Zweifellos trifft dies dann besonders auf die Anlehnung an das Erfurter Programm von 1891 zu, wie das 1893 angenommene Programm der Norwegischen Arbeiterpartei oder das 1897 beschlossene Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens oder auch der Arbeiterpartei Finnlands zeigt. Unabhängig davon waren fast alle Programme zugleich geprägt von den vor den jeweiligen Parteien stehenden konkreten Aufgaben. Überragende Bedeutung kam dabei ganz allgemein der Erringung demokratischer und sozial-ökonomischer Rechte zu, wobei insbesondere der Kampf für das allgemeine Wahlrecht eine zentrale Rolle spielte, so z. B. in Österreich und Belgien.

Bei diesem, zugestandermaßen nur groben Überblick hinsichtlich der Parteibildung des europäischen Proletariats fällt auf, dass ausgerechnet die Arbeiterbewegung des frühesten und lange Zeit fortgeschrittensten industrie-kapitalistischen Landes relativ spät zur Formierung einer national bedeutenden und wirksamen Arbeiterpartei fand. Zweifellos spielten hier die geschickte Politik der englischen Bourgeoisie und die besonderen Bedingungen der großen britischen Kolonialmacht eine wesentliche Rolle. Natürlich hatte es bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Gestalt der Chartistenbewegung großartige Ansätze gegeben. Später waren es vor allem die relativ starken reformistisch orientierten Trades Unions mit ihrem schon 1868 begründeten Trades Union Congress (TUC), in denen sich die Klassenbewegung des Proletariats wieder fand, aber sozialistische Parteibildungsprozesse blieben in den 80er Jahren weitgehend auf die Frühform kleiner Gruppen und Sekten beschränkt. Weder die 1884 entstandene Social Democratic Federation noch die Socialist League vermochten Arbeitermassen in ihre Reihen zu ziehen. Trotz hoffnungsvoller Ansätze, die in

9 Siehe Boris Tartakowski: Die Grundfragen des Marxismus in den Programmen der sozialistischen Parteien der siebziger bis neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts. In: Revolutionäres Parteiprogramm – Revolutionäre Arbeitereinheit. Berlin 1975.

engster Verbindung mit großen Streikbewegungen und den Kämpfen um den Achtstundentag Anfang der 90er Jahre breite Arbeitermassen mobilisierten, der Entstehung der New Unions und der 1893 gebildeten Independent Labour Party, gelang es erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts breitere Bündnisse von Arbeiterparteien, Gewerkschaften, kleinbürgerlich-radikalen und philanthropischen Gesellschaften gegen die Wirtschafts- und Kolonialpolitik der Regierung und ihre innenpolitischen Angriffe auf die Gewerkschaften zu schmieden. Aus ihnen ging schließlich 1906 die Labour Party hervor, die damit in sich wichtige Arbeiterorganisationen vereinigte und eine starke und politisch selbstständige Arbeitervertretung im Unterhaus anstrebte. Sie unterschied sich daher von dem bis dahin verbreiteten Organisationstyp der proletarischen Parteibildung, der wesentlich auf eine andere innere Struktur (z. B. auch im Verhältnis von Partei – Gewerkschaften – Arbeiterorganisationen) und die individuelle Mitgliedschaft zielte.

So unterschiedlich das Entwicklungsniveau hinsichtlich ihrer organisatorischen Stärke, ihres politischen Einflusses, ihrer programmatischen Auffassungen der in den 70er und 80er Jahren entstandenen sozialistischen Parteien, Vereinigungen oder Gruppen auch war, so war ihnen doch allen das Streben nach internationaler Gemeinsamkeit eigen, um den politischen und sozialen Forderungen der Arbeiterbewegung größere Wirksamkeit zu verleihen. Es war auch kein Zufall, dass die vielfältigen Bestrebungen zur Gründung einer neuen internationalen Organisation oftmals von noch schwachen sozialistischen Parteien wie bzw. Organisationen vorgetragen wurden, die sich aber gleichzeitig der wirksamen Unterstützung durch die bereits gefestigte deutsche Partei zu versichern suchten. Alle diese Bemühungen, wie der Genter Weltkongress 1877, der Kongress in Chur 1881, die internationale Konferenz in Paris 1883 erbrachten zunächst noch keine tragfähigen Resultate und bestätigten weitgehend den Gedanken von Marx, dass »die kritische Konjunktur einer neuen internationalen Arbeiterassoziation noch nicht da«¹⁰ war.

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre bildeten sich andererseits durch das Wachstum der Arbeiterbewegung in einer ganzen Reihe von Ländern und die aktive Belegung gemeinsamer Forderungen, wie vor allem nach besserem Arbeiterschutz mit dem Kernpunkt: Er kämpfung des Achtstundentages günstigere Bedingungen für ein vereintes internatio-

10 Karl Marx an Ferdinand Domela Nieuwenhuis, 22. Februar 1881. In: Karl Marx / Friedrich Engels: Werke. Bd. 35. Berlin 1967. S. 161.

nales Engagement heraus. Das Ringen um den Zusammenschluss der sozialistischen Kräfte erfuhr eine neue Qualität, die nach außerordentlich schwierigen inneren Diskussionen und Auseinandersetzungen in der Vorbereitungsphase schließlich nicht zuletzt dank dem Einwirken von Friedrich Engels zum Internationalen Arbeiterkongress im Juli 1889 in Paris führte. Damit war der Grundstein für das Wirken der II. Internationale gelegt.¹¹

In dieser Gründungsphase bestimmten so vor allem zwei Entwicklungslinien die Existenz der neuen Internationale: Die Festigung und weitere Konstituierung der nationalen Arbeiterparteien zum einen und andererseits die Notwendigkeit gemeinsamer internationaler Aktion und Manifestation, um sowohl die nächsten Ziele möglichst durch eine internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung zu erreichen als auch für die Zukunft eine neue, von Ausbeutung freie Gesellschaft anzustreben. Beide Entwicklungslinien erwiesen sich als untrennbar miteinander verzahnt.

Ganz entscheidend für die weitere Festigung oder noch zu erreichende Herausbildung sozialistischer Arbeiterparteien aber war, dass auf dem Gründungskongress der II. Internationale nicht nur Resolutionen verabschiedet wurden, sondern dass von hier aus das Signal zur Tat ausging.

Die zentrale Forderung nach dem Achtstundentag wurde ergänzt durch den Beschluss zur Durchführung einer großen internationalen Manifestation, gleichzeitig in allen Ländern und an einem bestimmten Tag, und zwar jeweils am 1. Mai. Das aber war die Geburtsurkunde für die 1. Mai-Bewegung, die in den kommenden Jahren die proletarischen Massen in vielen Ländern auf die Straße führte und im Zeichen einer durchaus bewussten Aktionseinheit einer großen Emanzipationsbewegung für ein gemeinsames Ziel vorhandene Unterschiede und Differenzen in den Hintergrund rückte.

11 Siehe Georges Haupt: *La Deuxième Internationale 1889–1914. Étude critique des sources. Essai bibliographique.* Paris/La Haye 1964. – Ders.: *Programm und Wirklichkeit. Die internationale Sozialdemokratie vor 1914.* Mit einem Vorwort von Ernest Labrousse. Neuwied / Berlin 1970.

KURT SCHNEIDER

Der politisch-ideologische Differenzierungsprozess in der deutschen Arbeiterbewegung während des Ersten Weltkrieges und seine organisatorischen Auswirkungen

Der weltweite Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum monopolkapitalistischen Kapitalismus hatte eine enorme Veränderung der internationalen Lage – insbesondere in Europa – zur Folge. Der Kampf um die Neuaufteilung der Welt zur Sicherung internationaler Absatz- und Rohstoffmärkte, verbunden mit der Unterwerfung anderer Länder, erfuhr eine drastische Zuspitzung.

Der Traum vom Platz an der Sonne bestimmte die deutsche Innen- und Außenpolitik. Immer klarer wurde erkennbar, dass der Kampf der internationalen Monopole untereinander und gegeneinander zu einem Krieg drängte, der unter den neuen historischen Bedingungen nur noch ein Weltkrieg sein konnte.

Das heißt: Der Krieg war voraussehbar, die Kriegsgefahr wurde frühzeitig erkannt, insbesondere von den führenden Köpfen der internationalen Arbeiterbewegung und ebenso von der II. Internationale.

Bereits im Oktober 1886 hatte Friedrich Engels in einer Betrachtung der politischen Lage in Europa geschrieben: »Die in Europa zu einem Kriege drängende Kraft ist groß ... Das heißt, dass der uns drohende Krieg zehn Millionen Soldaten auf das Schlachtfeld werfen würde.« Und weiter: »Kurz, es gibt ein Chaos mit nur einem sicheren Resultat: Massenmetzelei auf bisher höchster Stufe, Erschöpfung von ganz Europa in bisher unerhörtem Grad.«

In Erkennung dieser Gefahr hatte der Internationale Sozialistenkongress zu Stuttgart am 24. August 1907 klar bekundet: »Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarischen Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Büros, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirk-

samsten erscheinenden Mittel den Ausbruch eines Krieges zu verhindern ... Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten, um mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.«

Der Außerordentliche Internationale Sozialistenkongress in Basel am 24./25. November 1912 charakterisierte einen möglichen Krieg als »verbrecherischen Wahnsinn«. Er bezeichnete es als die »Aufgabe der Sozialisten Englands, Frankreichs und Deutschlands, sich mit aller Kraft der Eroberungspolitik in Vorderasien zu widersetzen, die geraden Wege zum Weltkrieg führen müsste«. Als die größte Gefahr für den Frieden in Europa betrachtete der Kongress die »künstlich genährte Gegnerschaft zwischen Großbritannien und dem deutschen Reich«, woraus sich besondere Antikriegsbemühungen der Arbeiterbewegung beider Länder ergeben.

Die deutsche Sozialdemokratie war eine gut organisierte Massenpartei, die mit dem Erfurter Programm ein ausgezeichnetes marxistisches Programm besaß. Bebels Rede auf dem Dresdner Parteitag vom 18.-20. August 1912 widerspiegelte die absolut überwiegende Stimmung in der Partei. Sie gipfelte in den Worten: »Solange ich atmen und schreiben und sprechen kann, soll es nicht anders werden: Ich will der Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft und dieser Staatsordnung bleiben, um sie in ihren Existenzbedingungen zu untergraben, und sie, wenn ich kann, beseitigen.«

Die Zahl der Mitglieder der Partei, die kurz vor der Jahrhundertwende rd. 200 000 betrug, hatte sich bis Anfang 1914 auf 1 085 905 erhöht. Die SPD besaß nunmehr 73 Zeitungen, davon 49 Tageszeitungen, mit einer Gesamtauflage von rund. 400 000 Exemplaren.

Eine Fallstudie für Leipzig, in dessen SPD-Parteibeziirk am Vorabend des Ersten Weltkrieges 50 352 Mitglieder organisiert waren, belegt den ausgeprägten Friedenswillen großer Teile der Arbeiterschaft.. So vereinigten sich am 27. Oktober 1912 etwa 90 000 Demonstranten auf dem Leipziger Messplatz zu einer mächtigen Antikriegskundgebung. In einer einmütig angenommenen Resolution brachten sie ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, »im Verein mit den klassenbewussten Arbeitern der anderen Länder alles daranzusetzen, um einen Weltkrieg zu verhindern«. Sollte das jedoch nicht gelingen, würde dieser »alle die gewaltigen sozialen Gegensätze, die die modernen bürgerlichen Gesellschaften zerreißen, zum Austrag bringen und einen revolutionären Umwälzungs-

prozess einleiten, der nur enden kann mit dem Zusammenbruch der kapitalistischen Produktionsweise und dem Übergang zum Sozialismus«.

Mit gleicher Entschiedenheit protestierte die Leipziger Arbeiterbewegung im April 1913 gegen die Forderungen der neuen Militärvorlage im Reichstag. »Die Politik der gigantischen Rüstungen«, hieß es in der Resolution, die in sieben sozialdemokratischen Versammlungen angenommen wurde, »ist das Erzeugnis des Imperialismus, der neuesten Phase des Kapitalismus, das Streben der herrschenden Klassen nach Erweiterung ihres Ausbreitungsgebietes und des feindlichen Gegensatzes, der daraus zwischen den herrschenden Klassen der großen Weltmächte erwächst.« Und in Erkenntnis der sozialökonomischen Basis des Militarismus bekundete die Leipziger Sozialdemokratie: »Der Kampf gegen den Militarismus muss daher ein Kampf gegen seine Wurzeln, gegen den Imperialismus, gegen den Kapitalismus, für den Sozialismus sein.«

Am 25. Juli 1914 – die Kriegsgefahr hatte sich enorm zugespitzt – erklärte der Parteivorstand der SPD: »Der Weltkrieg droht! Die herrschenden Klassen, die Euch im Frieden knebeln, verachten, ausnutzen, wollen Euch als Kanonenfutter missbrauchen. Überall muss den Machthabern in den Ohren klingen: Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Krieg!« Am selben Tag erschien in der gesamten sozialdemokratischen Presse ein ebenso verfasster Leitartikel, der auf Agitation und Versammlungen orientierte und Demonstrationen in Aussicht stellte. Wörtlich hieß es: »Haltet Euch bereit zur Demonstration gegen den Krieg, zu der die Sozialdemokratie Euch rufen wird.«

In den Tagen vom 26. bis 30. Juli 1914 fanden in zahlreichen Städten Deutschlands machtvoll Antikriegskundgebungen und -demonstrationen statt, darunter in Dresden (35 000), Düsseldorf (20 000), Hannover (20 000), Köln (10 000), Leipzig (50 000) und Mannheim (10 000). In Berlin protestierten am 28. Juli in 30 Versammlungen nahezu 30 000 Menschen in gleichlautenden Resolutionen gegen die drohende Kriegsgefahr. Diese Aktionen bekundeten den Friedenswillen vor allem der Arbeiter und waren eine entschiedene Willensäußerung gegenüber den Führungen der Arbeiterorganisationen, den Kampf gegen den Krieg entschlossen zu führen.

Doch bereits am 30. Juli 1914 vollzog der Parteivorstand eine totale Kehrtwende. Friedrich Stampfer, Chefredakteur des »Vorwärts«, propagierte in einem für die gesamte sozialdemokratische Presse bestimmten Leitartikel »Um Sein oder Nichtsein«: die Losung der »Vaterlandsverteidigung«, gekleidet in die Worte: »Wenn die verhängnisvolle Stunde schlägt, werden die vaterlandslosen Gesellen ihre Pflicht erfüllen und

sich darin von den Patrioten in keiner Weise übertreffen lassen.« Damit war das Stichwort für eine großangelegte chauvinistische Kampagne in der sozialdemokratischen Presse gegeben.

Am 31. Juli 1914, der Ausbruch des Krieges stand unmittelbar bevor, sagte sich nunmehr der Parteivorstand der SPD in einem Aufruf an die Mitglieder der Partei von jeglicher Aktivität gegen den Krieg los und forderte Ergebenheit und Ruhe. »Unbesonnenheiten, nutzlose und falsch verstandene Opfer«, hieß es, »schaden in diesem Augenblick nicht nur dem Einzelnen, sondern unserer Sache.« Damit war der Regierung des Kaiserreiches, die lange Zeit das Verhalten der Sozialdemokratie im Kriegsfall gefürchtet und vor allem mit massiven Streiks in der Rüstungsindustrie gerechnet hatte, die wohl größte innenpolitische Sorge genommen.

Am 1. August 1914 erklärte Deutschland Russland den Krieg. Zugleich erfolgte ohne jede Kriegserklärung der Einmarsch deutscher Truppen in das neutrale Luxemburg. Am 3. August erklärte Deutschland Frankreich den Krieg. Am 4. August überfielen deutsche Truppen das neutrale Belgien. Am selben Tag trat England in den Krieg gegen Deutschland ein. Der befürchtete imperialistische Weltkrieg hatte begonnen.

Zweifellos glaubte nunmehr im August 1914 die Mehrheit der deutschen Sozialdemokraten, Deutschland führe gegen das zaristische Russland, den »Hort der Reaktion«, einen gerechten Verteidigungskrieg. Reichskanzler Bethmann, der bestrebt war, die Meinungsbildung bei der Sozialdemokratie in diesem Sinne zu beeinflussen, erklärte somit auf die Frage des Reeders Albert Ballin, weshalb er es mit der Kriegserklärung gegen Russland so eilig habe: »Sonst kriege ich die Sozialdemokraten nicht mit.« Dafür war rechtzeitig mittels der angeblich Deutschland drohenden »slawischen Gefahr« eine antirussische Massenhysterie entwickelt worden. Doch ebenso trug, wie jüngere Untersuchungen belegen, der »wirtschaftliche Konkurrenzkampf gegen England« dazu bei, der sozialdemokratischen Unterstützung des von der Reichsregierung geführten Krieges zuzustimmen.

In dieser verhängnisvollen Situation trat das ein, worauf innerhalb der deutschen Sozialdemokratie die Weichen durch den Parteivorstand gestellt worden waren. Am 4. August 1914 stimmte die SPD-Reichstagsfraktion geschlossen – Karl Liebknecht hatte sich entgegen seiner Überzeugung der Fraktionsdisziplin gebeugt – für die Kriegskredite. Ihr Sprecher, der Parteivorsitzende Hugo Haase, der vorgab, sich im »Einklang mit der Internationale« zu fühlen, erklärte: »Nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für

die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel... Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich.«

Bereits am 2. August 1914 hatte die Vorstandskonferenz der Freien Gewerkschaften Deutschlands beschlossen, die Maßnahmen der kaiserlichen Regierung zur Mobilmachung zu unterstützen, alle Lohnkämpfe und Streikunterstützungen für die Dauer des Krieges sofort einzustellen und den Organisationsapparat der Gewerkschaftsverbände in den Dienst des Krieges zu stellen. Damit unterstützte die Gewerkschaftsführung die Umstellung der Volkswirtschaft auf die Kriegsproduktion. Die durch den Krieg zu erwartende Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen sollten aus »vaterländischem Interesse« geduldet werden.

»Als bald nach dem 4. August zeigten sich in der Partei, insbesondere in der Presse«, wie Karl Liebknecht vermerkte, »die bedenklichsten Erscheinungen – Chauvinismus, Annexionssucht, Harmoniedudelei, bedingungslose Solidarisierung mit den Todfeinden des Proletariats von gestern und morgen, die plötzlich in einer trüben Einigkeitsphrasen-Hochflut zu Busenfreunden von heute umgewaschen wurden.« Mit der absoluten Hinwendung zur »Vaterlandsverteidigung« und damit zur »Burgfriedenspolitik« hatte die deutsche Sozialdemokratie die in den Resolutionen der Sozialistenkongresse von Stuttgart (1907), Kopenhagen (1910) und Basel (1912) niedergelegte Verpflichtung, auf die Verhinderung eines Krieges zielstrebig hinzuwirken, und falls das nicht möglich sein sollte, mit aller Energie für dessen Beendigung einzutreten, verlassen.

Der imperialistische Marsch in die Barbarei hatte mit Zustimmung und Unterstützung der deutschen Sozialdemokratie begonnen. Gleiches vollzog sich auch in anderen Ländern. Diese Kapitulation der internationalen Sozialdemokratie und damit der Zusammenbruch der II. Internationale war, wie Rosa Luxemburg die dadurch entstandene Lage bewertete, eine »weltgeschichtliche Katastrophe«.

Nach Ausbruch des Weltkrieges stand die Linke innerhalb der internationalen Sozialdemokratie vor Fragen wie: Auf welche Art und Weise ist es real möglich, für eine Beendigung des Krieges zu wirken? Gilt es für einen kapitalistischen Verständigungsfrieden oder für einen Frieden durch eine Revolution im eigenen Land einzutreten? Welchen Charakter und welche Zielstellungen muss eine solche Revolution haben? Ist es überhaupt möglich, mit einem Sprung zum Sozialismus zu gelangen oder waren nicht vielmehr historische Zwischenglieder/Übergangsstufen erforderlich, so vor allem zunächst eine bürgerlich-demokratische Republik, als unumgängliche Voraussetzung für einen späteren Übergang

zu einem demokratischen Sozialismus? Welche organisatorischen Schlussfolgerungen ergeben sich für die Linken aus dem Verrat der deutschen Sozialdemokratie durch deren allseitiger Unterstützung des imperialistischen Weltkrieges?

Damit bestand die schwierige Aufgabe der Linken darin, sich unter den für sie komplizierten Bedingungen des Kriegszustandes über derartige grundsätzliche Fragen zu verständigen und zu einer Strategie und Taktik zu finden, die sowohl den objektiven Erfordernissen als auch den subjektiven Möglichkeiten des revolutionären Klassenkampfes entsprach. Voraussehbar war, dass das mit einem tiefgreifenden politisch-ideologischen Klärungs- und Differenzierungsprozess sowie mit organisatorischen Konsequenzen verbunden war, falls es nicht gelingen sollte, die Sozialdemokratie auf die Positionen des revolutionären Klassenkampfes zurückzuführen.

Die bereits erwähnte Fallstudie belegt, was vielerorts der Fall war. Noch am 2. August, dem Tag der Mobilmachung, hatten sich in Leipzig zahlreiche zutiefst erregte Sozialdemokraten in den Parteilokalen versammelt. Lange nach Mitternacht teilte ihnen ein Kurier mit, dass der SPD-Bezirksvorstand den Beschluss gefasst hat, die Tätigkeit in den Ortsvereinen auf ein Minimum zu beschränken. Da dieser Beschluss rigoros durchgesetzt wurde, konnte der Leipziger Polizeibericht für das Jahr 1914 vermerken: »Von einer parteipolitischen Tätigkeit war nach Ausbruch des Krieges innerhalb der hiesigen Sozialdemokratie nicht mehr die Rede ...«

Der Jahresbericht des Polizeiamtes der Stadt Leipzig kam zu der prinzipiellen Feststellung: »Wenn zunächst bei Beginn des Krieges daran gedacht werden konnte, gewisse behördliche Sicherheitsmaßnahmen gegenüber der Sozialdemokratie zu ergreifen, so stellte sich in der Folgezeit heraus, dass solche Maßnahmen überflüssig, wenn nicht direkt gefährlich gewesen wären, denn nach der angeordneten Mobilmachung ... trat zur unangenehmen Überraschung des feindlichen Auslandes, das mit inneren Unruhen während der Kriegszeit gerechnet haben mochte, ein völliger Umschwung in der Stimmung der Sozialdemokratie im vaterländischen Sinne hervor.« Mehr noch: »Merkwürdig und anerkennenswert war die anfeuernde nationale und zum Teil monarchistische Haltung sozialdemokratischer Führer, wie sie in verschiedenen Presseartikeln zum Ausdruck kam.«

Das politische Agieren des Leipziger Bezirksvorstandes entsprach der vom Parteivorstand und der Reichstagsfraktion verfolgten Generallinie, dass, weil es sich um einen »nationalen Verteidigungskrieg« handele, die Klassengegensätze durch die »nationalen Gemeinsamkeiten«

in den Hintergrund getreten seien und erst nach Beendigung des Krieges, worunter ein deutscher Siegfrieden verstanden wurde, wieder hervortreten würden. Die weiblichen Parteimitglieder wurden aufgefordert, sich dem »Frauenhilfsdienst« als Helferinnen zur Verfügung zu stellen. Führende Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre traten den bürgerlichen »Nationalen Hilfskomitees« bzw. dem jeweiligen »Landesausschuss für Hilfstätigkeit« bei. Diese Gremien dienten der unmittelbaren Unterstützung des Krieges.

Gegen diesen Verrat und diese nationale Demagogie widersetzte sich die linke Strömung in der deutschen Sozialdemokratie.. Unter den Bedingungen des Kriegszustandes und der Militärzensur schloss sich ihr Kern enger zusammen. Bereits ab September 1914 zirkulierten Rundbriefe, die sich an bekannte Mitglieder der Partei wandten. Dem diente zunächst vor allem das Referentenmaterial »Die Ursachen des Weltkrieges« der Gruppe um Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Clara Zetkin. Wie dieses Material, so wurden auch Briefe vor allem von Karl Liebknecht und Franz Mehring, die den Verrat der Parteiführung geißelten, vervielfältigt und zielgerichtet verbreitet. Es begann die organisatorische Sammlung der Linken auf der Grundlage eines revolutionären Kampfprogramms gegen den imperialistischen Krieg, seine Initiatoren und sozialdemokratischen Befürworter und Unterstützer.

Nachdem Karl Liebknecht am 2. Dezember 1914 als einziger gegen die Bewilligung der Kriegskredite gestimmt hatte, nahmen oppositionelle Parteimitglieder zu ihm Kontakt auf. Schritt für Schritt vollzog sich nunmehr in mehreren Orten Deutschlands, darunter in Leipzig, die Herausbildung von »Liebknechtgruppen«, deren Tätigkeit gegen die Burgfriedenspolitik des Parteivorstandes gerichtet war.

In der Folgezeit nahmen die innerparteilichen Klärungs- und Differenzierungsprozesse immer deutlichere Konturen an.

Am 5. März 1915 fand eine Reichskonferenz führender linker Sozialdemokraten statt, die der Beginn einer Verbindung zwischen den oppositionellen Gruppen verschiedener Städte Deutschlands war. Sie beschloss die Herausgabe der »Monatszeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus« unter dem Titel »Die Internationale«, mit deren Hilfe sie die Opposition in der Sozialdemokratie gegen die Burgfriedenspolitik der offiziellen Parteiinstanzen sammeln und zu einheitlichem Vorgehen vereinen wollte. Der Parteivorstand wandte sich scharf gegen das inhaltliche Profil der Monatszeitschrift und deren Herausgeber, Rosa Luxemburg und Franz Mehring. Die erste Nummer, die am 14. April 1915 mit 9 000 Exemplaren erschien, wurde sofort verboten. Da die

Zeitschrift nach Maßgabe der Kriegsbehörden nur unter Zensur weiter erscheinen sollte, stellten die Herausgeber ihr Erscheinen ein.

Am 20. März 1915 stimmten Karl Liebknecht und Otto Rühle gegen die Bewilligung der Kriegskredite und das Kriegsbudget. 30 Abgeordnete der Partei verließen vor der Abstimmung den Saal. Die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion bewilligt erstmalig entgegen den programmatischen Grundsätzen der Partei das Kriegsbudget der Regierung.

Im Mai 1915 erscheint das für den Kampf gegen den Krieg und die Sammlung der Opposition bedeutsame Flugblatt Karl Liebknechts »Der Hauptfeind steht im eigenen Land!« E war ein Aufruf zu revolutionären Massenaktionen der deutschen Arbeiter und stellte zugleich fest: »Internationaler proletarischer Klassenkampf gegen internationale imperialistische Völkerzerfleischung heißt das sozialistische Gebot der Stunde.«

Auf der Reichkonferenz der Gruppe Internationale am 1. Januar 1916 gaben sich die deutschen Linken eine eigene marxistische Plattform, indem sie die von Rosa Luxemburg entworfenen »Leitsätze über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie« annahmen. Diese programmatische Erklärung betonte, dass das internationale Proletariat »weder im Frieden noch im Krieg auf Klassenkampf und auf internationale Solidarität verzichten« kann. Der Kampf gegen den Imperialismus, hieß es weiter, »ist für das internationale Proletariat zugleich der Kampf um die politische Macht«. Die Leitung der Gruppe, genannt Zentrale – ihr gehörten Leo Jogiches, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Wilhelm Pieck u.a. an – beschloss, ein Mitteilungsblatt herauszugeben, dessen erste Nummer am 27. Januar 1916 erschien. Es trug den Titel »Politische Briefe« und war mit »Spartacus« unterzeichnet. Diese Briefe wurden als »Spartakusbriefe« bekannt und die Gruppe »Internationale« wurde nunmehr als »Spartakusgruppe« bezeichnet. Der Formierungsprozess der deutschen Linken hatte einen neuen Reifegrad erreicht.

Am 12. Januar 1916 erfolgte auf Drängen des Parteivorstandes der Ausschluss Karl Liebknechts mit 60 gegen 25 Stimmen aus der SPD-Reichtagsfraktion. Aus Solidarität mit Karl Liebknecht trat am 14. Januar Otto Rühle aus der Fraktion aus. 12 Abgeordnete, die an der Abstimmung nicht teilnahmen, erklärten sich nachträglich gegen den Ausschluss Karl Liebknechts aus der Fraktion. Vor seinem Ausschluss hatte Karl Liebknecht erklärt, dass sein Kampf nicht mehr allein der Kreditbewilligung gilt, sondern der Gesamtpolitik, die in der Kredit-

bewilligung gipfelt. Über den Gesamtvorgang in der Fraktion berichtete der Spartakusbrief vom 27. Januar 1916.

Im Februar 1916 erschien unter dem Pseudonym »Junius« die Broschüre Rosa Luxemburgs »Die Krise der deutschen Sozialdemokratie«, die sie im April 1915 im Berliner »Königlich-Preußischen Weibergefängnis« verfasst hatte. In ihr stellte Luxemburg fest: »Nirgends ist die Organisation des Proletariats so gänzlich in den Dienst des Imperialismus gespannt, nirgends wird der Belagerungszustand so widerstandlos ertragen, nirgends die Presse so geknebelt, die öffentliche Meinung so erwürgt, der wirtschaftliche und politische Klassenkampf der Arbeiterklasse so gänzlich preisgegeben, wie in Deutschland.« In der von der bürgerlichen Gesellschaft herbeigeführten weltgeschichtlichen Katastrophe, mitten in diesem Hexensabbat habe die internationale Sozialdemokratie kapituliert. »Sich darüber zu täuschen, sie zu verschleiern wäre das Törichteste, das Verhängnisvollste, was dem Proletariat passieren könnte.« Das Ziel der Selbstbefreiung des Proletariats aus dieser seiner Lage hänge davon ab, ob es versteht, aus den eigenen Irrtümern zu lernen. Und sie kommt zu der bis heute von aktueller Bedeutung geprägten Aussage: »Selbstkritik, rücksichtslose, grausame, bis auf den Grund der Dinge gehende Selbstkritik, ist Lebensluft und Lebenslicht der proletarischen Bewegung.« Und sie fügte dem hinzu: »Verloren wäre der Sozialismus nur dann, wenn das internationale Proletariat die Tiefe des Falls nicht ermessen, aus ihm nicht lernen wollte.«

Als am 24. März 1916 neben Karl Liebknecht und Otto Rühle 18 Abgeordnete der SPD-Fraktion, die bereits am 21. Dezember 1915 ihre Zustimmung zu den fünften Kriegskrediten verweigert hatten, im Reichstag gegen den Notetat stimmten, wurde ihnen noch am gleichen Tag mit 58 gegen 35 Stimmen, bei 4 Enthaltungen, die »aus der Fraktionszugehörigkeit entspringenden Rechte« abgesprochen. Diese Abgeordneten waren: Bernstein, Bock, Büchner, Cohn, Dittmann, Geyer, Haase, Henke, Herzfeld, Horn, Kunert, Ledebour, Schwarz, Stadthagen, Stolle, Vogtherr, Wurm und Zubeil.

Am 25. März 1916 legte Hugo Haase sein Amt als Vorsitzender der SPD-Reichstagsfraktion nieder. Wenige Tage später, am 30. März 1916, schlossen sich die 18 Abgeordnete zur »Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft« innerhalb der Partei zusammen und wählten als ihren Vorstand Haase, Ledebour und Dittmann. Ihre an diesem Tage abgegebene Erklärung vermied es, die prinzipiellen Gegensätze in der Partei klar zu benennen. Sie rief die Mitglieder der Partei dazu auf, sich im Rahmen des Organisationsstatus weiter zu betätigen und die durch die Zugehörigkeit zur Partei gegebenen Verpflichtungen zu erfüllen. Später,

am 28. Februar 1917, schrieb Karl Kautsky an Victor Adler über die Beweggründe der Gründung der Arbeitsgemeinschaft, dass wenn sie nicht gegründet worden wäre, »dann wäre die unaufhaltsam wachsende Opposition einfach vollständig an die Spartakusleute übergegangen und wäre der Bruch schon vor einem Jahr vollzogen worden. Wenn er bisher hinausgeschoben wurde und wenn die Spartakusleute immer weiter zurückgedrängt wurden, ist das unser Verdienst.«

Als Ausdruck der zunehmenden Unzufriedenheit der Mitglieder mit der Politik der Parteiführung häuften sich die Austritte aus der SPD. Die Linken gewannen an Einfluss, der Widerstand gegen die Burgfriedenspolitik wurde immer markanter und zielgerichteter. Der Parteivorstand reagierte darauf mit dem Ausschluss ganzer Organisationen und Unterbezirke. Nach Angaben Eberts auf der Reichskonferenz der SPD, die vom 21. bis 23. September 1916 in Berlin stattfand, war zu diesem Zeitpunkt die Mitgliederzahl seit 1914 von 1 085 905 auf 395 216, d. h. um 64 Prozent zurückgegangen. Die Zahl der Abonnenten der Parteipresse war von 1 288 092 auf 691 484 und damit um 46 Prozent gesunken. Die Einnahme an Mitgliederbeiträgen hatte sich um 60 Prozent vermindert.

Unter dem Druck der Ereignisse berief schließlich die »Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft« für den 7. Januar 1917 eine Konferenz der Parteiopposition nach Berlin ein, die Fragen der Parlamentstaktik und Abwehrmaßnahmen gegen die Parteinstanzen behandeln sollte. Noch auf dieser Konferenz, an der 157 Parteimitglieder aus 72 Wahlkreisen teilnahmen – darunter 35 Mitglieder der Spartakusgruppe – erklärte Ledebour, dass es darauf ankäme, in der Partei zu verbleiben, da mit Sicherheit zu erwarten sei, dass sich früher oder später die Opposition durchsetzen werde.

Die Konferenz nahm mehrheitlich eine von Richard Lipinski verfasste Resolution an, die eine formale Kritik am Parteivorstand wegen seines Vorgehens gegen die Opposition übte. Der Entscheid darüber, »ob die Partei die alten Bahnen aufgeben« solle, wurde dem Parteitag übertragen, »der nach Wiederherstellung verfassungsrechtlicher Garantien und gründlicher Vorbereitung« zusammentreten sollte, was einer Vertagung auf die Zeit nach dem Krieg gleichkam. Die Mehrheit beschloss ein von Karl Kautsky verfasstes Manifest, das seinem Wesen nach bürgerlich-pazifistisch war. Es enthielt die Forderung nach einem Verständigungsfrieden, nach einem Frieden ohne Sieger und Besiegte. Das war der Verzicht auf eine eigenständige Politik, die Unterordnung der Interessen der Arbeiterklasse unter die der bürgerlichen Aufgabe, die eigene Regierung vor Niederlagen zu bewahren.

Der Parteivorstand bemüht, die sich enorm zugespitzte innerparteiliche Situation unter Kontrolle zu bringen, reagierte sofort. Er schloss am 18. Januar 1917 mit 29 gegen 10 Stimmen die um die »Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft« und die deutschen Linken gruppierte Opposition aus der Partei aus.

Das Ausmaß des sich bis zu diesem Zeitpunkt in der SPD vollzogenen Klärungs- und Differenzierungsprozesses belegt die Leipziger Fallstudie. Als nach dem Ausschluss des Leipziger Unterbezirks nunmehr am 18. März 1917 die Bildung eines neuen sozialdemokratischen Parteivereins vollzogen wurde, traten diesem lediglich 32 Personen, fast ausschließlich Gewerkschafts- und Parteiangestellte, bei. Als Gegenblatt zur linken »Leipziger Volkszeitung« wurde mit Hilfe der Bourgeoisie die »Freie Presse« gegründet. Wie auch anderenorts, so wollten sich ebenso in Leipzig die ehemaligen SPD-Mitglieder in einer neu zu bildenden linken Partei organisieren.

In dieser Situation erfolgte auf Initiative der »Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft« Ostern 1917, vom 6. bis 8. April, im Gothaer Volkshaus die Gründung der »Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD)«, an der 143 Teilnehmer aus 124 Wahlkreisen teilnahmen.

Die Gründung der USPD, der sich die Spartakusgruppe unter vielen Vorbehalten als selbständige Gruppe anschloss, erfolgte unter dem Druck der sich zunehmend von der Burgfriedenspolitik abwendenden Parteimitglieder und angesichts der vom SPD-Parteivorstand betriebenen Massenausschlüsse. An der Spitze der USPD standen Kräfte, deren Ziel es war, die sich von der Politik der rechten SPD-Führung abwendenden Parteimitglieder aufzufangen und zu verhindern, dass sie der Spartakusgruppe folgten. Die Gründung der USPD war somit gegen die Schaffung einer selbständigen revolutionären Arbeiterpartei, die vom Geist Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs erfüllt war, gerichtet. Sie wurde von mit der festen Absicht gegründet, nach Erfüllung ihrer Mission wieder in den Schoß der alten Partei zurückzukehren.

Dennoch hatte sich die USPD zumindest verbal deutlich von der Burgfriedenspolitik abgesetzt. In ihrem Gründungsmanifest, aber auch in anderen Dokumenten wurde die Notwendigkeit einer revolutionären Klassenpolitik betont. Hinzu kam, dass in der USPD ein breites Spektrum links-oppositionellen Kräfte vereint war und sie damit eine Plattform für die Politik von Spartakus zu werden versprach.

Die Spartakusgruppe, die in der USPD das unter den gegebenen Verhältnissen relativ noch erträglichste sah, hatte ihr gegenüber erklärt: »Wir sind mit Euch, wenn Ihr ernstlich kämpft. Wir werden ohne Euch

handeln, wo Ihr versagt. Wir werden gegen Euch sein, wenn Ihr Eure Pflicht vernachlässigt.« Die Spartakusgruppe hatte sich, wie Karl Liebknecht auf dem Gründungsparteitag der KPD betonte, ihr vor allem angeschlossen, »um die wertvollsten Elemente der USP voranzutreiben, um sie zu radikalieren, um ... zu erreichen, dass möglichst starke revolutionäre Kräfte gewonnen werden könnten für die Zusammenfassung in einer geschlossenen, einheitlichen, revolutionären proletarischen Partei. Wir haben uns an dieser Arbeit abgemüht, es war eine Sisyphusarbeit schwierigster Art.«. Monate danach, am 3. Juni 1918, schrieb Franz Mehring an die Bolschewiki:« Nur in einem haben wir uns getäuscht: nämlich als wir uns nach der Gründung der Unabhängigen – selbstverständlich unter Wahrung unseres selbständigen Standpunktes – ihr organisatorisch anschlossen, in der Hoffnung, sie vorwärtstreiben zu können. Diese Hoffnung haben wir aufgeben müssen.«

Bald zeigte sich, dass zunächst breite Massen in der Gründung der USPD, nicht zuletzt wegen des Anschlusses der Spartakusgruppe an sie, eine Wende hin zur revolutionären Klassenpolitik sahen und bereit waren, sich ihrer Führung anzuvertrauen.. So schloss sich auch die ehemalige Leipziger SPD-Mitgliedschaft - zirka 35 000 – ihr an. Zugleich wurde die »Leipziger Volkszeitung« faktisch das Zentralorgan der USPD. Damit war Leipzig zur absoluten Hochburg der USPD in Deutschland geworden. Das fand auch seinen Ausdruck darin, dass die sächsischen USPD-Kreisvorstände dem USPD-Bezirksvorstand Leipzig bis auf weiteres die Geschäfte des Landesvorstandes übertrugen.

Unmittelbar nach der Gründung der USPD kam es zu der bis dahin größten und bedeutendsten Massenaktion während des Krieges. Am 16. April 1917 traten in zahlreichen Städten Deutschlands, so z. B. in Berlin, Braunschweig, Halle, Hannover, Leipzig und Magdeburg, bedeutende Teile der Arbeiterschaft in den politischen Massenstreik.

Der äußere Anlass für diese machtvolle Aktion war die erneute Kürzung der wöchentlichen Brotration der Bevölkerung. Abseits und ohne Mitwirkung der führenden Kräfte der Gothaer Gründungskonferenz war, wie Hermann Liebmann später hierüber in der »Leipziger Volkszeitung« vom 8. November 1919 berichtete, von Vertretern einiger wichtiger Industrieorte Deutschlands ohne Abstimmung und ohne Beschluss die Vereinbarung getroffen worden, mit einem Streik auf die Kürzung der Brotration zu antworten. Es war offensichtlich geworden, dass entscheidende Teile der Arbeiterschaft unter dem politischen Einfluss der Spartakusgruppe bereit waren, selbst gegen den Willen zentristischer Führer der USPD in den Streik zu treten. Dass dabei ökonomische und

politische Aspekte zu einer kraftvollen Einheit verschmolzen, gaben dem Aprilstreik 1917 seine Bedeutung

Der politische Charakter des Aprilstreiks kam in besonders ausgeprägter Weise in Leipzig zum Ausdruck.

Bereits Anfang April 1917 waren unter den Leipziger Arbeitern Flugblätter der Spartakusgruppe verteilt worden, die, anknüpfend an die russische Februarrevolution, zu revolutionären Aktionen aufriefen. In einem dieser Flugblätter hieß es: »Leuchtend ist die russische Revolution Euch vorangegangen! Gehet hin und tuet desgleichen! Schreitet aus preußisch-deutscher Dunkelheit zur strahlenden Freiheit des Volkes ... Nehmt Euer Schicksal selbst in die Hand! Ihr habt die Macht in den Händen, wenn Ihr nur einig seid!«

In einem anderen Flugblatt informierte die Spartakusgruppe die Arbeiter über den Kampf ihrer Klassengenossen in anderen teilen Deutschlands. Als politische Forderungen erhob sie:

1. Beendigung des Krieges.
2. Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur.
3. Aufhebung der Schranken des Vereins- und Koalitionsrechts.
4. Freilassung aller politisch Verurteilten.
5. Gleiches Staatsbürgerrecht für alle.
6. Allgemeines Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten Personen beiderlei Geschlechts.
7. Beseitigung aller reaktionären Gesetze.
8. Beseitigung der Landesschranken innerhalb Deutschlands.

Der tragende Grundgedanke war, den Krieg durch revolutionäre Aktionen der Massen zu beenden.

Vertrauensleute der USPD und der Gewerkschaften kamen am 11. April 1917 überein, gemeinsam zum Streik aufzurufen, für dessen Durchführung alle Einzelheiten festgelegt wurden.

Am 16. April 1917 legten Zehntausende Leipziger Arbeiter die Arbeit nieder. In Leipzig-Stötteritz, wo sich rd. 10 000 Streikende versammelt hatten, erklärte Richard Lipinski, der Vorsitzende des USPD-Bezirksvorstandes, dass es nicht nur darum ginge, die Kohlrübenfrage zu lösen, sondern dass es vor allem darauf ankäme, »den Krieg zu beenden«. »Es gibt jetzt ein Mittel«, führte er aus, »den Krieg zu beenden. Die Arbeiter Rußlands sind hierfür mit gutem Beispiel vorangegangen.«

Im Zuge des Verlaufs der Streikbewegung wurde eine Deputation gewählt, die den Auftrag erhielt, folgende Forderungen an die Reichsregierung zu stellen:

1. Ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit billigen Lebensmitteln und Kohlen.
2. Eine Erklärung der Regierung zur sofortigen Friedensbereitschaft unter Verzicht auf jede offene oder versteckte Annexion.
3. Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur.
4. Sofortige Aufhebung aller Schranken des Koalitions-, Vereins- und Versammlungsrechtes.
5. Sofortige Aufhebung des schändlichen Arbeitszwangsgesetzes.
6. Sofortige Befreiung der wegen politischer Vergehen Inhaftierten und Verurteilten, Niederschlagung der politischen Strafverfahren.
7. Volle staatsbürgerliche Freiheit, allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht zur Wahl für alle öffentlichen Körperschaften im Reich, in den Bundesstaaten und Gemeinden.

Der Deputation blieb es überlassen, weitergehendere Forderungen, die sich aus der politischen Situation ergeben, zu erheben. Des weiteren hieß es: »Zur wirksamen Vertretung der Arbeiterinteressen fordern die Versammelten alle Berufsgruppen auf, Vertreter zu entsenden, um mit den Vertretern der Metallarbeiter und der unabhängigen sozialdemokratischen Partei einen Arbeiterrat zu bilden.«

Der Streik in Leipzig erfasste nicht nur den überwiegenden Teil der in der Rüstungsindustrie beschäftigten Arbeiter, sondern griff auch auf andere Erwerbszweige, wie die Bau-, Holz-, Textil- und Kohlenindustrie, über. Insgesamt streikten am 18. April 1917 etwa 30 000 Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die Leipziger Kreishauptmannschaft berichtete darüber nach Dresden: »Der Gang der Ausstandsbewegung lässt sicher darauf schließen, dass es sich weniger um die Erreichung wirtschaftlicher Ziele als vielmehr um eine politische Machtprobe der sogenannten Spartakussgruppe handelt, um die Anhänger der Mehrheitspartei an die Wand zu drücken. Das ist auch vorläufig in Leipzig gelungen.«

Dennoch gelang es den gemäßigten Führern der USPD, die Bildung eines Arbeiterrates in Leipzig zu verhindern und durch wirtschaftliche Zugeständnisse der Herrschenden den Streik zu beenden. Trotzdem war der Leipziger Aprilstreik 1917 ein leuchtendes Beispiel des für die revolutionäre Beendigung des Krieges geführten Kampfes. Der Hauptausschuss des Reichstages sah sich gezwungen, am 26. April 1917 mit den Vorgängen in Leipzig zu beschäftigen. Generalleutnant Groener, Chef des Reichskriegsamtes, stellte zu den an die Regierung telegraphisch gerichteten Forderungen u. a. fest: »Der Inhalt ist eine ganze Reihe politischer Forderungen, vor allem aber zum Schluss Einsetzung eines

Arbeiterrates nach russischem Muster ...Das war toll, mehr als toll! Und diese politischen Momente sind hierher übertragen worden, sind in die deutschen Waffen- und Munitionsfabriken übertragen worden.«

Der Verlauf des Streiks hatte nicht nur in Leipzig, sondern auch in den anderen Orten Deutschlands deutlich gezeigt: Während die Spartakusgruppe lediglich über einen Apparat von Vertrauensleuten verfügte, stand den zentristischen Kräften der USPD ein festgefügtter Parteiapparat zur Verfügung. Hinzu kam, dass die Spartakusgruppe keine führenden Funktionen im Deutschen Metallarbeiterverband, dessen Mitglieder die Hauptakteure des Streiks waren, besaß. Diese organisatorische Macht und eine scheinradikale Phraseologie versetzten die zentristische Führung in die Lage, die Streikbewegung relativ schnell unter Kontrolle zu bringen und auf wirtschaftlichen Forderungen einzuengen.

Durch die russische Oktoberrevolution 1917 wurde die Stellung der Spartakusgruppe, die sich konsequent an die Seite der Bolschewiki gestellt hatte, innerhalb der in sich stark differenzierten deutschen Antikriegsbewegung wesentlich gestärkt. Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Franz Mehring, Clara Zetkin u. a. deutsche Linke bekundeten mit klaren Worten ihre Zustimmung zur Entwicklung der russischen Revolution. Im Mai/Juni 1918 erschien Franz Mehrings Artikelserie »Die Bolschewiki und wir«, in der er die Politik der Bolschewiki rechtfertigte. In den Gefängnisaufzeichnungen Rosa Luxemburgs vom Herbst 1918 hieß es zur internationalen Bedeutung der Oktoberrevolution: »Was eine Partei in geschichtlicher Stunde an Mut, Tapferkeit, revolutionärem Weitblick und Konsequenz aufzubringen vermag, das haben die Lenin, Trotzki und Genossen vollauf geleistet. Die ganze revolutionäre Ehre und Aktionsfähigkeit, die der Sozialdemokratie im Westen gebracht, war in den Bolschewiki vertreten. Ihr Oktoberaufstand war nicht nur eine tatsächliche Rettung für die russische Revolution, sondern auch eine Ehrenrettung des internationalen Sozialismus.«

Dass jedoch die USPD nach wie vor nicht auf eine revolutionäre Beendigung des Krieges eingestellt war, zeigten die Bestrebungen zentristischer Kräfte, den Krieg durch Verhandlungen der kriegsführenden Staaten zu beenden. Eine hierfür vorgesehene »Friedenskonferenz« in Stockholm scheiterte im ersten Versuch an der Passverweigerung durch die englische und französische Regierung. Die Delegation der USPD, die bereits in Stockholm eingetroffen war, musste unverrichteter Dinge wieder abreisen.

Die dann vom 5. bis 12. September 1917 in Stockholm stattgefundenen »Internationale Sozialistische Konferenz« vereinte sehr unterschiedli-

che Kräfte. Die Mehrheit der Konferenzteilnehmer waren Zentristen, darunter seitens der USPD Hugo Haase, Georg Ledebour und Arthur Stadthagen. Die »Zimmerwalder Linke« war durch Delegierte der SDAPR (Bolschewicki), der Spartakusgruppe (Käte Duncker) u. a. m. vertreten. Die Konferenz nahm ein Manifest an, in dem zur Beendigung des Krieges durch proletarische Massenaktion aufgerufen und der internationale Massenstreik gefordert wurde. Doch keine in Stockholm vertretene zentristische Parteien war bereit und fähig, den von ihnen gebilligten Massenstreik in die Tat umzusetzen. Der Verlauf und das Ergebnis der Konferenz bestätigte zugleich den Zusammenbruch der Zimmerwalder Bewegung und die Notwendigkeit der Bildung einer neuen Internationale, einer nach W. I. Lenin »sowohl den Verrätern, den Sozialchauvinisten, als auch den schwankenden Gestalten des ‚Zentrums‘ unwiderruflich feindlich gegenüber stehenden Internationale«.

Es zeigte sich, dass die USPD nicht einmal willens war, die Beendigung des Krieges mit einer konsequenten bürgerlich-demokratischen Revolution zu verbinden, von einer sozialistischen Revolution ganz zu schweigen. Als am 8. Januar 1918 der amerikanische Präsident W. T. Wilson 14 Forderungen aufstellte, die den Waffenstillstandsverhandlungen zwischen den Ententemächten und Deutschland zugrunde gelegt werden sollten, hinter denen sich die Bestrebungen des amerikanischen Imperialismus verbargen, durch zweckbestimmte wirtschaftliche und diplomatische Druckmaßnahmen Maximalprofite für das USA-Monopolkapital zu erpressen, war dazu selbst noch am 7. Oktober 1918 in der »Leipziger Volkzeitung« zu lesen: »Das Friedensangebot, die Waffenstillstandsbitte Deutschlands, die Annahme der Bedingungen Wilsons bedeuten einen Wendepunkt. Eine neue Epoche der deutschen und der Weltgeschichte hebt an. Ganz einerlei, was zunächst das Ergebnis sein mag ... Hinter dieser Erhellung der internationalen Lage, der Kriegslage, tritt die Entwicklung der inneren Verhältnisse zunächst zurück.«

Zu dieser Strategie der USPD hieß es im Spartakusbrief vom Oktober 1918: »Ihr eigenes Friedensprogramm ist jetzt von Scheidemann, von dem Zentrum, den Freisinnigen, dem Prinz Max von Baden angenommen und ins Werk gesetzt worden. Ja, selbst Hindenburg und Ludendorff haben ihren Segen dazu gegeben ... Nun sind heute die Wünsche der Unabhängigen erfüllt ... Mein Liebchen, was willst Du noch mehr? Nun sind also die Scheidemänner mit Zentrumsleuten und Nationalliberalen, mit Hindenburg und Prinz Max die Vollstrecker des ›Friedensprogramms‹ der Haase-Kautsky! Kann man sich eine lächerlichere Lage für ›grundsatztreue‹, unentwegte Sozialisten vorstellen?«

Insgesamt hatte sich die Politik der Prinzipienlosigkeit, der Halbheit und Unentschlossenheit sowie der heimliche Verrat in den maßgebenden Instanzen der USPD derartig gesteigert, dass die Spartakusgruppe vor die Entscheidung gestellt wurde, ihr Verhältnis zur USPD grundsätzlich neu zu bestimmen

Dieser entstandenen Situation trug die Spartakusgruppe auf ihrer Reichskonferenz am 7. Oktober 1918, an der auch die Bremer Linken teilnahmen, Rechnung. Der Aufruf der Konferenz wies die Losungen vom imperialistischen Verständigungsfrieden zurück und orientierte forciert auf die revolutionäre Beendigung des Krieges. Das »Resultat des Krieges hat in allen Ländern der Welt nicht nur die objektiven Grundlagen der Revolution verstärkt«, hieß es dazu, »sondern auch den Zeitpunkt des unmittelbaren Beginns der Revolution herangeführt.« Er rief dazu auf, nach russischem Vorbild Arbeiter- und Soldatenräte zu bilden, den Kampf für die Beendigung des Krieges mit dem um demokratische Rechte und Freiheiten sowie für die Enteignung der Monopolisten und Junker zu verbinden, um die Basis für Imperialismus, Militarismus und imperialistischen Krieg zu beseitigen. Die einzelnen konkreten Forderungen entsprachen in ihrer Zielsetzung dem Reifegrad des politischen Bewusstseins der Mehrzahl der deutschen Arbeiter und waren geeignet, programmatische Grundlage für eine breite nationale Bewegung gegen Imperialismus, Militarismus und imperialistischen Krieg zu sein.

Die Spartakusgruppe wies darauf hin, dass die Verwirklichung der in ihrem Aufruf erhobenen Forderungen nur der erste Schritt sein kann, dem später der zweite, die proletarische Revolution, folgen muss.. »Der Kampf um die wirkliche Demokratisierung geht nicht um Parlament, Wahlrecht und Abgeordnetenminister ...«, wurde betont, »er gilt den realen Grundlagen aller Feinde des Volkes: Besitz an Grund und Boden und Kapital, Herrschaft über die bewaffnete Macht und über die Justiz.«

Dieser Aufruf der Reichskonferenz der Spartakusgruppe vom 7. Oktober 1918 war das einzige revolutionäre und zugleich nationale Programm am Vorabend der Novemberrevolution in Deutschland. Seiner mobilisierenden Wirkung auf breitete Teile der Arbeiterklasse hatte die USPD nichts entgegenzusetzen. Der Druck der anwachsenden Revolutionierung der Massen zwang sie, dem revolutionären Kampfwillen zögernd Rechnung zu tragen.

Das belegt auch klar die Leipziger Fallstudie. Sich von den revolutionären Ereignissen in ganz Deutschland treiben lassend, den vorwärtsdrängenden revolutionären Kräften in der Partei hinterherhinkend, be-

rief die Leipziger USPD-Führung lediglich für den 10. November 1918 zwölf Massenversammlungen ein. Diese Versammlungen standen unter dem Thema »Weltrevolution und Arbeiterschaft« und sollten dazu dienen, die Teilnehmer »über die wichtigsten Weltgeschehnisse zu unterrichten«. Damit sollte nach dem Willen der USPD-Führung die Revolution nicht einmal erst am 10. November beginnen!

Die Novemberrevolution 1918 war die bis dahin größte revolutionäre Massenaktion in der deutschen Geschichte und war eine bedeutende Hilfe für die Sowjetregierung bei der Annullierung des räuberischen Friedensvertrag von Brest-Litowsk. Sie war eine bürgerlich-demokratische Revolution, die in gewissem Umfang mit proletarischen Mitteln und Methoden durchgeführt wurde. Zu ihren wichtigsten Ergebnissen gehörten:

- die Beendigung des Krieges,
- der Sturz der Monarchie und die Errichtung einer bürgerlich-parlamentarischen Demokratie als Staatsform (Weimarer Republik),
- das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht für alle parlamentarischen Körperschaften und damit die Aufhebung des Dreiklassenwahlrechts,
- das aktive und passive Wahlrecht für Frauen,
- das Streikrecht,
- die Koalitions-, Versammlungs- und Pressefreiheit,
- die Anerkennung der Gewerkschaften und ihrer Rechte,
- die Verbindlichkeit der Tarifrechte,
- die Einführung des 8-Studentages,
- die staatliche Erwerbslosenfürsorge.

Auf die Gefahren, die der Revolution drohten, hinweisend, schrieb Rosa Luxemburg mit revolutionärer Scharfsicht in der »Roten Fahne«, die erstmals am 9. November 1918 als eigene Zeitung der Spartakusgruppe erschien, vom 18. November 1918:

»Die Revolution hat begonnen. Nicht Jubel über das Vollbrachte, nicht Triumph über den niedergeworfenen Feind ist am Platze, sondern strengste Selbstkritik und eiserne Zusammenhaltung der Energie, um das begonnene Werk weiterzuführen. Denn das Vollbrachte ist gering, und der Feind *nicht* niedergeworfen ...« Sie sah das »geschichtliche Thema der gegenwärtigen Revolution« in der Abschaffung der Kapitalistenherrschaft und in der Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung. »Aus dem Ziel der Revolution«, so betonte Rosa Luxemburg, »ergibt sich klar ihr Weg, aus der Aufgabe ergibt sich die Methode. Die ganze Macht in die Hände der arbeitenden Massen, in die

Hände der Arbeiter- und Soldatenräte. Sicherung des Revolutionswerkes vor seinen lauern den Feinden: Dies ist die Richtlinie für alle Maßnahmen der revolutionären Regierung.« Aber was tat die Regierung tatsächlich? »Sie belässt«, wie Rosa Luxemburg treffend feststellte, »den Staat als ein Verwaltungsorganismus von oben bis unten ruhig weiter in den Händen der gestrigen Stützen des Hohenzollernschen Absolutismus und der morgigen Werkzeuge der Gegenrevolution.«

Ganz in diesem Sinne sah der Spartakusbund in seiner programmatischen Erklärung vom 14. Dezember 1918 die Weiterführung der begonnenen bürgerlich-demokratischen Revolution zur proletarischen Revolution als einen längeren historischen Prozess. »Die proletarische Revolution«, so prognostizierte der Spartakusbund, »kann sich nur stufenweise, Schritt für Schritt, auf dem Golgathaweg eigener bitterer Erfahrungen, durch Niederlagen und Siege, zur vollen Klarheit und Reife durchringen. Der Sieg des Spartakusbundes steht nicht am Anfang, sondern am Ende der Revolution.«

In den stürmischen Tagen der deutschen Revolution beschloss nunmehr am 30. Dezember 1918 die Reichskonferenz des Spartakusbundes die Gründung der »Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund)« und vollzog damit den Bruch mit der SPD und der USPD endgültig. Hierzu sagte Karl Liebknecht auf dem 1. Parteitag der KPD, an dem 127 Delegierte aus 56 Orten teilnahmen, darunter auch Anhänger anderer linker Gruppen wie der Bremer Gruppe »Internationale Kommunisten«: »Wir haben keine Gemeinschaft mehr mit der USP, wir müssen eine selbständige Partei werden ..., eine Partei, die im Gegensatz zu den scheinsozialistischen Parteien steht – zu denen auch die USP zu rechnen ist –« Es war der Moment» von dem Rosa Luxemburg in ihrer Rede zum Programm der KPD sagte: »Wir sind wieder bei Marx, unter seinem Banner.«

Das Programm der KPD brandmarkte den blutigen Wahn von der Weltherrschaft Deutschlands und stellte fest: »Der Weltkrieg hat die Gesellschaft vor die Alternative gestellt: entweder Fortdauer des Kapitalismus, neue Kriege und baldigster Untergang im Chaos und in der Anarchie oder Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutung.« Es benannte wichtige Wesensmerkmale des Sozialismus, in dem der »einzige Rettungsanker der Menschheit« gesehen wurde. »Die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung«, hieß es weiter, »ist die gewaltigste Aufgabe, die je einer Klasse und einer Revolution der Weltgeschichte zugefallen ist. Diese Aufgabe erfordert einen vollständigen Umbau des Staates und eine vollständige Umwälzung in den wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen der Gesellschaft.« Mehr denn je gelte

das Wort des »Kommunistischen Manifests«: »Sozialismus oder Untergang in der Barbarei!«

Hierfür benannte der Spartakusbund

- A: Sofortige Maßnahmen zur Sicherung der Revolution;
- B: Unmittelbare politische und soziale Maßnahmen zur Veränderung der Gesellschaft;
- C: Nächste wirtschaftliche Forderungen;
- D: Internationale Aufgaben.

Zugleich verwies das Programm auf die breite Front der Mordhetze gegen Spartakus, nicht verschweigend, dass auch Schichten der Arbeiterklasse und der Soldaten sich dafür missbrauchen lassen. Für das Proletariat gelte, so Spartakus: »eine Welt zu erobern und gegen eine Welt anzukämpfen«. Der Kampf um den Sozialismus ist der »letzte Klassenkampf der Weltgeschichte«.

Am 15. Januar 1919, dem Tag der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, erschien in der »Roten Fahne« unter der Überschrift »Trotz alledem« Karl Liebknechts letzter Artikel, in dem er über die Niederlage der Berliner Arbeiter in der blutigen Januarwoche 1919 und die zügellose Mordhetze der Konterrevolution und ihre Helfershelfer gegen die Spartakisten berichtete und urteilte. »Die Geschlagenen von heute werden die Sieger von morgen sein. Denn die Niederlage ist ihre Lehre ...

Auch wenn es nicht gelang, die Novemberrevolution bis zu ihrem konsequenten Ende zu führen, so schrieb doch Franz Mehring in seinem bedeutungsvollen Artikel »Neujahr 1919«, veröffentlicht am 31. Dezember 1918, in der Leipziger Volkszeitung, hoffnungsvoll und zugleich mahnend: »Die russische Revolution hat das Signal für eine bessere Zukunft gegeben, und je mehr Hindernisse sich uns auf diesem Wege zu dieser Zukunft entgegentürmen, umso mehr gilt es, nicht vor ihnen zurückzuschrecken, umso mehr heißt es, sich anzustrengen, um sie zu überwinden. Für den prinzipientreuen Sozialisten ist der Weg, den er zu gehen hat, klar vorgezeichnet, und jeder Enttäuschung wird er nur das alte erprobte Trutzwort entgegensetzen: Trotz alledem und alledem!«

Nach der Novemberrevolution 1918 erstarkte unter dem Einfluss der allgemeinen Linksentwicklung in der deutschen Arbeiterbewegung der linke Flügel der USPD. So wurde auf dem Leipziger Parteitag der USPD 1919 der Austritt aus der II. Internationale und die Aufnahme von Verbindungen zu der am 4. März 1919 gegründeten »Kommunisti-

schen Internationale« beschlossen, wodurch sich die innerparteilichen Konflikte zuspitzten.

Nach heftigen Auseinandersetzungen auf dem »Außerordentlichen Parteitag der USPD« in Halle vom 12. bis 17. Oktober 1920 entschieden sich 237 Delegierte gegen 156 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, für den Anschluss an die »Kommunistische Internationale«. Nach der Abstimmung verließ die Minderheit das Tagungsgebäude und setzte den Parteitag separat fort.

Der Parteitag der nunmehrigen »USPD (Linke)« bekundete in einem Aufruf seinen Willen, gemeinsam mit der KPD, die erst kurz vor den Reichstagswahlen am 6. Juni 1920 ihre Legalität errungen hatte, eine revolutionäre Massenpartei des deutschen Proletariats zu schaffen. Diesem Aufruf folgte die überwiegende Mehrheit der Mitglieder, rund 200 000. Damit wurden die Weichen gestellt für die Vereinigung des vormals linken Flügels der USPD mit der KPD, die auf dem Vereinigungsparteitag vom 4. bis 7. Dezember 1920 in Berlin besiegelt wurde. Dadurch hatte sich die KPD als erste kommunistische Partei in einem hochindustrialisierten Land zu einer Massenpartei mit rund 300 000 Mitgliedern in fast 2 500 Ortsgruppen entwickelt.

Auf diesem Wege kamen hervorragende Arbeiterfunktionäre in die Reihen der KPD: Franz Dahlem, Wilhelm Florin, Theodor Neubauer, Bernhard und Wilhelm Koenen, Walter Stoecker, Ernst Thälmann u.a.m.

Die Rest-USPD schloss sich am 24. September 1922 der SPD an. Von den zu diesem Zeitpunkt 290 762 Mitgliedern gingen 206 065 zur VSPD, 84 697 wandten sich enttäuscht ab.

Mit dieser Entwicklung war insgesamt eine neue Lage in der deutschen Arbeiterbewegung entstanden.

KLAUS KINNER

Der deutsche Parteikommunismus Konstituierung, Brüche, Spaltungen im Parteibildungsprozess

I

Parteibildungsprozesse sind in aller Regel verbunden mit Brüchen, Abspaltungen, komplizierten Neukonstituierungen.¹ Das war auch in der deutschen Arbeiterbewegung so. Die im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts sich herausbildende deutsche Sozialdemokratie war Ergebnis solcher Prozesse. Ihre international führende und herausragende Rolle war nicht zuletzt Resultate jahrzehntelanger Auseinandersetzungen.

Auch die Herausbildung der kommunistischen Bewegung vollzog sich über komplizierte Differenzierungsprozesse. Historisch in der sozialistischen Arbeiterbewegung der Vorkriegszeit wurzelnd, war der deutsche Kommunismus äußerster Exponent einer allgemeinen revolutionären Strömung in der europäischen Arbeiterbewegung, die durch den ersten Weltkrieg ungeheuer verstärkt wurde.

Gegründet im zweiten Jahr der Russischen Revolution und zu Beginn der absteigenden Phase der deutschen Revolution, an der sie nur marginalen Anteil hatte, stand die KPD, standen die deutschen Kommunisten objektiv vor einem Dilemma.

Die als Weltrevolution begonnene Russische Revolution brachte – allein gelassen – je länger desto mehr »ihre Art erbarmungslosen, brutalen Kommandosozialismus« hervor, so Eric Hobsbawn.

1 Hier wie in der Folge sei auf die Darstellungen des Verfassers verwiesen: Klaus Kinner: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Band 1: Die Weimarer Zeit. Berlin 1999 sowie Klaus Kinner / Elke Reuter: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Band 2: Gegen Faschismus und Krieg (1933 – 1939). Berlin 2005. (=Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus. Band I und Band V). Sämtliche Literatur- und Quellenverweise sind in diesen Bänden zu finden.

Die Voraussetzungen und Bedingungen für das Weitertreiben der Revolution im Deutschland des Jahres 1919 waren grundlegend andere als im Russland des Jahres 1917. Die entscheidenden Hebel zur Revolutionierung der Massen, die die Bolschewiki ansetzen konnten, die Friedenssehnsucht und der Landhunger der Bauern, entfielen in Deutschland in der Anfangsphase der Revolution oder waren vergleichbar nicht existent.

Die Bauernschaft war mehrheitlich eher konservativ gestimmt. Der politisierte Teil der deutschen Arbeiterklasse war trotz der enttäuschenden Kriegserfahrungen in seiner großen Mehrheit sozialdemokratisch orientiert.

Die Spaltung der Sozialdemokratie in Mehrheitssozialisten (SPD) und Unabhängige (USPD), denen zunächst der Spartakusbund zugehörte, führte in der Revolution zu einer Zersplitterung der Kräfte der Arbeiterbewegung, die wohl unvermeidlich war. Die extreme Polarisierung der deutschen Arbeiterbewegung im Verlauf und Ergebnis der Revolution erwies sich jedoch als schwere Hypothek auf die Zukunft. Dazu trug bei, dass in der Sozialdemokratie jene Kräfte dominierten, die – im Unterschied etwa zur österreichischen Sozialdemokratie – auf den Machterhalt und aus – überdies übertriebener – Revolutionsfurcht auf den Kompromiss mit den alten Eliten des Kaiserreichs setzten. Nicht zuletzt deshalb – aber nicht ausschließlich deswegen – vermochten auf dem linken Flügel der deutschen Arbeiterbewegung weit über den Spartakusbund hinaus die Kräfte an Einfluss zu gewinnen, die nicht auf das Vorantreiben der Weimarer Demokratie, sondern auf ihre Beseitigung drängten.

Mit dem Wissen um den Verlauf der Geschichte ist hinsichtlich der Parteibildungsprozesse auf dem linken Flügel der deutschen wie der internationalen Arbeiterbewegung zu fragen, ob das Tempo und die angestrebte Breite des Parteiprojektes den gegebenen Möglichkeiten und dem Kräfteverhältnis entsprachen.

War nicht Rosa Luxemburgs zögernde Politik, die orientiert war auf die Mitnahme größerer Teile der organisierten Arbeiterschaft in eine neue Partei, die sie auch lieber »Sozialistische Partei« genannt hätte, ihr bremsender Kurs bei der Gründung der Kommunistischen Internationale, der die Loslösung des linken Flügels in der II ½. Internationale abwarten wollte, um mit ihm gemeinsam ein Gegengewicht gegen die Bolschewiki in der neuzugründenden III. Internationale zu haben, möglicherweise doch die realistischere Politik?

Sie stieß auf die Ungeduld und Überschätzung der revolutionären Möglichkeiten in den eigenen Reihen und die zunehmend verzweifelte Hoffnung Lenins und seiner Mitstreiter auf Entsatz aus dem Westen.

Die Märzkämpfe in Berlin der mitteldeutsche Generalstreik, die Münchener Räterepublik schienen diesen Hoffnungen auf einen neuen revolutionären Aufschwung Nahrung zu geben. Dennoch kam Paul Levi bereits im Sommer 1919 zu der realistischen Einschätzung, dass »die Epoche, die am 9. November eingesetzt hat«, zu Ende sei. Folgerichtig orientierte Levi, der als engster Vertrauter Rosa Luxemburgs als ihr Testamentsvollstrecker gelten kann, auf den Aufbau einer dem Wesen nach linkssozialistischen Massenpartei, die nur unter Gewinnung zumindest wesentlicher Teile der USPD zu schaffen war. Dieser Kurs erforderte gleichzeitig die Abgrenzung von revolutionaristischen Kräften, die die KPD in die Isolierung zu treiben drohten. Die Auseinandersetzung mit der Opposition, die mit dem nicht unproblematischen Ausschluss eines ganzen Flügels der Partei und der Bildung der KAPD endete, machte den Weg frei für den von Levi betriebenen Zusammenschluss mit der USPD. Deren Teilnahme am II. Weltkongress der Komintern im Juli/August 1920 setzte ein Zeichen für die Möglichkeit des Zusammengehens.

Die politische Großwetterlage begann sich in dieser Zeit jedoch erneut zu ändern.

Hatte Lenin Levi grundsätzlich in dessen Kampf gegen den Linksradikalismus unterstützt – seine Schrift gegen diese Strömung war soeben erschienen – so traten im Sommer/Herbst 1920 neue Peripetien mit dem sowjetrussisch-polnischen Krieg in den Vordergrund. Der Vorstoß der Roten Armee tief in polnisches Territorium verleitete die Führung der RKP(B) dazu, wie Lenin formulierte, »mit dem Bajonett [zu] erkunden [...], ob die soziale Revolution des Proletariats in Polen herangereift ist«

Dieses Partei- und Revolutionskonzept war in der Tat nur bedingt kompatibel mit dem aus dem Spartakusbund und der Schule Rosa Luxemburgs hervorgegangenen. Die 21 Bedingungen für die Aufnahme in die Komintern zurrten dann auch die Merkmale der Partei neuen Typs als Aufnahmekriterien fest und die Statuten verpflichteten die Sektionen der Weltpartei auf den demokratischen Zentralismus, d. h. einen Zentralismus, der dem »Generalstab der Weltrevolution« weitestgehende Eingriffsmöglichkeiten in die Angelegenheiten der nationalen Sektionen bot.

Der Kurs der Komintern auf Loslösung der »revolutionären Kräfte« von den Führern der zentristischen Parteien verfolgte stringent das

Konzept der Weltrevolution, das nur von Avantgardeparteien zu realisieren war. Damit war der Konflikt mit der »Levi-Zentrale« vorprogrammiert. Dieser Konflikt war jedoch nicht gekennzeichnet durch die Linie hier KPD da Komintern, sondern er durchzog gleichermaßen beide Gliederungen. Zunächst wurde er verdeckt durch die Zustimmung des linken Flügels der USPD zu den Beschlüssen des II. Weltkongresses. Bis zum Ende des Jahres 1920 gelang es, den Prozess der Lostrennung des linken Flügels der USPD so voranzutreiben, dass etwa ein Drittel der Mitglieder der USPD mit der KPD zur Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (VKPD) fusionierten. Damit war eine kommunistische Massenpartei in Deutschland entstanden, die auch international großes Gewicht besaß. War sie doch mit weitem Abstand die weltweit stärkste kommunistische Partei außerhalb Sowjetrußlands.

Mit der Politik des »Offenen Briefes« an die Gewerkschaften und Arbeiterparteien vom 8. Januar 1921, die realistische Angebote zum gemeinsamen Vorgehen gegen die Kapital-offensive unterbreitete, ging die soeben konstituierte VKPD einen wichtigen Schritt in die Richtung einer an den Tagesaufgaben und Tagesnöten der Werktätigen orientierten Politik, die gleichzeitig ihren revolutionären, antikapitalistischen Anspruch nicht preisgab. Obwohl Lenin diese Politik nachdrücklich unterstützte, blieb sie in der Komintern wie in der KPD umstritten. Besonders in der Berliner Organisation der VKPD formierte sich eine linke Opposition um Ruth Fischer und Arcady Maslow. In den Komintern fröndierten Grigori Sinowjew und Nikolai Bucharin gegen Levi. Karl Radek, mit Paul Levi eins in der Einheitsfrontpolitik, misstraute dennoch dem »Luxemburgschen« Politikansatz Levis.

Im Frühjahr 1921 kam dieser Gegensatz zwischen dem bolschewistisch-avantgardistischen Revolutions- und Parteikonzept und dem linkssozialistisch-demokratischen Politikverständnis Levis zum Austrag.

Ermutigt durch die sprunghaft gewachsene Stärke der VKPD wurde eine Politik entwickelt, die ganz im Stile des Avantgardismus die Offensive suchte und in Verkennung der Kräfteverhältnisse in den März-kämpfen einer gezielten Provokation der Reaktion in die Falle ging. Paul Levi lief gegen diese Politik mit seiner Broschüre »Unser Weg. Wider den Putschismus« Sturm. Kurz zuvor hatte sich der Gegensatz zwischen der Führung der Komintern und Levi bereits anlässlich der italienischen Parteispaltung zugespitzt. Es ging im Kern wiederum um die Frage nach Wesen und Funktion der Partei. Levi und mit ihm u. a. Clara Zetkin lehnten den Kurs der Komintern auf eine kleine, reine italienische Partei, die sich von der linken Mehrheit der Sozialisten trennte,

ab. Ohne Not wurde die Chance preisgegeben, die Mehrheit der italienischen Sozialisten für die Komintern zu gewinnen.

Auf der Zentralaussschusstagung der VKPD Ende Februar 1921 griff Paul Levi diese Linie der Komintern in der italienischen und deutschen Frage scharf an. Seine Option war die konsequente Fortsetzung des Kurses des »Offenen Briefes« vom 8. Januar 1921 mit dem Ziel, eine möglichst breite linkssozialistische Strömung in der deutschen wie internationalen Arbeiterbewegung unter dem Dach der Komintern zusammenzuführen. Das stand in der Tat der Politik, wie sie in den 21 Aufnahmebedingungen des II. Weltkongresses Niederschlag gefunden hatte, diametral entgegen.

Dem Versuch einer linkssozialistisch intendierten Realpolitik im Kapitalismus, mit dem Ziel diesen zu überwinden, stand eine Politik gegenüber, die fundamentalistisch am Konzept der Weltrevolution und dem Glauben von der Machbarkeit dieser Revolution festhielt.

Dieser Widerspruch reproduzierte sich in der Geschichte des Parteikommunismus des Komintern-Typs bis zu seinem Ende immer wieder. Die Niederlage Paul Levis und seiner Parteigänger in der Zentralaussschusstagung, die mit 28 gegen 23 Stimmen die Haltung der Komintern billigte, war folgenschwer. Sie führte zum Rücktritt von Levi und des Co-Vorsitzenden Ernst Däumig sowie von Otto Brass, Adolph Hoffmann und Clara Zetkin. Der im weiteren Verlauf dieser Auseinandersetzung erfolgende Ausschluss Paul Levis und das Ausscheiden führender ehemaliger USPD-Funktionäre reduzierte die geringe Chance, die Komintern offen zu halten für eine breitere Sammlung der Kräfte der Arbeiterbewegung links von der reformistischen Sozialdemokratie vom. Das vertiefte die Spaltung der Arbeiterbewegung und führte zu einer Polarisierung, die linkssozialdemokratische Kräfte von der kommunistischen Bewegung abstieß. Die Option für eine einheitliche, demokratische linkssozialistisch-kommunistische Organisation im nationalen wie im internationalen Maßstab verlor ihre wichtigsten Protagonisten.

Erst der III. Weltkongress der Komintern im Juni/Juli 1921 brachte eine erneute Trendwende. Dennoch musste Lenin das ganze Gewicht seiner Autorität in die Waagschale werfen, um den Widerstand, insbesondere der linken Opposition der VKPD, zu überwinden.

Nicht unabhängig von der katastrophalen wirtschaftlichen Lage und den innenpolitischen Problemen Sowjetrußlands (Kronstädter Aufstand) drängte alles zu einer Politik der Abkehr von revolutionaristischen Konzepten. Die Weltwirtschaft begann sich erkennbar zu stabilisieren. Sowjetrußland benötigte dringend politische Ruhe im Inneren und ökonomi-

sche Hilfe von außen. Für alle die sehen konnten, war das weltrevolutionäre Konzept zumindest vorerst gescheitert.

Die Kurskorrektur des III. Weltkongresses erbrachte dennoch keine Vermittlung zwischen der neuen Zentrale und der Gruppierung um Paul Levi, die sich in einer Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft (KAG) organisiert hatte. Wenngleich diese keinen nennenswerten Einfluss in der Arbeiterbewegung erlangen konnte, besaßen ihre Vertreter doch mit 13, zeitweise sogar 15 Abgeordneten die Hälfte bzw. die Mehrheit der kommunistischen Mandate im Reichstag. Das führte dazu, dass die Abgeordneten der KAG Fraktionsstatus gewannen und die KPD-Abgeordneten diesen verloren. Nach dem Ausschluss der linken Opposition, die sich in der KAPD strukturiert hatte, war dies der zweite empfindliche Exodus aus den Reihen der KPD. War der erste die wohl unglücklich und mit zu hohen Kosten vollzogene Voraussetzung für den Zusammenschluss mit dem linken Flügel der USPD, so begann mit dem Ausschluss Levis und seiner Anhänger ein Prozess der »bolschewistischen Reinigung« im Sinne einer zentralistischen Disziplin, die ihren Avantgarde-Anspruch um den Preis des Opfers kreativsten Potentials durchsetzte. Die Tragik bestand darin, dass die Protagonisten dieser radikalen organisatorischen Lösungen in der Regel selbst die Opfer der darauf folgenden wurden. KAPD und KAG blieben marginale Erscheinungen in der deutschen Arbeiterbewegung, die – in sich zerklüftet – sich zwischen den beiden großen Parteien zerrieben.

Gegen den Widerstand einer starken radikalistischen Opposition gelang es, im Verlaufe des Sommers 1921 die Politik der KPD auf den Boden der Beschlüsse des III. Weltkongresses der Komintern zu stellen. Der 7. Parteitag in Jena im August war Ausdruck dieses Bemühens. Er orientierte auf eine Einheitsfrontpolitik im Sinne des »Offenen Briefes« vom 8. Januar 1921. Im Oktober 1921 konkretisierte die Zentrale der KPD ihre Vorstellungen. Sie stellte Forderungen in den Mittelpunkt ihrer Politik, die auch in SPD und ADGB erhoben wurden und die an den tatsächlich Nöten der Bevölkerung anknüpften. Die Dynamik der durchaus noch instabilen Entwicklung trieb die KPD in hohem Tempo voran und forderte ihr Entscheidungen ab, die für die kommunistischen Parteien auch auf internationaler Ebene Wege in unbekanntes Land bahnten.

Seit dem Herbst bildeten sich zuerst in Thüringen und danach in Sachsen Konstellationen heraus, die von der KPD Stellungnahme zur Frage der Tolerierung einer »sozialistischen Regierung«, gebildet aus SPD und USPD, oder – was für viele Kommunisten ein noch stärkerer Tabubruch war – der Regierungsbeteiligung forderten. Die Komintern-

Führung unterstützte Überlegungen in der KPD, die Einheitsfrontpolitik um die Zielstellung des Ringens um eine Arbeiterregierung zu erweitern. Von der linken Opposition erbittert bekämpft, erschien diese Politik den ausgeschlossenen »Leviten« nicht zu Unrecht als Chance, ihren eigenen Politikansatz innerhalb der KPD zu realisieren. Im November bot die KAG an, unter bestimmten Voraussetzungen in die KPD zurückzukehren. Dieses Angebot wurde abgelehnt.

Das Exekutivkomitee der Komintern beschloss im Dezember Leitsätze über die Einheitsfront, in denen es bemüht war, die neuen Erfahrungen der Sektionen, im Besonderen die der KPD, zu verallgemeinern, jedoch gleichzeitig die »opportunistische« Auslegung der Einheitsfrontpolitik zu verhindern. In diesem Kontext spitzten sich in der KPD-Führung die Auseinandersetzungen über den weiteren Weg der Partei zu.

Im Zusammenhang mit Enthüllungen des »Vorwärts« über putschistische Tendenzen in der KPD-Führung während der Märzkämpfe 1921 forderte eine Gruppe von Funktionären um den Generalsekretär Ernst (Reuter-)Friesland, die schonungslose Aufklärung der Vorwürfe und näherte sich – selbst von linksextremen Positionen kommend – dem Standpunkt der KAG an. Wiederum ging es in der sogenannten Friesland-Krise um die Frage der Eigenständigkeit der KPD gegenüber der Komintern-Führung und um den Anspruch kommunistischer Politik.

Ein Selbstverständnis, das davon ausging, die Auseinandersetzungen seit 1918 seien nur Vorgefechte der entscheidenden Schlachten der Weltrevolution, die vom Vortrupp, der Avantgarde des Proletariats planmäßig durch den Generalstab der Weltrevolution organisiert werden musste, gab dem Moment der Spontaneität, der Eigendynamik und Selbstorganisation politischer Bewegung wenig Raum. Die Militanz des Konzeptes der Weltrevolution entfaltete seine eigene innere Logik, die Konsequenzen für die Organisation der »Weltpartei« nach sich zog. Ernst (Reuter-)Friesland, der in seiner Biographie die gesamte Spanne von extrem linksradikalistischen Positionen bis zum entschiedenen Antikommunismus durchlaufen sollte, brachte die Auseinandersetzung Ende 1921/Anfang 1922 auf den Punkt:

»Die Partei hat als Vorhut der Arbeiterklasse keine anderen Aufgaben als die gemeinsamen Aufgaben der proletarischen Klasse dem Proletariat zu zeigen [...] Wir müssen aufhören mit dem ewigen Ruf: reinigt, kontrolliert, kritisiert! Bei uns in Deutschland werden die Arbeitermassen nicht auf Kommando eines Zentralkomitees kämpfen, denn sie haben eine lange geschichtliche Schulung und eine lange geschichtliche Vergangenheit [...] Wir haben eine ganze Reihe von Erfahrungen ge-

sammelt, die etwas anderes lehren, als die 21 Bedingungen [...] Wir dürfen nicht zum Sammelbecken werden, in dem der ›reine Kommunismus‹ sich in bessere Zeiten hinüberrettet.«

Dieses Konzept stand der Parteiauffassung der Komintern diametral entgegen.

Es ist aus heutiger Sicht schwer rekonstruierbar, ob der Kurs von Levi und (Reuter-)Friesland eine reale linkssozialistisch-demokratische Alternative zum sozialdemokratischen Reformismus in sich geborgen hätte oder ob das Obsiegen dieser Richtung nur eine Variante der tatsächlichen Entwicklung dieser Strömungen zurück zur Sozialdemokratie gewesen wäre. »Rechte« wie »linke« Kritiker des Kurses von KPD und Komintern vereinte eine häufig scharfsinnige Kritik beginnender oder bereits ausgeprägter Fehlentwicklungen der dominierenden kommunistischen Bewegung. Frühzeitig wurden Tendenzen erkannt, die später in der KAG- und Friesland-Krise ihre Ausformung fanden. So wurde bereits in der KAG- und Friesland-Krise die zunehmende finanzielle Abhängigkeit der KPD von der Komintern und damit von Sowjetrußland kritisiert und eine Entkopplung gefordert.

Die politischen Konzepte zur Umsetzung dieser Politik griffen jedoch nicht. Die KPD repräsentierte insgesamt eben doch in beträchtlichem Maße Selbstverständnis und politische Zielvorstellungen eines überwiegenden Teil des radikalen Flügels der deutschen Arbeiterbewegung, Radikalismus bis hin zum Putschismus waren nicht zuvörderst Ergebnis von Weisungen eines Zentralkomitees, sondern Ausfluss von sozialen und mentalen Problemlagen nicht unbeträchtlicher Schichten des Proletariats. Die gesellschaftliche Realität der Weimarer Republik reproduzierte immer wieder durch sozialpolitische Krisen, durch die Dominanz konservativ-reaktionärer öffentlicher Meinungsbildung, durch die damit verbundene Ausgrenzung, insbesondere der radikalen Arbeiterbewegung die Polarisierung der Gesellschaft. Die Widersprüchlichkeit des politischen Modernisierungsprozesses der Weimarer Demokratie fand ihren Niederschlag auch in der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung. Der reformistische Flügel verfocht inkonsequent und halbherzig, belastet durch unsägliche Zugeständnisse und Kompromisse an die und mit den alten Eliten des Kaiserreiches, den Weg des westlichen Modells der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie. Auf diesem Weg suchte er den nicht näher definierten Sozialismus zu gewinnen, den er letztlich lediglich als Verlängerung dieses Demokratietyps begriff. Dagegen verstand der radikale Flügel die parlamentarische Demokratie mehr oder weniger als den weiter auszubauenden Kampfboden im Ringen um einen qualitativ neuen Demokratietyp, die Räte-

demokratie, die nur über die Diktatur des Proletariats zu erreichen war. Die Tatsache, dass mit Sowjetrußland, dessen Realität man nur sehr selektiv wahrnahm, dieses Ziel leibhaftig geworden zu sein schien, verstärkte dieses Streben nach dem ganz Anderen ungeheuer. Gleichzeitig erschwerte die anscheinend Fleisch und Blut gewinnende Utopie das Ankommen in der ebenfalls veränderten Realität der Weimarer Republik. So wurde die Bestimmung des Verhältnisses zwischen dem Kampf um mehr Demokratie auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung und dem Kampf um den Sozialismus zu einem Grundkonflikt innerhalb der kommunistischen Bewegung. Unstrittig war dabei das Ziel: die Gewinnung der proletarischen Staatsmacht und die Enteignung des Kapitals. Strittig waren die Wege.

Dieser Grundkonflikt eskalierte erneut anlässlich der Ermordung Walther Rathenaus.

Die Zentrale der KPD wandte sich umgehend an die Leitungen von SPD und USPD und schlug gemeinsame Aktionen vor. In einem Abkommen von KPD, USPD, SPD, Gewerkschaften (ADGB) und Angestellten-Bund (AfA) wurde von Reichstag und Reichsregierung gefordert, ein Gesetz zum Schutz der Republik zu erlassen. Wenngleich es im Ergebnis dieses Abkommens nicht zu den angestrebten Resultaten kam, signalisierten diese Verhandlungen Spielräume kommunistischer Politik innerhalb bürgerlich-parlamentarischer Horizonte. Damit spitzten sich allerdings die Gegensätze zwischen kommunistischer Realpolitik und Links-Fundamentalismus innerhalb der KPD zu. Der Gegensatz zwischen den dominierenden Kräften der Zentrale um Ernst Meyer und der Opposition um Arcady Maslow und Ruth Fischer eskalierte in der Frage nach der Stellung zur Weimarer Republik und zur bürgerlich-parlamentarischen Demokratie schlechthin. In der Zentralaussschusstagung am 23. Juli 1922 kam es anlässlich der »Rathenaukrise« zum frontalen Zusammenstoß zwischen Zentrale und Opposition. Auf Maslows Behauptung, »es gäbe nie eine Situation, wo wir für eine Forderung der sogenannten Demokratie auftreten werden«, erwiderte Meyer, er hoffe, »dass es nicht ein Horthy-Deutschland geben wird. Aber wenn wir ein Horthy-Deutschland haben, dann würden wir für viel näherliegende und für viel weniger kommunistische Forderungen alle Kraft und alle Aktionsfähigkeit der Arbeiter einsetzen.« In diesem Konflikt bündelte sich die Problemlage, die Zeit seiner Existenz den deutschen wie internationalen Kommunismus umtreiben sollte. In den Debatten des IV. Weltkongresses der Komintern (5.11. bis 5.12.1922) widerspiegelte diese ambivalente Stellung in spezifischer Weise.

Während Ernst Meyer oder Edwin Hoernle für eine Einheitsfrontpolitik eintraten, die eine Arbeiterregierung als deren praktisches Ergebnis im Ringen gegen die Konterrevolution begriff, setzten Grigori Sinowjew und die »Linken« in der KPD um Ruth Fischer und Arcady Maslow Arbeiterregierung und Diktatur des Proletariats gleich und entleerten damit Sinn und Zweck dieser Orientierung. Als der Zentralausschuss der KPD im Dezember 1922 den IV. Weltkongress auswertete, wurde zwar die Aufnahme des Kampfes um eine Arbeiterregierung beschlossen, im politischen Verständnis dieser Orientierung lagen jedoch zwischen Mehrheit und »linker« Opposition Welten. Dieser Dauerkonflikt sollte Aktionsfähigkeit und Schlagkraft der KPD auch 1923 erheblich beeinträchtigen.

II

Das Jahr 1923 erbrachte für die deutsche wie für die internationale kommunistische Bewegung wichtige, aber auch zwiespältige Erfahrungen. Die Politik der Einheitsfront mit der Konsequenz der Beteiligung der KPD an Arbeiterregierungen, führte in Sachsen und in Thüringen zu bedeutsamen, wenn auch kurzzeitigen Ergebnissen.

Gleichzeitig verschärfte sich der Druck aus Moskau und die Forderungen eines starken »linken« Flügels in der KPD selbst, einen »deutschen Oktober« doch noch zu erzwingen.

Nach dessen Scheitern wurde im Opportunismus der »Brandler-Zentrale« der Sündenbock gefunden und ein ultralinken Kurs durchgesetzt, der erst im Herbst 1925 inkonsequent und halbherzig überwunden werden konnte.

Noch war der Prozess der Fremdsteuerung der KPD durch Moskau nicht irreversibel. Widerständige Parteiführungen wurde noch nicht – wie ein reichliches Jahrzehnt später im Falle der Kommunistischen Partei Polens – liquidiert. Die KPD verfügte über ein beträchtliches Eigengewicht in der Komintern. Ihr Wirken unter den Bedingungen der Weimarer Republik bot ihr – trotz mannigfaltiger Einschränkungen – Spielräume, die zu nutzen waren. Die »Politik der Konzentration«, so die Bezeichnung für die Einbeziehung von Kräften der Mittelgruppe, bot Chancen für eine eigenständige Politik der KPD in der Weimarer Demokratie links von der SPD.

Besonders Ernst Meyer profilierte sich 1926/27 in diesem Prozess als zentrale Gestalt der Politik der »Konzentration«, die der Parteiführung Schützenhilfe in der Auseinandersetzung mit der »linken Opposition«

leisten sollte. Er war auch einer der entschiedensten Verteidiger der Traditionen der deutschen Linken und insbesondere Rosa Luxemburgs gegen die sektiererischen Attacken, die im »Luxemburgismus« die Quelle aller opportunistischen Abweichungen sahen.

Die KPD hatte es Ende 1925/Anfang 1926 vermocht, sich mit der Kampagne zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten aus der Isolierung, in die sie nach dem Oktober 1923 politisch geraten war, partiell zu lösen. Die über 12 Millionen zustimmenden Wahlberechtigten beim Volksbegehren im März und die mehr als 14 Millionen Stimmen beim Volksentscheid im Juni 1926 bezeugten trotz des verfehlten Zieles die Kraft einheitlicher Aktionen der Arbeiterbewegung in Verbindung mit anderen demokratischen Kräften.

1927 ergaben sich mit der Bildung einer reinen Bürgerblocksregierung neue Möglichkeiten der parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition.

Verstärkt trat die KPD in ihren verschiedenen Gliederungen an SPD und ADGB mit dem Angebot heran, sich über Maßnahmen gegen die Bürgerblockregierung zu verständigen. Sie erklärte die Bereitschaft, die Bildung und Tätigkeit sozialdemokratischer Minderheitsregierungen zu ermöglichen. Alle diese Bemühungen scheiterten. Die SPD lehnte es ab, sich auf ein Regierungsprogramm festzulegen. Viele der Vorschläge der KPD waren allerdings auch so formuliert, dass die Ablehnung durch die Sozialdemokratie vorprogrammiert war und der propagandistische Effekt im Vordergrund stand. Dennoch konzentrierte sich die KPD im Verlaufe des Jahres zunehmend auf die Aufgabe, den Sturz des Bürgerblocks zu erreichen. Dieses Ziel verstand die Tagung des Zentralkomitees im September 1927 als Nahziel in ihrem Kampf um die Diktatur des Proletariats. Eine Ablösung der Bürgerblockregierung durch eine Regierung unter Beteiligung der Kommunisten wurde nicht in Betracht gezogen. Eine interne Erklärung des Zentralkomitees vom 28. Oktober 1927 stellte fest, eine solche Beteiligung sei für die Zukunft nicht auszuschließen, im Augenblick würde eine solche Fragestellung allerdings nur verwirren. Die KPD engagierte sich mit zunehmendem Realismus in der Sozial- und Wohnungspolitik für die Interessen der werktätigen Bevölkerung. Sie wandte sich auf kultur- und schulpolitischem Gebiet gegen Vorstöße der Bürgerblockregierung. Sie schuf ein System von sozial- und kulturpolitischen Organisationen. Alle diese Schritte erforderten immer dringlicher ein geschlossenes Konzept, das programmatisch das Verhältnis von Teil- und Endzielen bestimmte und die Partei in den aktuellen Tageskämpfen handlungsfähiger machte. Wurde doch vielfach jeder praktische Schritt der kommunistischen Kommunalpolitiker

und Parlamentarier, wenn sie ihr Gremium nicht nur als »Tribüne« zur Propagierung der Weltrevolution nutzten, von dem starken fundamentalistischen Flügel in der Partei als potentielle »Rechtsabweichung« oder »opportunistische Schweinerei« beargwöhnt.

Noch schienen jedoch – obwohl sich in Moskau die Großwetterlage erneut zu drehen begann – die Chancen für eine realistischere Politik nicht gering zu sein. Mit Ernst Meyer und Arthur Ewert gewannen zwei profilierte Vertreter eines solchen Kurses starke Positionen in der Parteiführung. In diesem Sinne drängten sowohl »Rechte« als auch Vertreter der Mittelgruppe seit längerem auf ein Aktionsprogramm, das verlässliche Richtlinien für eine flexible Massenpolitik bot.

Die Führung der KPD befand sich in der Debatte über ein Aktionsprogramm von Anbeginn in der Defensive. Ausgelöst auf dem 11. Parteitag durch Vorschläge Heinrich Brandlers, überlagerten dessen Positionen zunächst auch die Diskussionen des Sommers und des Herbstes 1927. Dennoch wurde immer deutlicher, dass ein solches programmatisches Dokument, das die von der Partei vertretenden Forderungen bündelte, unerlässlich war.

Im Herbst 1927 nahm schließlich – entsprechend der Beschlüsse des ZK – das ungeliebte Projekt »Aktionsprogramm« Gestalt an. Die ZK-Tagung vom 8. bis 9. Dezember 1927 nahm einen von Joseph Winternitz u. a. erarbeiteten Entwurf entgegen. Ursprünglich sollte er an alle Bezirksleitungen der KPD versandt werden. Der Manuskriptdruck war mit dem Hinweis »Nur zur Verwendung für Mitglieder der Bezirksleitungen der KPD« versehen. Selbst das geschah jedoch nicht. Der Entwurf des Aktionsprogramms verblieb undiskutiert und folgenlos in den Händen eines kleinen Zirkels von Parteiarbeitern. Die Vermutung, dass die sich deutlich ankündigende erneute »Linkswendung« der Komintern ein solches »Aktions-Programm« obsolet erscheinen ließ, liegt nahe.

Der Abschluss des sogenannter Geheimabkommens zwischen sowjetrussischer und deutscher Delegation von KPdSU(B) und KPD im Umfeld des IX. Plenums der Exekutive der Komintern am 29. Februar 1928, das einen neuen »Linkskurs« einleitete, beendete abrupt die Versuche, Realpolitik im Rahmen des bestehenden politischen und wirtschaftlichen Systems zu betreiben.

Die erneute »Links«-Wendung ordnet sich ein in übergreifende Entwicklungstendenzen der kommunistischen Weltbewegung zwischen 1927 und 1929. In dieser Zeit stellte sich für die kommunistischen Parteien und ihre Weltorganisation, die Komintern, immer dringlicher die Frage nach dem Selbstverständnis und der Identität kommunistischer

Politik. Es war dies letztlich die Frage nach der Möglichkeit revolutionärer Politik in einer nichtrevolutionären Zeit. Prinzipiell bestanden zwei Möglichkeiten, diese Frage zu beantworten: zum einen mit einer auf Teilziele orientierten Realpolitik, die mit Blick auf den Sozialismus erreichbare Ziele für die arbeitenden Massen in das Zentrum ihrer Bemühungen stellte, zum anderen die Orientierung auf einen abstrakten Revolutionarismus, der unter Verleugnung realer Kräfteverhältnisse das »Endziel«, die proletarische Revolution, propagierte. Es war diese Grundentscheidung, die vor den Komintern-Sektionen in der ganzen Welt unter ansonsten unterschiedlichsten Kampfbedingungen stand. Das Ringen um eine adäquate Antwort war das eigentliche Thema des VI. Weltkongresses der Komintern, der am 17. Juli 1928 eröffnet wurde.

Die Entscheidung zwischen dem »Ankommen« in den Machtstrukturen und Möglichkeiten der Weimarer parlamentarischen Demokratie und einer Politik, die ausgehend von diesem Boden Veränderungen einforderte auf der einen Seite und einer Politik der Fundamentalopposition, die sich der realistischen Situationsanalyse entzog und in revolutionären Attentismus verfiel, war in einer Kombination von inneren und äußeren Faktoren zugunsten der letzteren erfolgt.

Im Ergebnis der Auseinandersetzungen um den neuen »Links«-kurs entledigte sich die KPD im Verlaufe des Herbstes und des Winters 1928/29 des größten Teils der Funktionärselite, die die KPD begründet und in ihren ersten Jahren geleitet hatte. Es war dies nach dem Ausscheiden der Levi- und der (Reuter-)Friesland-Gruppe auf der einen und der Fischer-Maslow-Gruppe und der Kräfte um Korsch, Rosenberg, Scholem und Urbahns auf der anderen Seite der letzte große Exodus aus der KPD.

Der Verlust ging weit über die zwei bis drei Prozent der Parteimitglieder hinaus, die sich im Gefolge einer Reichskonferenz am 30. Dezember 1928 als KPD-Opposition organisierten. Es gehört zu den tragischen Kapiteln der Geschichte des deutschen Kommunismus, dass es nicht gelang, die nach dem Oktober 1923 auseinanderdriftenden Kräfte der damaligen »Mehrheit« in der Parteiführung unter den sich veränderten Bedingungen des Klassenkampfes wieder zusammenzuführen.

Die Entscheidung der führenden Köpfe der »Mittelgruppe« um Arthur Ewert, Ernst Meyer, Gerhart Eisler oder Georg Schumann, sich von den »Rechten« um Heinrich Brandler und August Thalheimer zu distanzieren, jedoch gleichzeitig für ihre Wiedereingliederung in die deutsche Partei einzutreten, war zwiespältig. Sie trug ihnen in historisch ungenauer Analogie zur russischen Parteigeschichte den semantisch nicht unzutreffenden Titel »Versöhnler« ein.

Ihre teils tatsächliche, teils taktische Distanz zu den »Rechten« führte dazu, dass es die nunmehr von Stalin beherrschte Komintern-Führung vermochte, die »Rechte« aus der Komintern hinaus- und die »Versöhnler« an ihren Rand zu drängen.

Ein tief verinnerlichtes Parteiverständnis, das in der Zugehörigkeit zur kommunistischen Weltpartei die unerlässlich Voraussetzung revolutionären Handelns sah, trug dazu bei, nicht den Schritt des Bruches mit der KPD und der Komintern zu gehen.

Georg Schumann, Polleiter der Bezirksorganisation Westsachsen, brachte dieses Partei-Verständnis auf den Punkt. Nach einer durch die »Thälmannsche« Parteiführung inszenierten Kampagne zur Absetzung des »Versöhnlers« Georg Schumann antwortete dieser auf die Frage Hermann Remmeles, ob er bereit sei, nach seiner Absetzung durch die Bezirksleitung am 4. Januar 1929 sich der Bezirksparteiorganisation bis zum einberufenen außerordentlichen Parteitag im Februar weiter zur Verfügung zu stellen: »Auf die Ausführungen des Gen. Remmele habe ich zu erwidern, dass es für uns gilt, unbedingt bei der Partei zu bleiben und für die Partei zu arbeiten.« Die Unterordnung unter die nunmehr die KPD dominierende Stalin-Fraktion Thälmann, Neumann, Remmele erwies sich als tragischer Irrtum.

Noch einmal kam es vor 1933 zu einer Abspaltung in der deutschen Arbeiterbewegung und zum Versuch der Zusammenführung der Opposition außerhalb von KPD und SPD.

In der SPD formierte sich in Auseinandersetzung mit der Tolerierung der Brüning'schen Notversorgungspolitik durch die SPD-Führung eine linke Opposition um Max Seydewitz und Kurt Rosenfeld. Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands entstand am 4. Oktober 1931. Sie vermochte jedoch ebenso wenig wie die KPD (O) Masseneinfluss in der deutschen Arbeiterbewegung zu gewinnen. Daran änderte sich auch nichts als eine Abspaltung der KPD (O) um Jakob Walcher und Paul Frölich zu ihr stieß.

Ihre Bedeutung ist dennoch nicht gering zu schätzen. Ihre scharfsinnige Kritik an den beiden Großparteien der deutschen Arbeiterbewegung sollte sich besonders nach 1933 als wichtige Orientierungshilfe für Antifaschisten erweisen.

III

Die Machtergreifung des Hitlerfaschismus veränderte radikal auch die historische Perspektive der deutschen Arbeiterbewegung.

1918/19 in tiefem Gegensatz zur SPD entstanden, war die KPD Gegnerin des Weimarer Klassenstaates, an deren Stelle sie die sozialistische Räterepublik setzen wollte.

Die SPD hingegen war die staatstragende Partei der Weimarer Republik geworden.

Der Hitlerfaschismus hatte der Gegnerschaft und Feindschaft der Arbeiterparteien sachlich den Boden entzogen. Sie hatten nunmehr nur einen Feind, der sie vernichten wollte.

Die Option einer einheitlichen Arbeiterpartei war wieder denkbar geworden.

Die Annahme der Realität der Kräfteverhältnisse in Deutschland erwies sich für die Führung der KPD als unendlich schwer. Ihre wichtigste politische wie psychologische Voraussetzung war die Einsicht in die und das Eingeständnis der Niederlage.

Während im Lande die Realität des Lebens und die Härte des Widerstands den Kommunisten die Untauglichkeit der sektiererischen Generallinie vor Augen führte und sie diese zunehmend zur Seite schieben ließ, beharrte der Führungszirkel unverantwortlich lange auf ihr. Der Versuch, die KPD als Massenpartei in den Widerstand zu führen, forderte Opfer, die nicht zu rechtfertigen waren. Der Glauben an den revolutionären Aufschwung und an das rasche Scheitern des faschistischen Experiments war andererseits – gepaart mit revolutionärer Romantik – eine der Voraussetzungen dafür, dass immer wieder »Tausende von Kommunisten und Kommunistinnen sich mit dem Kopf voran in eine Auseinandersetzung stürzten, die fast sicher mit Verhaftung, Folter und möglichem Tod endete«, so der britische Historiker Alan Merson.

Viele erwiesen sich auch nach erlittener Haft, Folter, Konzentrationslager als »unbelehrbar«. Der aktive Widerstand etwa der Hälfte der 300.000 Mitglieder über die die KPD Anfang 1933 verfügte, ist nicht zu erklären mit den Weisungen aus Moskau, auch nicht mit stalinistischer Indoktrination. Wohl spielten beide Faktoren eine Rolle, viel stärker aber doch ein tief verinnerlichtes kommunistisches Selbstverständnis, die Überzeugung, die Alternative zum Faschismus und zu der als gescheitert und marode erlebten Weimarer Republik zu verkörpern.

Ende 1933/Anfang 1934 begann sich international und im Ergebnis der einjährigen Erfahrungen der Auseinandersetzungen mit dem Hitler-Regime in Deutschland eine Konstellation herauszubilden, die national

wie international Chancen bot, der weiteren Stabilisierung des Hitler-Regimes erfolgreich entgegenzuwirken. Immer deutlicher zeichnete sich ab, dass Hitler-Deutschland, wie die Führung der KPD in einem Grußschreiben an den XVII. Parteitag der KPdSU(B) formulierte, zum »Hauptkriegstreiber« geworden war.

Gleichzeitig drängten die Erfahrungen mit dem Faschismus an der Macht in Deutschland und dem Aufkommen faschistischer Bewegungen in anderen europäischen Staaten die kommunistischen Parteien immer dringlicher zur Aufgabe des verfehlten Kurses der Komintern.

In Frankreich stellte sich die Arbeiterbewegung Anfang Februar geschlossen gegen einen faschistischen Putschversuch, die antifaschistische Volksfront wurde geboren.

In Österreich antworteten ebenfalls im Februar 1934 sozialistische Schutzbündler und Kommunisten auf eine Provokation der klerikal-faschistischen Regierung Dollfuß mit bewaffnetem Widerstand. Trotz ihrer Niederlage wirkten die Februarkämpfe in Wien, Linz und anderen Städten als Fanal.

Bis Ende 1933 war für die kommunistischen Analytiker eine anhaltende Weltwirtschaftskrise, die fast zwangsläufig zur proletarischen Revolution führen müsse, ein nahezu nicht zu hinterfragendes Axiom. Dieses Dogma wurde, wenn auch nicht überwunden, so aber doch modifiziert. In dieser Konstellation begann sich ein Fenster zu einer alternativen Entwicklung der Komintern zu öffnen. In der internationalen kommunistischen Bewegung hatten sich die Zweifel an der Richtigkeit der bisherigen Linie gegenüber der Sozialdemokratie, in der Einheitsfront- und in der Gewerkschaftsfrage weiter verstärkt. Besonders die französischen Erfahrungen beeinflussten die Diskussionen in der Kommunistischen Internationale, die 1934 ihren VII. Weltkongress durchführen wollte.

Georgi Dimitroff, der nach seinem triumphalen Erfolg im Leipziger Reichstagsbrandprozess seit seiner Ankunft in Moskau am 27. Februar immer stärker zum Motor der überfälligen Veränderungen wurde, stellte sakrosankte Gewissheiten der Komintern in Frage. Seine weltweite Popularität, die über die internationale Arbeiterbewegung hinausreichte und ihn zum Repräsentanten des Antifaschismus machte, prädestinierte ihn dafür.

Die zweite, wichtigere Voraussetzung für diese Aufgabe war jedoch, dass Stalin diese Veränderungen nicht nur duldete, sondern aktiv beförderte und Dimitroff als deren Träger und Repräsentanten stützte. Da eine solche Kurskorrektur – selbst wenn sie nicht konsequent und durchgreifend sein würde – nicht ohne Überwindung einzelner Stalin-

scher Dogmen möglich war, blieb diese Aufgabe äußerst diffizil. Dimitroffs Tagebuch gibt Auskunft über wichtige Zusammenhänge.

Es war eine Konstellation entstanden, die es Dimitroff ermöglichte, den Kurswechsel der Komintern voranzutreiben. Inzwischen zum Mitglied des Politischen Sekretariats und des Präsidiums des EKKI berufen, wurde unter seiner Federführung intensiv an der Vorbereitung des VII. Weltkongresses gearbeitet. Zahlreiche Eintragungen zeugen von dem intensiven Kontakt mit Stalin in diesen Wochen. Es ist mit Sicherheit davon auszugehen, dass die ins Auge gefassten Veränderungen in der strategischen Orientierung der Komintern detailliert mit Stalin abgestimmt wurden. Wie auch durch das Tagebuch Dimitroffs erneut belegt, waren Kurskorrekturen solcher Tragweite nicht ohne und schon gar nicht gegen Stalin denkbar. Im Juni 1934 richtete Dimitroff, der inzwischen mit den Führungszirkeln von KPdSU(B) und Komintern die Tagesordnung des Weltkongresses intensiv beraten hatte, einen Brief an die Kommission zur Vorbereitung seines Referates, der außerordentliche Bedeutung erlangen sollte.

Mit den Beschlüssen des VII. Weltkongresses der Komintern und der Brüssler Partei-Konferenz der KPD waren Voraussetzungen entstanden, die auch in der Praxis des antifaschistischen Widerstandes Barrieren und Verhärtungen beseitigen konnten. Aber die Veränderungen kamen verspätet, in gewisser Weise zu spät. Die Partei hatte ihre Reserven bereits in erheblichem Maße erschöpft. Das betraf vor allem den Widerstand im Lande.

Anders in der Emigration. Wo Kommunisten im Exil lebten, erhielten sie über ihr politisches Zentrum, den politischen Emigrationsleiter, die politischen Instruktionen der KPD-Führung und standen in enger Kommunikation. Die Beschlüsse des VII. Weltkongresses und der Parteikonferenz der KPD fanden große Aufmerksamkeit unter den Emigranten. Der innovative Wert ihrer Handlungsrichtlinien für ihre weitere Arbeit der KPD sollte sich gerade in der Emigration zeigen. Die Emigration wurde faktisch das Erprobungs- und Aktionsfeld in der Einheits- und Volksfrontpolitik der KPD.

Trotz ihres letztendlichen Scheiterns war die Tatsache von Spitzengesprächen zwischen KPD- und SPD-Führung von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Die Volksfrontpolitik der KPD gipfelte in der Arbeit des »Lutetia«-Kreises zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront.

Unter maßgeblicher Initiative Willi Münzenbergs war damit ein Gremium antifaschistischer Kräfte unterschiedlichster politischer Couleur entstanden. Widersprüche und auch scharfe Gegensätze waren Gegen-

sätze waren in einer solchen Konstellation unvermeidlich. Auch Gegensätze innerhalb der KPD-Führung brachen immer wieder auf. So verweist die Auseinandersetzung zwischen Philipp Dengel und Willi Münzenberg über die Politik des VII. Weltkongresses und ihre Darstellung gegenüber sozialdemokratischen Diskussionspartnern auf eines der Grundprobleme von KPD und Komintern: ihr Demokratieverständnis.

Wenn die KPD Fortschritte bei ihrer Einheits- und Volksfrontbestrebung erreichen wollte, musste sie angestrengt daran arbeiten, ihre Diskussionspartner zu überzeugen, dass die neue Linie nicht nur ein taktisches Manöver und dass das demokratische Deutschland, von dem sie sprachen, wirklich als eigenständiges historisches Stadium konzipiert war, das sich qualitativ sowohl von der diskreditierten Weimarer Republik als auch von der Diktatur des Proletariats unterscheiden würde. Aus Moskau kamen aber immer wieder Aktionen und Zeichen, die die Bündnispartner verunsicherten und den Gegnern des Zusammengehens mit den Kommunisten Wasser auf ihre Mühlen lenkte. Noch dominierten jedoch die Verfechter der Volksfrontpolitik in der Führung der Komintern.

Die KPD wurde aufgefordert, einen Entwurf einer Plattform der Volksfront gegen Faschismus und Krieg vorzulegen. Zum ersten Mal wurde die Formulierung »für ein demokratisches Deutschland« als Staatsform nach Hitler gebraucht. Die Polbüromitglieder in Moskau erhielten den Auftrag, ein solches Programm auszuarbeiten. Wilhelm Pieck entwarf dieses Programm und übernahm die Formulierung von der demokratischen Republik als der zu errichtenden Staatsform nach dem Sturz Hitlers. Damit fand diese strategische Orientierung erstmals Eingang in ein offizielles Dokument der KPD.

Mit weitreichenden Vorschlägen zur politischen und sozialökonomischen Gestaltung des neuen Staates bekannte sich die KPD deutlich zu einem bürgerlich-demokratischen Staatswesen mit antifaschistischem Charakter. Damit war es führenden deutschen Kommunisten gelungen, die doch beträchtliche Erkenntnisbarriere zu überwinden, die sich aufgrund der negativen Erfahrungen mit der Weimarer Republik aufgebaut hatte. Gleichzeitig entstanden Voraussetzungen, die für künftige Parteidbildungsprozesse von größter Relevanz waren.

Die Volksfront erreichte dank der Diskussionsbereitschaft vieler Kommunisten, die sich die Ideen des VII. Weltkongresses zu eigen gemacht hatten und theoretisch weiterentwickelten, im Sommer 1936 einen Höhepunkt. Der Sommer 1936 widerspiegelte indessen auch die Ambivalenz, in der sich kommunistische Politik bewegte. Zur selben Zeit fanden die Vorbereitungen und schließlich die Inszenierung des

Schauprozesses gegen das »trozkistisch-sinowjewistische terroristische Zentrum« vom 19. bis zum 24. August 1936 mit insgesamt 16 Angeklagten, darunter Sinowjew und Kamenew, in Moskau statt. Dem Bekenntnis zur Aktionseinheit und Einheitsfront der Kommunisten nach außen stand die blutige Abrechnung Stalins mit seinen selbsterzeugten Feinden im Inneren der Sowjetunion gegenüber. Die KPD-Spitze beeilte sich in einer Resolution vom 26. August 1936 dem ihre volle Zustimmung zu geben. Die Widersprüchlichkeit zwischen dem Bekenntnis zur demokratischen Republik und der Verteidigung des sich mit den Schauprozessen entwickelnden Terror- und Lügensystems in der Sowjetunion ließ inmitten der »Blüte« der Volksfrontpolitik bereits Ursachen für deren Scheitern hervortreten. Die Todesschüsse gegen alle 16 Angeklagten in der Nacht zum 25 August 1936 in der Sowjetunion trafen auch die Volksfrontpolitik.

Die Ereignisse in Spanien und die Haltung Volksfront-Frankreichs sowie der europäischen Staaten beeinflussten die Diskussion in der deutschen Emigration zur strategischen Orientierung auf die Volksfront erheblich.

Die beschlossene Neubewertung der bürgerlichen Demokratie auf der Juni-Tagung des Polbüros der KPD löste eine heftige Debatte des Für und Wider unter den Antifaschisten aus.

Sie betraf Grundfragen marxistischer Theorie mit den zentralen Themen »Faschismus und Demokratie« und »bürgerliche Demokratie und Diktatur des Proletariats«. Mit sozialdemokratischen und linken Kräften in der Arbeiterbewegung, auch in den eigenen Reihen der KPD, wurde eine intensive Diskussion um die Positionen geführt. In den Publikationsorganen der KPD war noch vor Beendigung der Arbeiten an den »Richtlinien« bereits eine Reihe Beiträge erschienen, die Erläuterungen dieser Demokratievorstellungen enthielten.

Die KPD bekannte sich zur Notwendigkeit einer allgemeindemokratischen Etappe im antifaschistischen Kampf, dessen Ergebnisse befestigt werden müssten im Rahmen eines neuen antifaschistischen Staatswesens.

In den Diskussionen mit Vertretern anderer Arbeiterparteien über die Plattform zeigten sich unterschiedliche Sichtweisen auf eine Volksfrontpolitik und damit verbundene Optionen für Parteibildungsprozesse in der Arbeiterbewegung. Es wurde immer deutlicher, dass die Vertreter linker sozialdemokratischer und kommunistischer Splittergruppen eine Zielsetzung auf die demokratische Republik ablehnten. Sowohl die Vertreter der SAP wie der Revolutionären Sozialisten erklärten die Richtlinien »als unakzeptabel« Der Entwurf sei »liberalistisch, vormärzlich

und kraftlos«. Beide Gruppen setzten auf Veränderungen in der SPD und sahen es als wichtiger an, Vorbereitungen für eine Einheitspartei zu treffen, als diese durch eine Volksfrontplattform zu behindern.

Mit der Programmatik für eine neue demokratische Republik formulierte auch die KPD das Angebot einer Einheitspartei. Auf der »Berliner Konferenz« schlug die KPD-Führung »eine gemeinsame Aktionsplattform zum Sturze Hitlers und zur Schaffung einer neuen, demokratischen Republik« als Grundlage dieser Vereinigung vor. Sie stellte die Einheitspartei in den illegalen sozialdemokratischen und kommunistischen Organisationen zur Diskussion, ohne die Anerkennung der vom VII Weltkongress formulierten Bedingungen für eine Fusion als Vorleistung von den Sozialdemokraten zu verlangen. In ihrer Resolution erklärte sie, dass sie sich auch an den Parteivorstand und die übrigen Führer der sozialdemokratischen Emigration wende, verband das aber auch mit dem Vorwurf der Schuld dieser Führer an der Schwäche der Einheits- und Volksfrontbewegung. Im Wesentlichen war die KPD-Führung – angesichts der bisherigen Ergebnislosigkeit – wieder zur Taktik der Einheitsfront von unten zurückgekehrt, die mit propagandistischen Appellen an die SPD-Führung versehen wurde.

Obwohl die Volksfrontpolitik letztendlich scheiterte, ist doch nicht zu übersehen, dass die Idee von einem Zusammenschluss der Kräfte politisch verschiedener Richtungen für die Erreichung eines Ziels – der Verhinderung oder des Sturzes eines faschistischen Regimes – beflügelnd gewirkt hatte und letztlich ihr praktisches Scheitern zwischen 1934/1935 und 1939 überlebte. Die vielfältigen nationalen und internationalen Volksfrontgruppen und Organisationen, die sich in dieser Zeit gebildet hatten, beeinflussten im entscheidenden Maße einen Großteil der deutschen Emigranten und bezogen sie in den Kampf gegen Hitler ein. Die Faszination dieser Idee und die ihr innewohnende Logik sowie die erfahrenen Momente der Solidarisierung, der Zusammenarbeit und der dadurch freigesetzten Kräfte überdeckten ganz offensichtlich negative Erfahrungen und die Schlussbilanz, dass es nicht gelang, eine deutsche Volksfrontorganisation vor dem Krieg zustande zu bringen. Ihre Ideen konnten deshalb später, unter veränderten Bedingungen im Krieg und in der Nachkriegszeit zum Teil wiederbelebt werden.

GÜNTER BENSER

Die Gründung der SED

Ein Fazit mit dem Abstand von sechs Jahrzehnten

Wenn wir mit dem Abstand von sechs Jahrzehnten Rückschau halten auf den Zusammenschluss von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, so sollten wir uns bewusst sein, wie weit wir uns vom damaligen Geschehen inzwischen entfernt haben, welch einschneidende, weltverändernde Ereignisse sich mittlerweile vollzogen haben und auf unsere Sichtweisen einwirken. Deshalb ist die Zeit überreif, die Beschreibung und Bewertung der Vorgänge des ersten Nachkriegsjahres aus dem politischen Schlagabtausch herauszunehmen und sachgerechter historischer Analyse zu überantworten. Einem derartigen Umgang mit diesem heiklen Kapitel Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung hatten sich SED und SPD vor zwanzig Jahren schon einmal angenähert. Damals war ein Dialog zwischen beiden Parteien im Gange, und kein Geringerer als Willy Brandt äußerte in diesem Zusammenhang: »Selbstverständlich kann die Sozialdemokratie von den einmal gewonnenen und in vielen Gedächtnissen gespeicherten Erfahrungen aus den vergangenen Jahren nicht völlig absehen. Aber wir werden nicht Gefangene gelernter und eingeschliffener Verhaltensmuster und Denkschemata sein, wenn die Welt vor unseren Augen sich wandelt und die alte Betrachtungsweise sich überlebt. Nichts wäre erfreulicher, als wenn auch hier nicht alle alten Schlachten immer neu geschlagen werden müßten.«¹

In der durch den Anschluss ostdeutscher Bundesländer vergrößerten Bundesrepublik setzte sich diese Tendenz indes nicht fort. Die SPD wollte ihre Dialogpolitik rasch vergessen machen und sich als erstes Opfer einer kommunistischen Diktatur profilieren. CDU/CSU und FDP

1 Willy Brandt: Die SPD in der deutschen Geschichte. In: Susanne Miller / Malte Ristau (Hrsg.): Erben deutscher Geschichte. DDR-BRD: Protokoll einer historischen Begegnung. Reinbek bei Hamburg 1988. S. 17.

mochten ihr das nicht durchgehen lassen, weshalb sie auf sozialdemokratisches Mittun am Zustandekommen und an der Machtausdehnung der SED erinnerten. Die SED und in ihrer Nachfolge die PDS waren in jeder Hinsicht – und über das begründete Maß hinaus – diskreditiert, hatten einen großen Klärungsbedarf in den eigenen Reihen und besaßen kaum eine Chance, die vehement und unter Beteiligung von Spitzenpolitikern geführte öffentliche Debatten zu versachlichen.²

So behielt diese Thematik ihre politischer Brisanz, diese wurde sogar noch zusätzlich aufgeladen. Es war geradezu vorgegeben, dass nach dem Kollaps der DDR, sowohl die Delegitimierungskampagne ihrer Gegner als auch die Ursachenforschung ihrer Protagonisten bei der Auseinandersetzung mit der SED, ihrer Geschichte, ihrem Macht- und Politikverständnis, ihrer Praxis auf zahlreichen Wirkungsfeldern einsetzte. Denn:

Erstens war die SED-Gründung – unabhängig und im Widerspruch zu den Ambitionen der damaligen Akteure – ein Schlüsselereignis der schon früh einsetzenden zweigleisigen deutschen Nachkriegsgeschichte, denn sie führte dazu, dass die deutsche Parteienlandschaft in Ost und West unterschiedliche Inhalte und Formen annahm.

Zweitens war mit der SED jene Partei entstanden, die – im Positiven wie im Negativen – die Wesenszüge, die Strategien, die Mechanismen, die Politik in allen Bereichen wie auch viele Seiten des Alltagslebens in der DDR bestimmte und der die Hauptverantwortung für Aufstieg und Untergang der DDR zukommt.

Drittens existieren die beiden Strömungen, um deren Zusammenführen es vor sechzig Jahren ging, unter veränderten historischen Bedingungen und mit weitreichenden Anpassungsprozessen generell fort. Sie stehen sich heute als um Wählergunst und politischen Einfluss konkurrierende Parteien in Gestalt von SPD, Linkspartei und weiteren linken Parteien und Organisationen konfrontativ gegenüber.

Viertens gewinnt der Zusammenschluss von KPD und SPD im Lichte des gegenwärtigen Projektes einer vereinigten Linkspartei bei Freund und Feind an Interesse, obwohl bei näherer Betrachtung nicht die Gemeinsamkeiten, sondern die Unterschiede, die sowohl die historische Situation als auch die Akteure betreffen, deutlich hervortreten.³

2 Siehe hierzu Günter Benser: Der 50. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD. Eine historisch-kritische Nachlese. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG) (1997)2. S. 35ff.

3 Dies wird in der Stellungnahme des Sprecherrates der Historischen Kommission der Linkspartei.PDS zum 60. Jahrestag der Gründung der SED detailliert beschrieben.

Um nicht allzu sehr von den realen Geschehnissen abzuheben, soll im folgenden wenigstens an die wesentlichen Stationen auf dem Weg zum Vereinigungsparteitag, der am 21./22. April 1946 in Berlin stattfand, erinnert werden.

Nach Zulassung politischer Parteien und freier Gewerkschaft durch Befehl Nr. 2 der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) traten das Zentralkomitee der KPD und der Zentralaussschuss der SPD mit Aufrufen an die Öffentlichkeit, die ein hohes Maß an Übereinstimmung aufwiesen und auf die Perspektive der politischen Einheit des werktätigen Volkes verwiesen.⁴ Am 19. Juni 1945 schlossen Vertreter beider Parteien ein Aktionsabkommen, mit dem sie sich zu enger Zusammenarbeit bei der Liquidierung des Faschismus und beim antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau verpflichteten, für die Schaffung eines Blocks aller antifaschistisch-demokratischen Parteien eintreten, gemeinsam die Interessen der Werktätigen vertreten, gemeinsame Veranstaltungen durchführen und die gemeinsame Klärung ideologischer Fragen voranbringen wollten.⁵ Damit war zugleich klargelegt, dass beide Partei ihre Kräfte zunächst als selbständige Organisationen sammeln, aber eng zusammenarbeiten wollten.⁶ Auf dieser Grundlage entfaltete sich – nicht reibungsfrei, doch im ganzen erfolgreich und vielversprechend – die Aktionseinheit von KPD und SPD als Träger der in der sowjetischen Besatzungszone eingeleiteten antifaschistisch-demokratischen Umwälzung.

Im September 1945 schaltete die KPD-Führung um und leitete eine Kampagne zur Vorbereitung der Vereinigung von KPD und SPD ein, wozu mit dem Schlusswort Anton Ackermanns auf der erweiterten Sitzung des Zentralkomitees der KPD vom 21. September 1945 der Startschuss gegeben wurde.⁷ Das Datum verdient Aufmerksamkeit, denn es

4 Siehe Dokumente zur Geschichte der SED. Bd. 2: 1945–1971. Berlin 1989. S. 7–21.

5 Siehe ebenda. S. 22f.

6 Damit war eine gemeinsame Antwort gegeben sowohl auf die lokal vollzogenen sofortigen Zusammenschlüsse von Kommunisten und Sozialdemokraten (die allerdings bei genauerem Hinsehen oft einen Übertritt linker Sozialdemokraten zu den Kommunisten darstellten) als auch auf das von Gustav Dahrendorf unterbreitete Angebot des unmittelbaren gemeinsamen Auftretens als Einheitspartei (für das die KPD nicht zu haben war, für das aber auch kein Mandat der sozialdemokratischen Mitgliedschaft existierte).

7 Siehe Günter Benser / Hans-Joachim Krusch (Hrsg.): Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Reihe 1945/1946. Bd. 2: Protokolle der erweiterten Sitzungen des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD Juli 1945 bis Februar 1946. München / New Providence / London / Paris 1994. S. 135–146.

liegt vor den Wahlen in Österreich und Ungarn, deren für die Kommunisten enttäuschender Ausgang meist als Ursache für den beschleunigten Kurs der KPD auf die Vereinigung ausgegeben wird. Allerdings hatte die KPD-Führung registriert, dass auch in der sowjetischen Besatzungszone die Sozialdemokratie starken Zustrom zu verzeichnen und damit an Selbstbewusstsein gewonnen hatte, was manche Funktionäre der SPD auch zur Abgrenzung von den Kommunisten nutzten. Andererseits baute sich jedoch ein scharfer innerer Konflikt in der SPD auf, der mit der von Kurt Schumacher – dem entschiedensten Gegner jeder Gemeinsamkeit von Sozialdemokraten und Kommunisten – einberufenen Konferenz von Wennigsen (5./6. Oktober 1945) offen hervortrat und letztlich zur Aufspaltung der SPD nach Besatzungszonen führte und die Manövrierfähigkeit des Zentralausschusses der SPD lähmte.⁸

Auf der von der KPD initiierten ersten Sechziger-Konferenz,⁹ die am 20. und 21. Dezember 1945 tagte und die wir deshalb auch als Dezemberkonferenz bezeichnen finden, artikuliert der Vorsitzende des Zentralausschusses der SPD, Otto Grotewohl, am ersten Verhandlungstag scharfe Kritik an der KPD und wegen Benachteiligung der Sozialdemokraten. Nachdem abends eine Aussprache der Spitzenfunktionäre bei der SMAD stattgefunden hatte, nahm jedoch der zweite Verhandlungstag einen so anfangs kaum zu erwartenden einträchtigen Verlauf. Die Konferenzteilnehmer einigten sich grundsätzlich auf die Schaffung einer sozialistischen Einheitspartei, vereinbarten die Bildung einer gemeinsamen Studienkommission zur Erarbeitung der Entwürfe von Grundsätzen und Zielen und eines Parteistatuts sowie die Herausgabe der gemeinsamen theoretischen Zeitschrift »Einheit«. Sie trafen grundsätzliche Aussagen über den Charakter der angestrebten Einheitspartei, die sich zum »konsequenten Marxismus« bekennen, im Programm-Minimum die antifaschistisch-demokratische, parlamentarische Republik und im Programm-Maximum die Verwirklichung des Sozialismus auf dem Wege der Ausübung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse anstreben sollte, und zwar als selbständige unabhängige Kraft auf einem eigenen Weg. Die Einheitspartei sollte Klassenpartei der Arbeiterklasse und Partei des gesamten werktätigen Volkes sein und in ihrer inneren Verfassung das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder respektieren,

8 Siehe Wolfgang Triebel: Weichenstellung für die politische Spaltung Nachkriegsdeutschlands. SPD-Konferenz in Wennigsen vom 5. bis 7. Oktober 1945. (= hefte zur ddr-geschichte 97.) Berlin 2005.

9 So benannt, weil ca. je 30 Vertreter von jeder Partei teilnahmen.

die freie Wahl aller Leitung, jedoch auch die Verbindlichkeit gefasster Beschlüsse garantieren. Trotz Drängens der KPD hielten die Sozialdemokraten jedoch einige gravierende Fragen bewusst offen. Das betraf den Zeitpunkt der Vereinigung, die Entscheidung, ob man gegebenenfalls in der sowjetischen Besatzungszone allein zur Vereinigung schreiten sollte. Sie widersetzten sich dem Ansinnen der KPD, auf der unteren Ebene Zusammenschlüsse vorzunehmen, falls dafür die Voraussetzungen als gegeben erschienen. Für heranrückende Wahlen kam nur ein Bekenntnis zu einem gemeinsamen Wahlprogramm, aber nicht generell zu gemeinsamen Listen zustande.¹⁰

Mit diesen Beschlüssen und deren offensiver Propagierung durch die KPD erhielt die Einheitsbewegung einen starken Schub, zugleich waren aber auch die Gegner einer Vereinigung endgültig auf den Plan gerufen. Vom Büro der Westzonen organisierte Konferenzen sozialdemokratischer Funktionäre in der britischen und der amerikanischen Besatzungszone lehnten die Ergebnisse der Dezemberkonferenz strikt ab und ermunterten alle Kritiker und Skeptiker der Vereinigung im Osten, besonders in der Viersektorenstadt Berlin, zum Widerstand gegen den Kurs der Mehrheit des Zentralausschusses der SPD. Diese war bestrebt, über einen gesamtdeutschen Parteitag der SPD eine Entscheidung und damit auch eine sozialdemokratische Dominanz in einer zonenübergreifenden Einheitspartei herbeiführen. Das erwies sich angesichts der Totalverweigerung Kurt Schumachers und seines Anhangs als aussichtsloses Unterfangen. Nach einer turbulenten Sitzung des Parteiausschusses, auf der die Vertreter einiger Landesverbände der SPD erklärten, in jedem Falle den Zusammenschluss zu vollziehen, zog die Berliner Führung der SPD die Konsequenz. Auf dem vom 9. bis 11. Februar 1946 tagenden Ersten Kongress des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes verkündete Otto Grotewohl, dass ein sozialdemokratischer Parteitag nach Berlin einberufen werde, der über eine Vereinigung beider Parteien entscheiden soll.¹¹

Damit war auch der Weg frei für die zweite Sechziger-Konferenz, die am 26. Februar 1946 stattfand und deshalb auch als Februarkonferenz bezeichnet wird. Sie nahm die Entwürfe der Grundsätze und Ziele der

10 Siehe Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung. Die Sechziger-Konferenzen von KPD und SPD 1945 und 1946. Mit einer Einführung v. Hans-Joachim-Krusch und Andreas Malycha. Berlin 1990.

11 Siehe Protokoll der ersten allgemeinen Delegiertenkonferenz des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes für das sowjetisch besetzte deutsche Gebiet. 9.–11. Februar 1946. Berlin 1946. S. 168–172.

Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands¹² und des Parteistatuts¹³ an und beschloss das Procedere der Vereinigung auf dem Wege von Versammlungen und Delegiertenkonferenzen über getrennte Parteitage von KPD und SPD bis hin zum Vereinigungsparteitag.

Die Opposition innerhalb der Berliner SPD beantwortete diese Entscheidungen mit einer Funktionärkonferenz vom 1. März 1946, deren Teilnehmer dem Zentralaussschuss das Vertrauen entzogen und eine Urabstimmung forderten, die am 31. März – da die sowjetische Besatzungsmacht die Abstimmungslokale schließen ließ – nur in den Westsektoren stattfand. Die Ergebnisse dieser Abstimmung wurden zeitgenössisch und werden bis heute sehr unterschiedlich bewertet. Denn die gegen eine Vereinigung abgegebenen Stimmen lassen sich prozentual auf die Abstimmungsteilnehmer, auf die in den Westsektoren organisierten oder auf die Gesamtheit der Berliner Sozialdemokraten beziehen. Nur im ersten Falle ergibt sich ein klares Votum gegen die *sofortige* Vereinigung.¹⁴

Dem stand eine Vielzahl von Einheitsbekundungen, Aufrufen und Beschlüssen gegenüber, die breit propagiert wurden und den kampagnenartigen Charakter der Endphase des Zusammenschlusses von KPD und SPD unterstrichen, begleitet von scharfen Angriffen auf all jene, die sich der Vereinigung verweigerten oder ihr kritisch gegenüberstanden. Die sowjetische Besatzungsorgane ließ keine Zweifel aufkommen, dass sie eine sozialistische Einheitspartei als deutsches Potential zur Absicherung ihrer Besatzungsziele erwartete. Manche Kommandanten setzten sozialdemokratische Funktionäre entsprechend unter Druck, auch sorgten Verhaftungen, die in der Regel mit vorgetäuschten, zumindest schwer überprüfbaren, Begründungen erfolgten, für Verunsicherungen.¹⁵ Andererseits mischten die westlichen Besatzungsmächte massiv zu-

12 Die von KPD und SPD eingebrachten Papiere sowie den gemeinsam verabschiedeten Entwurf siehe Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung. S. 175–191, 262–267; die vom Vereinigungspartei beschlossene Fassung siehe Dokumente zur Geschichte der SED. Bd. 2. S. 32–38.

13 Den gemeinsamen Entwurf siehe Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung. S. 268–276; die vom Vereinigungspartei beschlossene Fassung siehe Dokumente zur Geschichte der SED. Bd. 2. S. 39–53.

14 Ausführlicher hierzu Günter Benser: Der Zusammenschluß von KPD und SPD. Erklärungsversuche jenseits von Jubel und Verdammnis. (=hefte zur ddr-geschichte 27.) 2. durchges. u. erg. Aufl. Berlin 2006. S. 48–50.

15 Die ausufernde Verfolgung von Sozialdemokraten fällt allerdings nicht in die Periode des Vereinigungsprozesses, sondern in die Zeit des ab 1947/48 eskalierenden kalten Krieges.

gunsten der Einheitsgegner in das Geschehen ein – mit politischer und materieller Unterstützung der Einheitsgegner wie auch mit regelrechten Verboten von Einheitsorganisationen und Verfolgungen von Mandatsträgern der SED im Westen. Das kann nur diejenigen überraschen, denen die Zeitumstände nicht vertraut sind. Im Unterschied zu allen vorausgegangenen und künftigen Fusionen, erfolgte die SED-Gründung in einem Land in dem die oberste Regierungsgewalt bei Besatzungsmächten lag, die alle völkerrechtlich verpflichtet waren, in Deutschland Faschismus und Militarismus endgültig zu liquidieren, die dabei jedoch in entscheidenden Punkten entgegengesetzte Konzepte verfolgten und ihre deutschen Vollzugshelfer in unterschiedlichen sozialen und politischen Lagern suchten.

Der Vereinigungsparteitag selbst bildete den demonstrativen Endpunkt der Vereinigungskampagne. Die eigentlichen Entscheidung waren bereits in seinem Vorfeld gefallen. Die Botschaft, die vom symbolischen Händedruck Wilhelm Piecks und Otto Grotewohls ausging, lautete: Endlich ist die unselige Spaltung der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes beendet. Gemeinsam werden wir eine antifaschistisch-demokratische Ordnung schaffen und jene politische Mehrheit erobern, mit der auch in Deutschland die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft in Angriff genommen werden kann. Die Wirklichkeit sollte sich äußerer Umstände und innerer Kräfteverhältnisse wegen wie auch angesichts fortwirkender Differenzen und infolge des kommunistischen Strebens nach Beherrschung der Einheitspartei wesentlich komplizierter und disharmonischer erweisen.

Diese knappe Skizze der Geschehnisse bietet indes vorwiegend ein Bild der Oberfläche. Denn:

- Sie ist vor allem im Funktionärkörper angesiedelt und konzentriert auf Berlin.
- Sie klammert vielfältige und widersprüchliche Geschehnisse der mittleren und unteren Ebene aus.
- Sie negiert, dass die Einheitsbewegung weit mehr war als Zusammenfinden und Widerstreit von Kommunisten und Sozialdemokraten mit langjähriger Parteizugehörigkeit und einem hohen Maß an politischer Identität, nämlich zugleich eine enorme Mobilisierung neuer, bisher nicht in Arbeiterparteien organisierter Kräfte.
- Sie abstrahiert von der sich an die Vereinigung anschließenden Entwicklung der SED und von deren Zerfall.

Auf einige dieser Aspekte soll im folgenden eingegangen werden.

Das in der DDR vermittelte Bild der SED-Gründung lebte vor allem von der Darstellung weichenstellender zentraler Ereignisse, untersetzt mit lokalen wie regionalen Ereignissen und Erinnerungen von Zeitgenossen, welche die Entscheidung für die Einheitspartei bestätigten. Zu einer stark emotionalen Bejahung der Vereinigung traten theoretisch-ideologische Begründungen für eine historisch notwendige Einheit der Arbeiterklasse, die auf einem marxistischen Verständnis der Mission dieser Klasse und des Erfahrungsschatzes der Arbeiterbewegung beruhten.¹⁶ In der DDR-Literatur der siebziger und achtziger Jahre blieb keineswegs ausgespart, dass auf dem Wege zur Einheitspartei Zweifel und Widerstände zu überwinden waren, und Einheitsgegner wurden namentlich erwähnt. Aber es gab keine faire Auseinandersetzung mit deren Ansichten, keine ernsthafte Überprüfung der Berechtigung ihrer Argumente. Das schlimme Schicksal von Menschen, die verhaftet oder in die UdSSR deportiert wurden, blieb unerwähnt.

Da sind wir indes immer noch bei jenen Erklärungen, die überwiegend auf Analysen der Vorgänge im Funktionärkörper beruhen. Tatsache ist jedoch, dass von den über die KPD im April 1946 in die Einheitspartei gelangten Personen (ihre Zahl wurde offiziell mit 620 000 angegeben) nur etwa jeder zehnte bereits vor 1933 der KPD angehört hatte.¹⁷ Von den über die SPD zur SED gekommenen Personen (ihre Zahl wurde offiziell mit 680.000 beziffert), hatte schätzungsweise jeder Vierte, maximal jeder Dritte, schon vor 1933 ein sozialdemokratisches Parteibuch besessen. Die meisten der neuen Mitglieder der beiden Arbeiterparteien waren in den ersten Monaten des Jahres 1946 der KPD oder der SPD beigetreten. Natürlich versuchten beide Richtungen im Vorfeld der Vereinigung ihr Eigengewicht zu erhöhen. Gleichwohl hatten die meisten ihrer neuen Mitglieder ihren Parteieintritt zu einer Zeit vollzogen, als mit der Dezemberkonferenz bereits eine Grundsatzentscheidung für den Zusammenschluss in absehbarer Zeit getroffen war. Mithin hatten diese Neueintretenden normalerweise begrüßt oder zumindest akzeptiert, bald Mitglied einer vereinigten Partei zu sein. Im

16 Ausführlicher hierzu Günter Benser: Der Zusammenschluß von KPD und SPD. S. 25–34.

17 Von den bereits in Zeiten der Weimarer Republik in der KPD organisierten Leuten wiederum, war der größte Teil der Partei Ende der zwanziger/Anfang der dreißiger Jahre beigetreten, hatte also in der Regel keine Beziehung mehr zu der durch Rosa Luxemburg oder Paul Levi geprägten Frühzeit der KPD. Siehe auch Günter Benser: Zur sozialen und politischen Struktur der KPD und ihres Kaders (1945/1946). In: BzG (1997)4.

ersten Jahr ihrer Existenz haben sich der SED im Schnitt täglich 1200 Männer, Frauen und Jugendliche angeschlossen. 1947 waren von den Einwohnern über 14 Jahre in den Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone organisiert: in Sachsen 13,1 Prozent, in Sachsen-Anhalt 13,1 Prozent, in Thüringen 11,8 Prozent, in Brandenburg 11 Prozent, in Mecklenburg 13,4 Prozent; in der Viersektorenstadt Berlin waren es 4,7 Prozent. In den Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone gehörte jeder 4. Industriearbeiter, jeder 3. Angestellte, jeder 16. Land- und Forstarbeiter, jeder 10. Bauer, jeder 7. Handwerker und Gewerbetreibender, jeder 7. Ingenieur und Techniker und jeder 3. Lehrer der SED an.¹⁸ Kann ernstlich angenommen werden, ein solcher Organisationsgrad ließe sich vorwiegend mit Zwang und Druck herbeiführen? In der Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft war die SED – ungeachtet ihrer späteren Umformung nach den Prinzipien einer bolschewistischen Kaderpartei – immer eine Massenpartei, mit tausend Fäden mit ihrem Umfeld verbunden. Anders lässt sich der Charakter des gewaltfreien Umbruchs im Jahre 1989 überhaupt nicht verstehen.

Wir kommen wohl in der Auseinandersetzung »Zwangsvereinigung Ja oder Nein« der Realität am nächsten, wenn wir – bezogen auf die sowjetische Besatzungszone – als Summe aller Tatsachen, die eben nicht einwandfrei zu quantifizieren sind, schlussfolgern:

- Es hat in großer Zahl Akteure gegeben, die überzeugt, in eigener Auseinandersetzung mit den programmatischen, politischen und organisatorischen Wesensbestimmungen der Einheitspartei, eingedenk historischer Erfahrungen mit einer parteipolitisch aufgespaltenen Arbeiterbewegung und im Bewusstsein der historischen Tragweite ihrer Entscheidung für die Gründung der SED eingetreten ist.
- Ihnen stand eine beachtliche Minderheit – vor allem aus den Reihen der SPD, in geringem Maße auch aus linksoppositionellen Kreisen der KPD – gegenüber, die begründete Vorbehalte gegen eine Vereinigung hatte oder sich strikt gegen einen Zusammenschluss stellte.
- Die überwiegend Mehrheit war bereit, sich ihren Führungen anzuvertrauen und den Weg in die Einheitspartei mitzugehen, die auf sie eine so starke Anziehungskraft ausübte, dass selbst auftauchende Bedenken in den Hintergrund traten. Dabei trafen sich Argumente einheitswilliger Funktionäre mit eigenen Erfahrungen und Überlegungen.

18 Siehe Bericht des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den 2. Parteitag. Berlin 1947. S. 30, 35.

Beispiele gibt es für alles; belegen lassen sich die unterschiedlichsten Motivationen und Verhaltensweisen: freudiges und überzeugtes Eintreten für die Vereinigung; rationales Bejahen des Zusammenschlusses; gefühlsmäßige, aber auch karriereorientierte Entscheidungen; Mitläufertum, opportunistisches Einschwenken in einen unausweichlich erscheinenden Gang der Dinge; Widerstand gegen eine für verfrüht oder verfehlt gehaltene Fusion wie auch die Rücknahme solchen Widerstands auf Grund massiver ideologischer und politischer Einwirkung oder auch korrumpierender Versprechungen; erzwungenes Stillhalten oder Mitmachen durch einschüchternde Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht; politisches Ausschalten von Einheitsgegnern bis hin zu deren Verfolgung, was bis zur Inhaftierung und Einweisung in sowjetische Lager führte, aus denen mancher nicht zurückkehrte. Das Problem sind die Relationen, und deren Beurteilung wiederum ist schwer von vorgelagerten Überzeugungen zu trennen. Wer eine sozialistische Perspektive für das Überleben der heutigen Gesellschaft für unausweichlich hält und im gemeinsamen organisierten Handeln werktätiger Menschen hierfür eine unabdingbare Voraussetzung erkennt, wird anders urteilen als jene, für die der Kapitalismus die vielleicht nicht rundum schöne, aber doch effektivste und hinnehmbare Gesellschaftsform ist, die nicht durch linke Experimente aufs Spiel gesetzt werden darf.

Unhistorisch und voluntaristisch ist es auf jeden Fall, wenn uns suggeriert werden soll, die Gründung der SED wäre akzeptabel,

- wenn sich die sowjetische Besatzungsmacht total herausgehalten und eine Position absoluter Neutralität bezogen hätte (wozu keine einzige Besatzungsmacht bereit gewesen ist und was auch ihrem – unterschiedlichen - Verständnis von den übernommenen völkerrechtlichen Verpflichtungen widersprochen hätte),
- wenn die Kommunisten auf jegliche Vorreiterrolle verzichtet und ihre Mobilisierungskampagnen unterlassen hätten (weil sie sich dann von ihren politischen Selbstverständnis hätten lossagen müssen und weil natürlich auch Sozialdemokraten nach Dominanz in der Einheitspartei strebten),
- wenn eine gesamtdeutsche Urabstimmung ein überwältigendes Votum für die Vereinigung von KPD und SPD erbracht hätte (weil dafür jegliche Voraussetzungen fehlten und weil es legitim war, politische Entscheidungen auf die in der politischen Arbeiterbewegung übliche Weise, nämlich über Mandatsträger, herbeizuführen).

Außerhalb der historisch gesetzten Bedingungen und Maßstäbe sollten spätere Interpreten ihre Argumentationen nicht ansiedeln. Nun ließe sich einwenden, dass bloße Anwesenheit von Gewalt und Druck geeignet ist, jegliche Fusion zu desavouieren. Dann werden wir allerdings im politischen wie im ökonomischen Raum selten auf Fusionen stoßen, die sich nicht mit dem Attribut »Zwangs« versehen ließen.

Für die Zeitgenossen gab es jedenfalls nachvollziehbare Gründe, sich für die Einheitspartei zu entscheiden. Da waren die unmittelbaren Erfahrungen mit Faschismus und Krieg, verbunden mit der Einsicht, dass der Vormarsch des Nazismus mit der Uneinigkeit im linken Lager zu tun hatte. Hier lag allerdings auch die Gefahr der Schuldzuweisung in die eine oder andere Richtung.¹⁹ Dazu kamen mittelfristige Erfahrungen der Novemberrevolution, ihrer unausgeschöpften Möglichkeiten und deren negative Auswirkungen auf die Weimarer Republik. Auch damit kamen gravierende Differenzpunkte hinsichtlich der Rolle einzelner Strömungen der Arbeiterbewegung mit ins Spiel, die sowohl zur Mahnung als auch zu eigener Abgrenzung benutzt werden konnten. Schließlich wirkten langfristige Erfahrungen des Siegeszuges der einheitlichen Sozialdemokratie unter August Bebel und Wilhelm Liebknecht. Dahinter stand auch ein an Marx und Engels geschultes Verständnis der Rolle der Arbeiterklasse, deren historische Mission es ist, mit der eigenen Befreiung zugleich die gesamte Menschheit zu befreien. Das trug sicher auch dogmatische Züge. Aber lag es nicht nahe, dass diese Klasse mehr tun musste als das durch Faschismus und Krieg ruinierte Land wieder aufzubauen, nämlich Vorkehrungen treffen, damit sich der alte Schlamassel nicht wiederhole? Wer sich in die authentischen Zeugnisse der Einheitsbewegung des ersten Nachkriegsjahres vertieft, dem kann eigentlich nicht entgehen, dass damals ein von heute deutlich unterscheidbarer Zeitgeist waltete, von dem aber in der »Zwangsvereinigungs-Literatur« selten etwas zu spüren ist. Wir stoßen häufig auf eine starke gedankliche und mentale Verankerung in den bis zur 48er Revolution zurückreichenden Traditionen der Arbeiterbewegung, auf den lebendigen Nachhall ihrer Riten und Symbole. Damit verband sich die weitverbreitete Überzeugung, dass die Einheit der Arbeiterklasse – repräsentiert durch eine Einheitspartei und einheitliche Gewerkschaften –

19 Nach einer kurzen Phase des Nachdenkens auch über eigenes Versagen der KPD, setzte sich in der SED rasch wieder die Tendenz durch, rechten sozialdemokratischen Führern die Alleinschuld zuzuschreiben. Siehe Günter Benser: KPD, SED und ihr Umgang mit dem 30. Januar 1933 (1945–1988). In: Sieben Jahrzehnte Erfahrung: 30. Januar 1933. Jena 2003. S. 159–185.

gewissermaßen der naturgemäße Zustand dieser Klasse ist. Selbst von den erbittertsten Gegnern eines Zusammenschlusses von KPD und SPD wurden der prinzipielle Wert der Einheit und die historische Notwendigkeit gemeinsamen Handelns so gut wie nie frontal attackiert.²⁰

An dem in den Grundsätzen und Zielen der SED und im Parteistatut niedergelegten Gründungskonsens der Einheitspartei dürfte es am wenigsten gelegen habe, wenn die SED bereits nach wenigen Jahren Kurs auf Weiterentwicklung zu einer Partei neuen Typs nach dem Vorbild der KPdSU(B) unter J. W. Stalin nahm. Dies war eindeutig eine Abkehr von den Beschlüssen des Vereinigungsparteitages, deren Ursachen sowohl im internationalen Prozess der Lagerbildung im Zeichen des kalten Krieges, in der deutschen Teilung und Ost-West-Konfrontation als auch in innerparteilichen Kämpfen zu suchen sind, was aber ein Thema für sich wäre.²¹

Auch unter diesem Aspekt sollten heutige Einigungsbestrebungen nicht in die Nähe der Vorgänge vor sechzig Jahren gerückt werden. Eher ist es lohnend, einige grundsätzliche Fragen zu stellen, die im Prozess der SED-Gründung und auch in den späteren historischen Betrachtungen und Würdigungen weitgehend ausgeblendet geblieben sind:

Von den Befürwortern des damaligen Einheitsprojektes wurde die Einheit der Arbeiterklasse als Konsequenz der Lage und der Rolle dieser Klasse verstanden. Aber entsprach dieses Verständnis noch uneingeschränkt der sozialen und politischen Wirklichkeit? Gab es die im Zeitalter der Industrialisierung vorhandene beträchtliche Homogenität der Arbeiterklasse tatsächlich noch in gleichem Maße, oder lebte sie nur noch oder überwiegend in den Köpfen fort? Es war ja ein durch Faschismus und Krieg beschleunigter Prozess der Auflösung proletarischer Milieus im Gange, Flächenbombardements vor allem von Industriestädten, Fluchtbewegung und Umsiedlungen, der Kriegstod und die von den Nazis betriebene Ausrottung vieler klassenbewusster Proletarier hatten erhebliche demographische und sozialpolitische Veränderungen zur Folge. Nicht zu übersehen ist der Einbruch des Nazismus auch

20 Davon zeugt auch die von den Urhebern der Berliner Urabstimmung gewählte, die eigentliche Entscheidung einnebelnde, doppelte Fragestellung: »Bist Du für den sofortigen Zusammenschluß der beiden Arbeiterparteien? JA/NEIN, oder bist Du für ein Bündnis beider Parteien, welches gemeinsame Arbeit sichert und den Bruderkampf ausschließt? JA/NEIN«.

21 Siehe Günter Benser: Die SED zwischen Massenpartei und Kaderpartei neuen Typs (1946–1948). In: Dietmar Keller u. a. (Hrsg.): Ansichten zur Geschichte der DDR. Bd. I. Bonn / Berlin 1993. S. 81–98.

in die Reihen der Arbeiterbevölkerung. Wie realitätsnah war also das Bild von der einem einheitlichen Klasseninteresse folgenden und nach einer einheitlichen politischen Interessenvertretung strebenden Arbeiterschaft? Dass dieses Bild von vielen verinnerlicht, damit lebendig und historisch wirksam war, steht außer Frage, doch sind wohl auch die Erosionserscheinungen nicht zu unterschätzen.

Zeitgenössisch wurde viel mit der Metapher »Überwindung des Bruderkampfes« argumentiert, und wenn von drei Jahrzehnten Bruderkampf die Rede war, verwies dies auf den Sündenfall vom 4. August 1914. Aber ging es tatsächlich nur um die Abkehr vom Bruderkampf oder gar um das Ausschalten von Missverständnissen? Oder haben wir es mit zwei Strömungen zu tun, die auf gravierende Fragen von Ziel und Weg gegensätzliche Antworten gegeben und unterschiedliche Identitäten ausgeprägt hatten? Und hatten sich angesichts dieser Sachlage nicht zwei Optionen abgezeichnet. Die eine ergab sich aus dem Anspruch, die SED dürfe weder die alte KPD noch die alte SPD sein, die andere lief auf die Dominanz der einen oder der anderen Richtung hinaus, wobei im sowjetischbesetzten Teil Deutschlands die Kommunisten die Trümpfe in der Hand hielten.

Beim Zusammenschluss von KPD und SPD waren viele Emotionen im Spiel, und es erwies sich – wie bei all solchen Fusionen –, dass herausragenden Persönlichkeiten, die sich mit dem EinheitsparteiProjekt identifizieren eine wegweisende, teils entscheidende Bedeutung zukommt. Aber vom Gefühl der Zusammengehörigkeit geht zwar eine hohe Schubkraft aus, doch Meinungsverschiedenheiten in existentiellen Fragen lassen sich mit dem bloßen Beschwören von Gemeinsamkeiten und mit gutgemeinten Umarmungen nicht aus der Welt schaffen. Solche Meinungsverschiedenheiten gab es damals – vor allem bezüglich des Demokratie- und Machtverständnisses, in Bezug auf die innere Verfasstheit einer gemeinsamen Partei, hinsichtlich der internationalen Orientierung, hier vor allem mit Blick auf den Führungsanspruch der KPdSU(B) und der UdSSR in der internationalen Arbeiterbewegung – und es gibt sie auch heute, im Moment vor allem in der Frage der Regierungsbeteiligung. Was die SED betrifft, so bleibt festzuhalten, dass sie den realen Rahmen nicht zu schaffen vermochte, in dem derartige Gegensätze kameradschaftlich ausgetragen oder pluralistisch ausgehalten werden konnten. Das hatte allerdings viel mit der generellen Schärfe damaliger Konfrontationen im Weltmaßstab zu tun.

Schließlich stellt sich auch die Frage, ob das Zusammenführen von KPD und SPD in solch einem raschen Tempo und mit einem derartigen Vorpreschen in der sowjetischen Besatzungszone die optimale Antwort

auf die Herausforderungen der Zeit gewesen ist. Gründe dafür gab es, vor allem wenn wir berücksichtigen, dass sich viele Zeitgenossen in einer Pionierrolle gesehen haben, mit der sie ein auf ganz Deutschland ausstrahlendes Beispiel schaffen wollten. Aber im nachhinein bleibt auch zu fragen, ob eine andere Bündelung der Kräfte, ob eine längerfristige Aktionseinheit nicht unter Umständen besser geeignet gewesen wäre, die politische Achse im nachfaschistischen Deutschland nach links zu verschieben und konservativen Restaurationsbestrebungen wirksamer entgegenzuwirken.

Gewiss – solche Frage haben etwas Speklatives an sich, denn schlüssig sind sie nicht zu beantworten. Aber sie können uns helfen, aus der letztlich unproduktiven Fragestellung »Zwangsvereinigung Ja oder Nein« herauszufinden und immer auch Alternativen mitzudenken.

STEFAN BOLLINGER

Schon wieder die Einheit, aber anders? 60 Jahre nach der letzten Einheitspartei¹

Die ewige Frage nach Einheit

Das Leben spielt wie immer die besten Streiche. Wollen wir hoffen, dass Marx' Erinnerung an den dialektischen Hegel, der einmal bemerkte, »daß alle großen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen sich sozusagen zweimal ereignen«, aber »vergessen (habe) hinzuzufügen: das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce«², auf einen aktuellen Prozess nicht zutrifft. Denn fast zeitgleich zum Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD in der SBZ 1945/46, haben sich 60 Jahre später erneut Linke für einen Parteibildungsprozess verabredet. Dabei gilt natürlich, dass beim Zuwenden zu den Erfahrungen und Lehren des damaligen Zusammenschlusses nicht aus den Augen verloren wird, dass »die Unterschiede« beider Prozesse »so gravierend (sind), daß vor kurzschlüssigen Vergleichen oder Berufungen gewarnt werden muss«.³ Trotzdem kann eine Bezugnahme in manchen Aspekten erhellend wirken.

Die mehr ostdeutsche PDS, nun Linkspartei.PDS (L.PDS), und die eher westdeutsche WASG suchen nachzuholen, was Linke seit dem großen Schisma 1914 immer wieder wollten – die Einheit. 1945/46 gab es die große Hoffnung, endlich aus der Geschichte lernend die Einheit

-
- 1 Erweiterte Fassung eines Aufsatzes, der zum 60. Jahrestag der Gründung der SED erschien. In: Helle Panke e.V. (Hrsg.): Eine Partei zwischen Lehren der Geschichte und Zwang. SED-Gründung vor 60 Jahren. hefte zur ddr-geschichte. H. 101. Berlin 2006. S. 5–15.
 - 2 Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. In: Karl Marx / Friedrich Engels: Werke (im weiteren: MEW). Bd. 8. Berlin 1959. S. 115.
 - 3 Zum 60. Jahrestag der Gründung der SED. Stellungnahme des Sprecherrates der Historischen Kommission beim Parteivorstand der Linkspartei. PDS vom 11. April. In: Die Linke.PDS Pressedienst. Berlin (im weiteren: Pressedienst). H. 16/2006. S. 6.

der Arbeiterbewegung zu erreichen. Bald wurde es ein Drama und die Bitternis des Endens in einer stalinistischen Partei, von der Gregor Gysi unter einem Aufschrei vieler PDS-Mitglieder einmal behaupten sollte, dass sie keine linke Partei mehr war, sondern »trotz entgegenstehendem Willen vieler Mitglieder seit längerer Zeit reaktionär, weil sie Sozialismus verhindert und nicht ermöglicht hat.«⁴ Und doch war die SED mit ihren Mitgliedern und nicht wenigen Entscheidungen ihrer Führung auch eine Partei, die sozialistische Ideale zu verwirklichen suchte, nicht immer mit adäquaten, humanen Mitteln.

2005/06 steht wieder die Einheit, nun aber weit kleinerer Formationen, auf der Tagesordnung, was ihre Protagonisten nicht hindert, von einer »einmaligen Chance«, »einer historischen Chance«⁵ zu sprechen. Der Streit ist dafür um so heftigere und nicht beeinflusst von den Zwängen der jeweiligen Besatzungsmächte. Nur die Erwartungshaltungen der Bürger im Lande und deren Verwirrung ob der Querelen um sich unterschiedlich positionierenden Landesverbänden spielen eine Rolle. Heute wollen deutsche Linke unter dem Druck einer neoliberalen Großkoalition aller anderen Parteien, auch der sich vormals links verstehenden SPD und Grünen, mit einer neuformierten Linken wieder Initiative gewinnen. Ost- und Westlinke wollen unter ein gemeinsames Dach:⁶

- Die Nachfolgepartei der SED, die sich über anderthalb Jahrzehnte müht, eine linkssozialistisch, demokratisch sozialistische Partei in der nun größeren und von links konkurrenzlosen Bundesrepublik zu werden;
- enttäuschte Sozialdemokraten und Gewerkschafter, die sich teilweise in der WASG organisieren, weil sie mit ihren einstigen Parteien unzufrieden sind, aber zunächst auch in der PDS keine echte Alternative zu erkennen vermochten;
- einstige Angehörige mehr oder minder radikalerer linker Parteien und Gruppen wie Einzelpersönlichkeiten. Aber gerade diese Zielgruppe

4 Referat des Genossen Gregor Gysi. In: PDS – Auf dem Weg der Erneuerung. Klausurtagung des Parteivorstandes. Berlin, 12. und 13. Mai 1990. Berlin 1990. S. 21, 25.

5 Gerry Woop: Chancen und Risiken im neuen Linksprojekt (Berlin, 2. Juni 2005). http://www.forum-ds.de/analyse.php?text=woop_chancen-risiken-linksprojekt [22.03.2006].

6 Siehe ausführlicher zum Thema Stefan Bollinger: Brüder, in eins nun die Hände? Linke Schwierigkeiten mit der Einheit. In: Ulrich Maurer / Hans Modrow (Hrsg.): Überholt wird links. Was kann, was will, was soll die Linkspartei. Berlin 2005. S. 86–103.

bleibt bei dem aktuellen Gerangel zwischen und in L.PDS und WASG und deren Binnenfixiertheit außen vor, auch aus Angst, dass hier unerwünschte Kräfte in der neuen Partei Fuß fassen könnten.⁷

Bei der überraschend angesetzten Bundestagswahl im September 2005 gelang es noch relativ gut, auf Wahllisten der nunmehrigen Linkspartei.PDS gemeinsam zu kandidieren. Nur Monate später erweist sich trotz des Einzugs einer Linksfraktion ins Parlament die organisatorische Parteeinheit weitaus schwieriger. Nüchtern ist schon heute einzuschätzen, dass *der Versuch einer breiteren linken Einheit als Chance des Zusammengehens einer Vielzahl links der Sozialdemokratie stehender Kräfte gescheitert* ist. Selbst der erfolgreiche Abschluss des inzwischen auf der Ebene der Bundesvorstände beider Parteien recht sorgfältig durchgeplante Parteibildungsprozess erscheint sonst optimistischen PDS-Funktionären wie deren Vorsitzenden Lothar Bisky nicht unbedingt gesichert.⁸ Was gelingen wird, ist eine Weststärkung für die L.PDS, egal, ob nun als formal abgeschlossener Parteivereinigungsprozess oder als Ergebnis einer Parteispaltung der WASG. Dabei werden sich die vereinigenden Kräfte – ob sie es wollen oder nicht – verändern und über den Erfahrungsstand von PDS wie WASG hoffentlich hinausgehen. Ob die neue Partei für andere Parteilose und noch Parteigebundene interessant ist, wird sich noch zeigen müssen.

Permanent erschwerend wirkt, dass die Auseinandersetzungen und der schließliche Entscheid für einen konkurrierenden Wahlantritt zu Abgeordnetenhaus- bzw. Landtagswahlen im September 2006 die Kluft zwischen den Ansprüchen der Protagonisten vertieft hat. Die Regierungsbeteiligung der PDS in SPD-PDS-Koalitionen, deren Fortsetzung im Grunde nicht in Frage gestellt wird, hat Mehrheiten in den dortigen kleinen WASG-Landesverbänden gegen Willen und Verhinderungsversuche ihres Bundesvorstandes zur Konfrontation mit der eigentlich festgeschriebenen Vermählungspartner PDS für das Frühjahr 2007 veranlasst.

Auch unabhängig davon sind die Felder der Auseinandersetzung sind recht prosaisch, abgesehen vom unvermeidlichen Hickhack um Posten und Pöstchen, um Geld und Einfluss. Es sind zuvörderst eben der Streit um die Regierungsbeteiligung in Ländern und Bund, um die

7 Die aber eher schon in ihr wirken, wenn an die eher trotzkistischen Aktivisten in einigen WASG-Landesverbänden zu erinnern ist.

8 Siehe Bisky warnt Bündnis vor Bummel. In »Neues Deutschland« vom 21. August 2006. S. 1.

Radikalität der Forderungen bei der Abschaffung oder »Verbesserung« von Hartz IV oder das Ringen um Mindestlöhne und/oder bedingungsloses oder bedingtes sozialer Grundeinkommen.

Die geschichtliche Herkunft und die bislang unterschiedlichen Erfahrungsfelder sozialen und politischen Engagements lassen zwischen L.PDS und WASG inhaltliche Konflikte erwarten, die oft genug allerdings auch innerhalb der L.PDS keineswegs ausgestanden sind und wieder aufbrechen dürften:

- Welche Rolle kann und muss der Staat spielen? Nach der Erfahrung des Staatsozialismus meinen viele L.PDSler, dass der Ausweg nur basisdemokratisch und zivilgesellschaftlich sein könnte. Politiker und Abgeordnete der L.PDS sind mittlerweile selbst im neuen Staat »angekommen« und nicht immer eng mit den außerparlamentarischen Kräften verbunden; WASGler bringen sowohl sozialdemokratische Staatsfixiertheit wie basisdemokratische Erfahrungen ein.
- Welchen Platz haben die Verteidigung des Normalarbeitsverhältnisses und der Kampf um eine Verkürzung der Wochen- und Lebensarbeitszeit contra der Anerkennung unterschiedlicher Lebens- und Arbeitsentwürfe? Gewerkschafter gehen hier anders heran als die bereits zu »Mobilität« und »Flexibilität« »erzogene« Generation der Projekt-Intellektuellen und Jobber. Ist überhaupt die Verteidigung von Arbeit und Vollbeschäftigung mit einer eher neokeynesianischen Wirtschaftspolitik noch zeitgemäß oder muss nicht das auf Lohnarbeit fixierte System generell überwunden werden?
- Welche Rolle sollen ausländische Arbeitnehmer und Immigranten in der Gesellschaft spielen, wo sind Ansprüche an Integration und Assimilation zu stellen und wo gibt es Konkurrenzsituationen?
- Wie kann eine Politik der Gleichstellung von Mann und Frau heute aussehen und welchen Platz nimmt der Feminismus in der Linken ein? West und Ost erlebten das unterschiedlich.
- Ist eine entmilitarisierte Außenpolitik anzustreben oder sind doch unter bestimmten Umständen nicht nur friedenssichernde, sondern auch friedenserzwingende Einsätze, unter welcher politischen Oberhoheit auch immer, notwendig? Wie ernst ist Pazifismus gemeint?
- Wie aktuell ist alternative Energie oder kann auch Atomenergie ökologisch sein?
- Und nicht zuletzt ist das Parteiverständnis theoretisch und vor allem praktisch umstritten. Wird eine straffe, zentralistisch organisierte Partei, in denen die Gliederungen der Führung (etwa im Streit um das Zusammengehen der WASG-Landesverbände mit ungeliebten

PDS-Landesverbänden) sich unterordnen, gewünscht? Oder eine Partei, in der die einzelnen Verbände und Mitglieder sich frei entscheiden, auch gegen die Beschlusslage, und in allen Abstufungen zwischen Minderheitenschutz und Basisvorherrschaft.

Wohlgermerkt, was oft als Streit zwischen L.PDS und WASG deklariert wird, ist vor allem auch ein Streit in den jeweiligen eigenen Reihen. Und unter PDSlern ist die Position gar nicht so selten, dass die WASG etwa in der Frage der Regierungsbeteiligung Härte zeigen sollte, weil dieses Thema in der PDS schon lange unter den Teppich gekehrt wurde.

Neue Linke und alte Geschichte(n)

Obwohl ein genauerer Blick auf den Alltag linker Politik vermuten lässt, dass das Ringen um eine gemeinsame Partei und das Festmachen an der Frage der Regierungsbeteiligung als Juniorpartner der SPD etwas mit geschichtlichem Selbstverständnis und Erfahrung zu tun haben könnte, spielt der Streit um Geschichte bislang kaum eine Rolle. Er entbrannte 2006 auch eher in der PDS an Problemen der Geschichtspolitik und des Umgangs mit der MfS-Problematik⁹ bzw. mit der Politik Kubas¹⁰ als an einer Gesamtwertung des gewesenen Staatssozialismus.

Immerhin wird, etwa von der WASG-Newsletter-Redaktion, eingestanden, dass neben den organisatorischen und Rechtsfragen der Parteibildung auch »insbesondere die Klärung der Fragen und Problemkreise wie das Verhältnis von parlamentarischer Arbeit und außerparlamentarischer Bewegung, was heute ›Links‹ und ›Demokratischer Sozialismus‹ bedeutet sowie unsere grundsätzliche Haltung zu Regierungsbeteiligungen und den praktischen Erfahrungen und Ergebnissen« erforderlich sei. »Dazu gehört ebenso die Aufarbeitung der Geschichte des ›realen Sozialismus‹ in der DDR und der Linken in der Alt-Bundesrepublik, wie die Klärung unseres Verhältnisses zu anderen sich ›links‹ definierenden Strömungen u. a. m.«¹¹ Die L.PDS tendiert in ihrer aktu-

9 Siehe den warenhausartigen Beschluß des L.PDS-Vorstandes zu Geschichtsarbeit, Umgang mit MfS-Biografien und Rentenstrafrecht: Zum weiteren Umgang mit der Geschichte. Beschluss des Parteivorstandes vom 12. Juni 2006. In: Pressedienst. H. 24/09. S. 5.

10 Siehe stellvertretend die dezidierte Position bei Michael Brie: Was hätte Rosa gesagt? In: Utopie kreativ. Berlin. H. 189–190 (2006). S. 710–720.

11 WASG Newsletter: EXTRA-Ausgabe vom 22. November 2005. Fürth 2005. S. 3.

ellen Beschlusslage wieder dazu, das Hauptaugenmerk eher auf die eigene Geschichte zu richten, die als problematischer gesehen wird als die ebenfalls benannte Geschichte der Linken im Westen.¹²

Solch ausgewogenes Herangehen bestimmt keineswegs immer das Vorgehen und die sonst eher distanzierte Haltung zur Geschichte, in der allein das Ablehnen des Stalinismus – durch die PDS – thematisiert wird und so auch Eingang in die »Programmatischen Eckpunkte«¹³ gefunden hat. Das resultiert sicher aus der in der Bundesrepublik heute massiv erfolgenden Enthistorisierung politischen Denkens. Das schließt eine instrumentalisierte NS- und Kriegsnostalgie keineswegs aus. Es dominiert aber das Totalitarismusverdikt für alle Diktaturen von den Nazis bis zur DDR. Auch manche Linke sind dafür anfällig geworden. Joachim Bischoff u. a. ist nur zuzustimmen: »Wiederaneignung der Politik ist nur möglich bei einer Überwindung der Geschichtsvergessenheit, wie sie allen Versionen des Neoliberalismus eigen ist. Eine gemeinsame politische Formation der demokratischen Linken eröffnet eben auch das Terrain der Geschichtsinterpretation neu.« Sie »hat nur Zukunft, wenn sie sich beständig all ihrer historischen Wurzeln versichert. Dazu gehört eben auch eine Auseinandersetzung mit der Phase staatssozialistischer Gesellschaften – mit der wirksamen politischen Opposition im Realsozialismus und den Versuchen, gegen die Verkrustungen des Stalinismus im System der damaligen DDR anzugehen.«¹⁴

Aber neoliberaler Zeitgeist hat ebenso wie linke Selbstzerknirschung nach den Erfahrungen mit Stalinismus, Maoismus und generell dem Zusammenbruch des Realsozialismus zu einer massiven, ahistorischen Negativwertung der eigenen Vergangenheit geführt. Die Suche nach historischen Ursachen und Rahmenbedingungen, aber *auch* nach den historischen Leistungen¹⁵ – so dies nicht zu apologetischer Selbstentschuldung verkommt – ist Ausnahme geblieben. Die Erinnerung an die

12 Siehe: Zum weiteren Umgang mit der Geschichte.

13 Siehe Programmatische Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland. Diskussionsgrundlage der gemeinsamen Programmkommission von Linkspartei.PDS und WASG. Berlin Februar 2006. S. 2.

14 Joachim Bischoff / Murat Cakir / Thomas Händel / Björn Radke: Alltagsbewusstsein, gesellschaftliches Klima und die Strategie der WASG. Homepage der WASG. <http://www.w-asg.de/1057.0.html> [18.03.2006].

15 Ich habe dies versucht in: Stefan Bollinger / Fritz Vilmar (Hrsg.): Die DDR war anders. Eine kritische Würdigung ihrer sozialkulturellen Einrichtungen. 2 Bde. Berlin 2002.; Stefan Bollinger: Zivilisatorische Leistungen des Sozialismus? Skizzen zu Lasten und Traditionen. Pankower Vorträge. H. 74. Berlin 2005.

Klassenkämpfe der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, an die Auseinandersetzungen um Krieg und Frieden, gegen Frauen-diskriminierung, Chauvinismus und Rassismus ist fast dem Vergessen anheim gefallen. Das betrifft mittlerweile ebenso jene neuen sozialen Bewegungen, die mit dem Jahr 1968 wie dem Ringen für lebenswerte Umwelt, gegen Atomkraft und für Frauenemanzipation verbunden waren. Bestenfalls werden letztere noch aus biografischen Gründen hoch gehalten, obschon das Scheitern und Versagen der Politiker, die den »langen Marsch durch die Institutionen« antraten und neoliberal verendeten, nicht zu übersehen ist.

Bei der PDS, die lange nach historischen Verirrungen wie Wurzeln gesucht hat, ist diese Rückbesinnung heute nach seiner Verflachung auf der Politikerebene durch Entschuldigungsrituale und an der Basis durch ein abgestumpftes Abfinden mit der kritischen offiziellen Sicht und dem Bewahren einer eigenen Geschichtsposition eher erledigt. Das schließt das Streiten kritischer PDS-naher Historiker, der Landesstiftungen und der Geschichtspublizistik im Umfeld der RLS gegen Verharmlosung und Rechtfertigung antiemanzipatorischer und repressiver Politik im missbrauchten Namen des Sozialismus nicht aus. Solche Auseinandersetzungen finden dann gelegentlich Eingang in die Leserbrief- oder Diskussionsspalten des »Neuen Deutschland«, auch wenn sie unterschwellig in nicht wenigen Basisorganisationen vorhanden. Bis zum heutigen Tag ist sich die PDS-Mitgliedschaft und ihr Sympathisantenumfeld nicht in ihrer Ablehnung des Stalinismus als eines grundsätzlichen Konstruktionsprinzips eines undemokratischen administrativ-zentralistischen Sozialismus einig. Bestenfalls akzeptiert die Gesamtheit der Mitgliedschaft die Ablehnung der Säuberungen und Verbrechen des Hochstalinismus in den späten 1930er Jahren und die entsprechenden Erscheinungen in den osteuropäischen KPn.¹⁶ Und das

16 Ausgelöst hatte diesen erneuten Streit eine Erklärung der Historischen Kommission der Partei: Zur Stalinismus-Debatte. 50 Jahre nach dem XX. Parteitag der KPdSU. Erklärung der Historischen Kommission beim Parteivorstand der Linkspartei.PDS. In: Pressedienst. H. 07/2006. Dazu kontrovers contra: Jürgen Schuster: DDR und »Stalinismus«. Notiz zu einer Erklärung der Historischen Kommission der PDS. In: »Neues Deutschland« vom 13./14. Mai 2006, S. 21 und pro: Karl-Heinz Gräfe: Es kommt auf die Definition an. Eine Linie – von Lenin über Stalin, Mao, Ulbricht und Pol Pot? Streitfrage: Was ist unter Stalinismus zu verstehen? In: »Neues Deutschland« vom 4. August 2006. S. 14.

in einer Partei, die sich seit Dezember 1989 mit ihrem Gründungskonsens¹⁷ einer antistalinistischen Politik verpflichtet fühlt.

Natürlich kann der Prozess der Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte trotzdem insgesamt und in der Positionierung der Gremien und Parteitage sowieso mit einigem Recht positiv bewertet werden und Selbstbewusstsein gegenüber potentiell neuen Genossen demonstriert werden: Als »inhaltliche und personelle Erneuerung einer erstarrten, historisch geschlagenen Staatspartei zu einer (bundesweiten) modernen demokratisch sozialistischen Partei und gleichzeitig ... (als) die Vertretung von Interessen vielfach benachteiligter und stigmatisierter ostdeutscher Bürgerinnen und Bürger. Dieser historisch doch recht anspruchsvolle und schmerzhafteste Prozess kann ... als *erstaunliche Erfolgsgeschichte* gewertet werden. Der größte Teil der westdeutschen Linken verhielt sich dazu weitgehend ignorant bis arrogant. Heute ist es müßig darüber zu klagen, zu vermuten ist aber, dass die *WASG sich jetzt in einem Stadium der Selbstfindung befindet, der weit hinter dem der Linkspartei.PDS liegt* und gleichzeitig das Verständnis für die Geschichte der PDS, ihre Wahlerfolge im Osten und ihre ostdeutsch geprägte politische Kultur nur mäßig entwickelt ist.«¹⁸ Dafür ist der Partner gelegentlich auch angesichts des »komplexe(n) geschichtliche(n) Erbe(s)« der PDS nicht zimperlich. Immerhin: »Wir können und wollen nicht über jedes Parteimitglied einen historisch-ideologischen Gesinnungs-TÜV veranstalten.«¹⁹

Eine Studie zur Westausdehnung der PDS nennt Vorbehalte ihr gegenüber. Es dominiert, »daß die ›*Tradition der PDS als Ostpartei, als*

17 Siehe Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System. Referat »Zur Krise in der Gesellschaft und zu ihren Ursachen, zur Verantwortung der SED«. Referent: Michael Schumann. In: Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. In: Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Partei des Demokratischen Sozialismus. 8./9. und 16./17. Dezember 1989. Materialien. Berlin 1990. S. 47. Siehe auch Lothar Bisky / Jochen Czerny / Herbert Mayer / Michael Schumann (Hrsg.): Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis. Eine politisch-historische Debatte. Berlin 1996.

18 Die Diskussion zur Vereinigung von WASG und Linkspartei.PDS – Aus der Sicht des Berliner »Sonderfalls«. Diskussionspapier der Mitglieder des Landesvorstandes der Linkspartei.PDS-Berlin, Stefan Liebich, Halina Wawzyniak, Carsten Schatz und Udo Wolf zur möglichen Vereinigung von WASG und Linkspartei.PDS aus unserer Sicht. In: forum demokratischer sozialismus Newsletter. Berlin (im weiteren: fds) vom 13.09.2005. S. 3. (Hervorhebung – St. B.)

19 Joachim Bischoff / Murat Cakir / Thomas Händel / Björn Radke: Alltagsbewusstsein, gesellschaftliches Klima und die Strategie der WASG.

Nachfolgepartei der SED, unser Ruf, zu unkritisch gegenüber der eigenen Geschichte zu sein«, nicht vollständig überwunden ist. Es gibt viele linke Menschen, denen diese Grundfrage, das Verhältnis zum Stalinismus, entscheidend für ihr Engagement ist. Sie betrachten die Pflege der Traditionskompanien in der PDS mit Unbehagen. Und es ist *insgesamt die Diskreditierung des »realen Sozialismus«*.²⁰

Insofern machen es sich die Eckpunktschreiber einfach, wenn sie Ecken meinen glätten zu müssen und sich dem Heute und Morgen zuwenden und träumen: »Die Grundlagen für alte Spaltungen innerhalb der Linken sind entfallen, selbst wenn dies noch nicht überall akzeptiert ist.« Berechtigt reklamieren sie die »Ziele und Traditionen der ... linken, demokratischen und sozialistischen Bewegungen« für sich. Sie wollen »sich kritisch und solidarisch mit der Geschichte der Linken in der DDR und der BRD auseinander ... setzen«. Sie bekräftigen als Lehre den »Respekt vor Andersdenkenden ... (als) die Voraussetzung von Befreiung« und lehnen Diktatur wie Stalinismus ab. Es gehe um eine breite Sammlungsbewegung, die alle linken, emanzipatorischen Traditionen positiv vereint, um »eine linke Partei (zu) bilden, wie es sie in Deutschland seit 1914 nicht gegeben hat – Linke einigend, für Freiheit und Gleichheit stehend, konsequent für Frieden kämpfend, demokratisch und sozial, offen und plural, Streitbar und tolerant.«²¹

Allerdings, hier fängt es schon an mit dem geschichtlichen Selbstverständnis und der Kenntnis der eigenen Geschichte. Welche Linkspartei hatte man denn damals – eine Partei, die in der ersten großen Krise nach der zusammenschweißenden Bedrohung der Sozialistengesetze bis 1890 vor dem imperialistischen Weltkrieg versagte. Und es wurde ein Krieg, der als Katalysator Entwicklungen und Entscheidungen beschleunigte. Nicht nur die deutsche Sozialdemokratie hatte versagt, weil die heilige Parteieinheit widersprüchlich war, weil Bebel und Kautsky den Laden bis 1914 zwar zusammenhielten, aber nicht nach dem Preis fragten. Es war eine Partei, die Sozialismus, die Revolution wollte, aber nicht den Pulverdampf, die zufrieden war, dass Engels einen friedlichen Weg aufzeigte, einen zwar radikalen, aber gemäßigten Bruch. Es könnte so schön sein: »Wir, die »Revolutionäre«, die »Um-

20 Meinhard Meuche-Mäker: Die PDS und der Westen – Probleme und Perspektiven der PDS in den westdeutschen Bundesländern. Analyse und Schlußfolgerungen. Studie im Auftrag der Rosa Luxemburg Stiftung. Berlin 2005. S. 61.

21 Programmatische Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland. S. 2.

stürzler«, wir gedeihen weit besser bei den gesetzlichen Mitteln als bei den ungesetzlichen und dem Umsturz.«²²

Kautsky träumte von einem bescheidenen Neuanfang, von einem Ultraimperialismus, auch Hilferding sah mehr den Sozialismus aus den neuen Strukturen herauschauen als die Problematik des harten Kampfes.²³ Die Hauptprotagonisten des Flügelstreits in der SPD hatten schon um die Jahrhundertwende weit klarer die Konfliktfelder erkannt, an denen sich die Linke dann 1914 und in der Folge entzweien musste. Bernstein wie Luxemburg verkörperten deutlich die Alternativen. Der Revisionismusstreit war vielleicht nicht zufällig ein Vorentscheid, der Flügel und Wege trennen sollte und die Spaltung vorwegnahm. Rosa Luxemburg sah schon 1899 hellsichtig: »Die Vereinigung der großen Volksmasse mit einem über die ganze bestehende Ordnung hinausgehenden Ziele, des alltäglichen Kampfes mit der großen Weltreform, das ist das große Problem der sozialdemokratischen Bewegung, die sich auch folgerichtig auf dem ganzen Entwicklungsgange zwischen den beiden Klippen: zwischen dem Aufgeben des Massencharakters und dem Aufgeben des Endziels, zwischen dem Rückfall in die Sekte und dem Umfall in die bürgerliche Reformbewegung, zwischen Anarchismus und Opportunismus vorwärts arbeiten muß.«²⁴

Übrigens ist dieses Jahr 1899 ein gar nicht so fernes Menetekel, denn damals trat erstmals ein Sozialist in eine bürgerliche Regierung ein. Eric Hobsbawm erinnert: »Die Millerandkrise zwang die neuen Arbeiterparteien zum ersten Mal zur Untersuchung ihrer Beziehung zum System, in dem sie ihre Tätigkeit ausübten. Offensichtlich stand eine solche Untersuchung auf der Tagesordnung. Im gleichen Jahr ... veröffentlichte Eduard Bernstein sein Manifest des Revisionismus ..., das zur erbitterten internationalen Diskussion über seine Thesen führte. Wir leben auch heute wieder in einem ähnlichen historischen Augenblick, allerdings nicht unter dem optimistischen Vorzeichen der Arbeiterbewegung des alten fin-de-siècle, sondern unter dem pessimistischen des heutigen.«²⁵

22 Friedrich Engels: Einleitung zu »Die Klassenkämpfe in Frankreich«. In: MEW. Bd. 22. S. 525.

23 Vgl. Stefan Bollinger: Imperialismustheorien. Historische Grundlagen für eine aktuelle Kritik. Wien 2004.

24 Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution? In: Werke. Bd. I/1. Berlin 1979. S. 443.

25 Eric Hobsbawm: Das Jahrhundert der Arbeiterbewegung. In: Utopie kreativ. Berlin. H. 109/110. S. 9f.

Wollen wir zurück zur SPD von 1914, zumal, wenn der Übevater Bebel sie schon nicht mehr integrierte? Haben wir vergessen, dass die straff geführte zentralistische Partei mit bürokratischen Auswüchsen keineswegs eine Erfindung Lenins war, sondern ihr Urbild in der deutschen Vor-Weltkriegs-Sozialdemokratie fand?²⁶ Oder ist jene Konfrontation von Revolution und Reform, vielleicht richtiger die zwischen konsequentem und vielgestaltigem Kampf für den Sozialismus einerseits und einer Politik der Anpassung an den Kapitalismus ohne Bruch mit Ausbeutung und deren sozialökonomischen Grundlagen andererseits ist, nicht doch eine, die Zeiten und Irrwege überdauert? Die Geschichte hat nicht entschieden, welcher Weg der richtigere war, sie mahnt nur, dass der Bruderkampf beide Flügel schwächte. 1933 fielen Sozialdemokraten wie Kommunisten den Nazis zum Opfer.

Von einer gescheiterten Vereinigung

Wir hätten 2006 feierlich den 60. Jahrestag der Vereinigung KPD und SPD begehen können. Vom Anspruch her, mit dem die SED 1946 antrat kein Problem. Denn: Sie wollte als »*wahrhaft nationale Partei des deutschen Volkes ... der Gegenwart und der Zukunft Deutschlands*« dienen. Sie deklarierte sich als »*unabhängige Partei, die ihre Wurzeln tief im schaffenden deutschen Volk geschlagen hat, sich von allen fremden Einflüssen frei hält und das Wohlergehen des eigenen Volkes zum höchsten Gesetz gemacht hat*«. Nationale Einheit, Demokratie und Frieden wurden aufs Panier gehoben und versprochen, beim »*Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Republik nicht stehen(zu)bleiben ... Ziel ist die sozialistische Gesellschaftsordnung, die alle Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufhebt, den Klassengegensatz zwischen Armut und Reichtum beseitigt, den Frieden endgültig sichert und eine voll entfaltete Demokratie herbeiführt.*«²⁷

Dass dies mit der praktischen Politik des großen Verbündeten der kleineren Linken in Deutschland und vor allem in der SBZ schwierig sein würde, dass die repressiven Züge des sowjetischen Stalinismus

26 Idealtypisch schon 1907 analysiert bei Robert Michels: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens. 4. Aufl. Stuttgart 1989.

27 Manifest an das deutsche Volk (angenommen auf dem Vereinigungsparteitag von KPD und SPD, 21. April 1946 in Berlin). In: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. 1. Berlin 1948. S. 26f.

dem entgegenstanden, hatten vor allem Teile der Sozialdemokratie erkannt. Zugleich hatten sie unter dem Schutz der westlichen Besatzungsmächte die Aussicht, sich dem zu entziehen, aber auch darauf zu verzichten, Alternativen anzustreben. Und sie standen unter dem Zwang der Westalliierten, sich nicht mit den Kommunisten einzulassen. Sie deklarierten zwar, wie Kurt Schumacher, bereits im Sommer 1945 »das Ziel: Sozialismus und Demokratie!« Sie wollten gegen die zu zerbrechende »finanzkapitalistische, imperialistische und militärische Linie« positiv die »Änderung der ökonomischen und gesellschaftspsychologischen Voraussetzungen der deutschen Politik« stellen: Den »Sozialismus und völlig mit ihm zusammengewachsen die Demokratie ... Ein auf diktatorischem Wege erkämpfter und behaupteter ›Sozialismus‹ ist kein Sozialismus, sondern bestenfalls Staatskapitalismus oder irgendeine andere überindividualistische Wirtschaftsform.«²⁸ Schon zu diesem Zeitpunkt sahen sie in der KPD keinen verlässlichen Partner, weil diese »unlösbar an eine einzige der Siegermächte, und zwar an Rußland als nationalen und imperialistischen Staat und an seine außenpolitischen Ziele gebunden«²⁹ sei und zugleich immer noch die Wunde des Vorwurfs des »Sozialfaschismus«³⁰ schmerzte.

Nur konsequent, dass bereits zu diesem Zeitpunkt die KPD mit ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945³¹ links überholt wurde und jene vorsichtigerere Strategie für eine antifaschistisch-demokratische, letztlich bürgerlich-demokratische Umwälzung als »trojanisches Pferd« erkannt wurde. »Das Ganze geht darum an den deutschen Gegebenheiten so völlig vorbei, weil es eine schablonenmäßige Übertragung der ›Neuen Ökonomischen Politik‹, der ›Nep‹ im Rußland in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre ist, als dort das Scheitern des ›Kriegskommunismus‹ offenbar geworden war. Daher die Forcierung des Privatkapitalismus,

28 Politische Richtlinien für die SPD in ihrem Verhältnis zu den anderen politischen Faktoren (25.08.1945). In: Willy Albrecht (Hrsg.): Kurt Schumacher: Reden – Schriften – Korrespondenzen 1945–1952. Berlin / Bonn 1985. S. 256–286, – dokumentiert in: Hans Georg Lehmann (Hrsg.): D-DOK. Deutschland-Dokumentation 1945–2004. Politik, Recht, Wirtschaft und Soziales (DVD). Bonn 2004 (Im weiteren: D-DOK.) Dok. S. 1.

29 Ebenda. Dok. S. 11.

30 Siehe ebenda. Dok. S. 13.

31 Siehe Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands, 11. Juni 1945. In: Dokumente zur Geschichte der SED. Bd. 2. 1945 bis 1971. Berlin 1986. S. 7–16.

daher der Sinn für politische ›Freiheit‹. Aber nach der ›Nep‹ ist in Rußland etwas anderes gekommen. Wir demokratischen Sozialisten aber wünschen weder die ›Nep‹ noch das andere, das dahinter gekommen ist.«³² Allerdings blieb der Sozialismus auch im Westen aus.

Eigentlich in Übereinstimmung mit diesen frühen, wie sich zeigen sollte, begründeten Befürchtungen aus der SPD hat sich seit dem Untergang der SED-geführten DDR eine dominante Sichtweise durchgesetzt: Die Zwangsvereinigung³³ der beiden Arbeiterparteien unter sowjetischen Bajonetten. Vergessen ist die aus der Niederlage 1933 an beider Basis vorherrschende Einsicht in das Gebot einer einigen sozialistischen Partei. Die Parteiführung der SPD um Otto Grotewohl ging, im Unterschied zu den West-Genossen, durchaus mit Unterstützung der Parteibasis in Verhandlungen für eine Einheitspartei. Im Dezember 1945 waren sie sich mit den Kommunisten im Osten Deutschlands einig: »Die während des ersten Weltkrieges offen zutage getretene Spaltung ist ... zum größten Verhängnis für die Arbeiterbewegung geworden. Die Spaltung im antifaschistischen Lager hat den Machtantritt des Faschismus ermöglicht. Getrennt wurden die verschiedenen Flügel der Arbeiterbewegung geschlagen; und gespalten ging sie in die Illegalität. Alle Opfer des Hitlererrors und alle Leiden und Schrecken des Hitlerkrieges wären umsonst gewesen, wenn nicht die Lehren aus der Vergangenheit gezogen und die Aktionseinheit aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte hergestellt worden wäre. Eine Fortdauer der Spaltung hätte unvermeidlich zur Folge gehabt, daß sich die passiven Kräfte des schaffenden Volkes in gegenseitigem Hader erschöpfen, statt auf die rasche Überwindung der Not, des Hungers und des Chaos gerichtet zu sein. Dann würde es keine Sicherung des Friedens, keine demokratische Erneuerung Deutschlands, keine Festigung der Volksrechte und Freiheiten geben. Die reaktionären Mächte würden von neuem triumphieren. Grau wäre die Gegenwart, und die Zukunft Deutschlands würde in

32 Politische Richtlinien für die SPD in ihrem Verhältnis zu den anderen politischen Faktoren (25.08.1945). In: D-Dok. Dok. S. 12.

33 Differenzierte Sichten finden sich z.B. bei Günter Benser: Zusammenschluß von KPD und SPD 1946. Erklärungsversuche jenseits von Jubel und Verdammnis. hefte zur ddr-geschichte. H. 27. Berlin 2006.; Andreas Malycha: Partei von Stalins Gnaden? Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs in den Jahren 1946 bis 1950. Berlin 1996; ders.: Auf dem Weg zur SED: die Sozialdemokratie und die Bildung einer Einheitspartei in den Ländern der SBZ – eine Quellenedition. Bonn 1996; ders.: Die SED: Geschichte ihrer Stalinisierung 1946–1953. Paderborn 2000.

einem tiefen Dunkel liegen.«³⁴ Wie wir auch wissen, war dieser Vereinigungsprozess nicht nur von Einsichten und Euphorie begleitet, sondern auch von Zwang und Druck. Der aufbrechende Kalte Krieg wirkte schon.

Konsequenterweise hatte Schumacher schon wenige Tage nach der Vereinigung und dem gescheiterten Widerstand nur noch Hohn und Verachtung für die »Zwangsvereinigung« übrig, die deutlich zeige, »daß die kommunistische Politik in Deutschland eine bewußt antidemokratische Politik« ist. Von seinen ehemaligen sozialdemokratischen Genossen, die in der neuen Partei mitmachten sprach er nur noch von »Überläufern« oder einer neuen »SA Reserve 2«.³⁵ Keineswegs nur keimhaft war in den Auseinandersetzungen um die Einheitspartei die Fortschreibung des Dauerkonflikts zwischen den unterschiedlichen Flügeln der Arbeiterbewegung vorgezeichnet.

SED in Krisen und Konflikten

Zu den Erfahrungen, die die PDS in den Vereinigungsprozess heute einbringt, gehört ihre (Vor)Geschichte als SED. Es ist eine Geschichte, die mit einer bitteren und langfristigen Niederlage endete, die aber durchaus reich an Ereignissen, Wendungen und Knotenpunkten, auch an Möglichkeiten der Umkehr und der Alternativen war. Erinnert seien neben den Chancen des Zusammengehens von Sozialdemokraten und Kommunisten 1946³⁶ vor allem an die Reformdiskussionen, die

-
- 34 Entschließung der gemeinsamen Konferenz des Zentralaussschusses der SPD und des Zentralkomitees der KPD über die Zusammenarbeit beider Parteien (»Sechziger-Konferenz«) vom 20. und 21. Dezember 1945 in Berlin. In: Gert Gruner / Manfred Wilke: Sozialdemokraten im Kampf um die Freiheit. Die Auseinandersetzungen zwischen SPD und KPD in Berlin 1945/46. Stenographische Niederschrift der Sechziger-Konferenz am 20./21. Dezember 1945. München 1981. S. 193–203, – dokumentiert in: D-DOK. Dok. S. 2.
- 35 Hauptreferat des SPD-Parteivorsitzenden (ab 10. Mai 1946) Schumacher auf dem ersten Nachkriegsparteitag der SPD in Hannover (9. bis 11. Mai 1946): Aufgaben und Ziele der deutschen Sozialdemokratie. In: Willy Albrecht (Hrsg.): Kurt Schumacher: Reden – Schriften – Korrespondenzen 1945–1952. Berlin / Bonn 1985. S. 387–418, – dokumentiert in: D-DOK. Dok. S. 5, 12, 15.
- 36 Siehe Benser, Günter: Zusammenschluss von KPD und SPD 1946. Erklärungsversuche jenseits von Jubel und Verdammnis. hefte zur ddr-geschichte. H. 27. Berlin 2006.; Helle Panke (Hrsg.): Eine Partei zwischen Lehren der Geschichte und Zwang. SED-Gründung vor 60 Jahren. hefte zur ddr-geschichte. H. 101. Berlin 2006.

es 1956³⁷ gab. Hervorzuheben sind die Möglichkeiten, die sich aus dem Reformansatz des NÖS in den 1960er Jahren³⁸ ergaben. Schließlich ist daran zu erinnern, dass auch die finale Krise nicht zuletzt dank reformorientierter Kräfte in und neben der SED zumindest die geringe Chance einer demokratisch-sozialistischen Entwicklung beinhaltete.³⁹

Ein Kontinuum bestimmte allerdings stets die Geschichte der SED – ihren Weg begleiteten Konflikte und Krisen. Denn die waren immer zu meistern, und sie wurden meist so »gut«, so im Vorwärtsgehen gelöst, dass die eigenen, systeminternen Ursachen übersehen werden konnten. Die SED-Führung war sich fast immer sicher: »Natürlich machen wir auch Fehler. Aber sie können nicht allzu groß sein, weil unsere richtige Politik in den Hauptfragen – Friede, Einheit, Demokratie und Sozialismus – für entscheidende Fehler keinen Spielraum läßt und vor allem – wir korrigieren unsere Fehler schnell, weil wir sorgsam auf die Massen hören und von ihnen lernen.«⁴⁰ Nicht nur 12 Wochen nachdem es geschrieben wurde, 1953, erwies sich dies als Trugschluss. Die Geschichte der »erfolgreichen« Krisenlösungen ist die eines untauglichen bzw. fehlenden Krisenregulationsmechanismus⁴¹, der in der finalen Krise versagen konnte – und dies dann auch 1988/89 tat, als der ganze Ostblock vor unlösbaren Problemen stand. Im administrativ-zentralistischen, stalinistischen Sozialismusmodell konnte es keine Lösung geben, nur im Sprengen dieses Modells – mit den bekannten Risiken.

37 Siehe neuerdings Siegfried Prokop: 1956 – DDR am Scheideweg. Opposition und neue Konzepte der Intelligenz. Berlin 2006.

38 Siehe u. a. Stefan Bollinger: Die DDR kann nicht über Stalins Schatten springen. Reformen im Kalten Krieg – SED zwischen NÖS und Prager Frühling. hefte zur ddr-geschichte. H. 5. Berlin 1993; ders.: 1968 – Jahr der vertanen Chancen«. In: Utopie kreativ. Berlin. H. 94 (1998). S. 39–50; Jörg Roesler: Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform in der DDR zwischen 1963 und 1990. Freiburg / Berlin 1990; ders.: Neues Denken und Handeln im Neuen Ökonomischen System (NÖS). In: Hans-Christoph Rauh / Peter Ruben (Hrsg.): Denkversuche. DDR-Philosophie in den 60er Jahren. Berlin 2005. S. 7–18.

39 Eine komplexe Sicht siehe Stefan Bollinger: (Hrsg.): Das letzte Jahr der DDR. Zwischen Revolution und Selbstaufgabe. Berlin 2004; siehe auch ders.: 1989 – eine abgebrochene Revolution. Verbaute Wege nicht nur zu einer besseren DDR? Berlin 1999.

40 Offener Brief des Zentralkomitees [der SED] an die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (15.03.1953). In: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. IV. Berlin 1954. S. 302.

41 Siehe Stefan Bollinger: Konflikte, Krisen und politische Stabilität in der DDR – Gedanken zur historischen Unfähigkeit eines realsozialistischen Krisenmanagements. hefte zur ddr-geschichte. H. 30. Berlin 1996.

Dabei ist das Datum egal, der Widerspruch aber derjenige, der auf Dauer als Frage nach einer »3. Revolution«, einer demokratisch-sozialistischen Revolution⁴² die Geschichte des Realsozialismus spätestens seit Kronstadt 1921 durchzog: Wieviel Demokratie kann sich dieses System leisten, wieviel Diskussion und wie wenig Zentralismus und Machtmonopol und Wahrheitsmonopol? Diese Frage »entschied« eigentlich schon der X. Parteitag, allerdings der der KPR (B), mit seinem Fraktionsverbot 1921. Die damalige zeitweilige Entscheidung Lenins, auch von seinen Genossen und partiellen Kontrahenten wie Trotzki mitgetragen, wurde zum Endpunkt der innerparteilichen wie der realsozialistischen Demokratie. »Niemand und nichts kann uns zu Fall bringen außer unseren eigenen Fehler.«⁴³

Die Krisenbewältigung war immer »erfolgreich«. Die Ursachen waren natürlich verschieden, massive Fehlentscheidungen und Fehler oder Fehlwahrnehmungen von Bedrohungen durch die SED-Führung oder die Führer im Kreml (typisch 1952/53) oder auch nur Konsequenzen aus der globalen Systemauseinandersetzung oder Brüche der weltwirtschaftlichen Entwicklung oder ein Knäuel unterschiedlicher Widersprüche. Zeitweilige Lösungen wurden gefunden und das Machtsystem versagte erst 1989 endgültig. Aber diese Lösungen untergruben mehr und mehr die Basis der Macht, die Unterstützung durch wichtige Teile der Gesellschaft, verdrängten den utopischen, visionären Gehalt des Sozialismus.

Ich habe eingangs darauf verwiesen, dass im Zuge des aktuellen Parteibildungsprozesses Geschichtsfragen keineswegs gleichgewichtig in Ost und West, von Ex-Kommunisten und Ex-Sozialdemokraten (hier nur im Sinne der Parteizugehörigkeit, nicht des eigenen Selbstverständnisses so bezeichnet) Gegenstand sind. In der PDS konnte in den letzten 16 Jahren viel gelernt werden. Ausgeteilt gegen »opportunistische« und »revisionistische« Sozialdemokraten hat die radikale Linke schon immer gern und viel, gerecht wie ungerecht.

Trotzdem gilt auch für unseren Kontext: Eigentlich müsste gegen die SED-Geschichte die der anderen linken Partei, der SPD, gelegt werden. Denn sie hatte ähnlich ihre Krisen und Herausforderungen und musste sich immer wieder neu entscheiden. Das betrifft nach dem Krieg

42 Siehe ausführlicher Stefan Bollinger: 1989 – eine abgebrochene Revolution. Verbaute Wege nicht nur zu einer besseren DDR? Berlin 1999. 1. Kap.

43 Wladimir Iljitsch Lenin: II. Gesamtrossischer Verbandstag der Bergarbeiter. Referat über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften in der Sitzung der kommunistischen Fraktion des Verbandstages. In: Werke. Bd. 32. Berlin 1973. S. 44.

die Abgrenzung zur KPD und die Parteinahme gegen Moskau, den Streit um die westdeutsche Wiederbewaffnung, das Godesberger Programm von 1959 mit dem Bekenntnis zu Kapitalismus und Westbindung, 1966/68 das Festlegen auf die parlamentarische Demokratie, die auch Notstandsgesetze brauchte, 1968/74 das »mehr Demokratie wagen« ebenso wie die Berufsverbote, die 1989/90 das Ausschlagen der Chance zur Reorganisation der deutschen Linken und ab 1999 der Weg in den Neoliberalismus.

Vielleicht ist es so, dass heute im Parteibildungsprozess für eine neue linke Partei in Deutschland die Geschichte kaum ein Streitthema ist, weil die Funktionäre beider Parteien ahnen, wenn sie zu tief in die Geschichte buddeln, dann würden sie alten Streit finden. Sie würden Millerand, Bebel, Ebert, aber auch Luxemburg, Levi und Thälmann u. v. a. zu Tage fördern, würden sich an die Gründe der Spaltungen 1914 und 1945/46 ebenso erinnern wie an die Grabenkämpfe von 1968/69 in Ost wie West und von Ost gegen West und umgekehrt. Sie würden merken, dass beide Wege bitter gescheitert⁴⁴ sind, und auch manch anderer von kleinen Parteien, Gruppen, Sekten und Diskussionszirkeln. Respekt vor den Biographien und Irrtümer, vor den Hoffnungen und den kleinen wie großen Feigheiten bleibt - offensichtlich kein Privileg nur für alte SED-Genossen.

Wir leben immer noch in der besonderen Situation des Erbes von über 90 Jahren Schisma, der fehlenden Verarbeitung dieses Schisma und des Übersehens, dass seine Ursachen bis heute bestehen, was nur teilweise in der alten Streitfrage Revolution oder Reform zu beantworten ist, mehr in der Frage der Tiefe des historischen Schnitts, den man will, den Trägern und dem Suchen der Verbündeten. Diese Scheiterungserklärung bedeutet nicht, dass es nicht eine sich neu verstehende Parteiformation mit neuen Leuten geben wird. Aber der Streit, den heute die WASG zerreißt, zumindest dort, wo es brennt, in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, ist eigentlich ein Streit, den die PDS schon lange zerreißen müsste. Ja, wenn sich nicht die Mitgliedschaft zurückgelehnt hätte, dankbar, dass es Genossen gab, die den Laden weiterführten, den Platz in der Gesellschaft sicherten, Verfolgung abwendeten und die Beruhigung eines Mitwirkens an Veränderung im sozialistischen Sinne bieten würden

44 Siehe z. B. Fritz Vilmar: Aufstieg und Zusammenbruch des Sozialismus im 20. Jahrhundert. In: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Berlin. H. 2005/III. S. 171–187.

Eigentlich müssten alle auf die Schulbank und genau die Marxsche Entfremdungs- oder Fetischismustheorie studieren, um zu begreifen, wie tief alle Akteure eines Systems in dieses System gleich einem »Spinnennetz«⁴⁵ versunken, eingebunden, angekommen sind, und es nur noch in ihren utopischen Träumen verlassen – oder wie Lenin – den Bruch suchten und praktizierten. John Holloway hat dies, trotz seiner Skepsis zu Machtfragen, treffend für linke Theorieproduktion und politische Tätigkeit beschrieben: »Die kapitalistische Macht ist wie eine Rakete, die in die Luft aufsteigt und in eine Vielzahl farbiger Leuchtkugeln explodiert. Ein Großteil postmoderner (oder sogar bürgerlicher Theorie im Allgemeinen) stellt die Leuchtkugeln oder die Kugelsplitter in den Mittelpunkt, ohne die Flugbahn der Rakete oder der Kugel zu sehen. Wenn andererseits die Ursprungsbewegung der Kugel oder der Rakete in den Mittelpunkt gestellt und die Fragmente als etwas Äußerliches (Nicht-Klassenkampf) aufgefasst werden, dann ist dies eine grobe Skizze, die weder politisch hilfreich noch theoretisch überzeugend ist.«⁴⁶

Unser Problem bleibt, dass weder PDS noch WASG noch andere ihre Geschichte im Sinne eines emanzipatorischen Neuansatzes auf den Schultern der historischen Erfahrungen, aber auch unter ihrer unent-rinnbaren Last aufgearbeitet haben. Da ist es unbefriedigend, wenn man, wie der WASG-nahe Bernd Hüttner, aus dieser Not eine pluralistische Tugend macht. »Jede politische Strömung hat ihre eigene Geschichtsauffassung, ihre eigene politische und historische Großerzählung. Es kann nun nicht darum gehen, eine vereinheitlichte Sichtweise durchzusetzen. Da diese Unterschiedlichkeiten aber nicht aufhebbar sind, ist es realistischer und klüger, sie zu erkennen, sie zu akzeptieren, ja sie sogar als Stärke anzusehen und zu kommunizieren. Dies bedeutet konkret, anzuerkennen, dass Vorstellungen von Fortschritt oder Emanzipation unterschiedlich sind.«⁴⁷ Es geht keineswegs um eine nivellierte Einheitsgeschichte dogmatischer Verbindlichkeit. Aber die Linke hat zumindest eine Zwillingsgeschichte geerbt, in der Parteimitglieder und Linksintellektuelle unterschiedliche Antworten auf gleiche Fragen suchten und fanden, egal, ob sie stimmten.

45 Siehe den entsprechenden Ansatz bei John Holloway: Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen. Münster 2002. S. 15, 72f.

46 Ebenda. S. 72.

47 Bernd Hüttner: Linke Geschichte – getrennte Geschichte. In: »Neuses Deutschland« vom 24. November 2005. S. 5.

Die Kennlichkeit einer Partei

Die Vereinigungsprozesse in der Geschichte der deutschen Linken waren eigentlich von einem Problem nicht belastet, der politischen Ausrichtung ihrer neuen Formation. Sicher, es gab ob des Zusammengehens unterschiedlicher Voraussetzungen und Personals immer Phasen eines längeren Ringens um eine gemeinsame Zielrichtung, seien es 1875 die Eisenacher und die Lassallianer, 1920 die Genossen von KPD und der Mehrheit der USPD oder eben 1946 Kommunisten und Sozialdemokraten. Einig waren sie sich im Ziel ihrer Partei, so wie es auch 1946 in den »Grundsätzen und Zielen der SED« formuliert wurde: »Mit der Verwirklichung der Gegenwartsforderungen ist jedoch das System der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung nicht beseitigt und die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise nicht aufgehoben, der Frieden nicht endgültig gesichert.

Das Ziel der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ist die Befreiung von jeder Ausbeutung und Unterdrückung, von Wirtschaftskrisen, Armut, Arbeitslosigkeit und imperialistischer Kriegsdrohung. Dieses Ziel, die Lösung der nationalen und sozialen Lebensfragen unseres Volkes, kann nur durch den Sozialismus erreicht werden.«⁴⁸ Umstritten war »lediglich« der Weg dorthin, hier allerdings waren die Auseinandersetzungen in aller Regel rigide und führten unabhängig von den zahlenmäßigen Verhältnissen in der VKPD oder später in der SED zur Dominanz der stalinistischen Linie eines machtfixierten und undemokratischen Weges zum Sozialismus, bzw. dem, was in einem um Demokratie amputierten Sozialismus übrigbleiben konnte. Im Ergebnis dieser Auseinandersetzungen hatten die betreffenden Parteien dann tatsächlich ein geschärftes Profil, verloren aber seit den 1920er Jahren auch die Chance, mit den unterschiedlichen Erfahrungshaushalten der in ihnen vereinten Mitglieder ein größeres Spektrum an Entscheidungsmöglichkeiten auszunutzen.

Heute stellen wir in der aktuellen Debatte fest, dass der demokratische Weg für gesellschaftliche Veränderungen nach den Erfahrungen mit dem Realsozialismus sicher am wenigsten strittig ist. Probleme zeigen sich allerdings in damit zusammenhängenden Fragen, die für Linke und Antikapitalisten vielleicht gar nicht so strittig sein müssten, die aber vor dem Hintergrund der historischen wie der aktuellen Erfahrungen

48 Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (21. April 1946). In: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. 1. S. 8.

jede für sich Gründe für Konflikte und neue Spaltungen beinhalten. Ulrich Maurer, Bundestagsabgeordneter der WASG und erfahrener einstiger SPD-Funktionär, hat drastisch das Problem verdeutlicht: Eigentlich gehen in der Fusion nicht zwei wirkliche Parteien aufeinander zu. Denn »wirkliche Parteien sind parteiisch: Das heißt, sie haben einen gemeinsamen Willen, ein Mindestmaß an gemeinsamen inhaltlichen und strategischen Überzeugungen, eine Linie. Sie sind für das Volk berechenbar, und deshalb kann man ihnen vertrauen. Sie haben Flügel und streiten um den richtigen Weg. Aber ihre Mehrheitsbeschlüsse gelten für alle und werden verlässlich umgesetzt.«⁴⁹

Die werdende Partei beglückt sich und die Öffentlichkeit mit diversen Papieren und Aufrufen, eine Tugend, die schon die bisherige PDS wohl in guter Tradition gepflegt hat. Es gibt einen Hang zur Bildung von Strömungen, die für sich den Anspruch reklamieren, Linke mit einem jeweils präzisierenden und wohl auch konkurrierenden Attribut zu sein: antikapitalistische, emanzipatorische, sozialistische oder demokratisch-sozialistische Linke. Allerdings, sie agieren nicht wie einst als Fraktionen, sondern modern als Netzwerke. Doch sind sie weniger Initialzündler für breite Basisdiskussionen als das öffentliche Aufpflanzen von Bannern, von Warn- und Hinweisschildern, um in der neuen Partei Einfluss und Richtung gewährleistet zu bekommen. Und sie irritieren mehr als dass sie Sicherheit für die Verlässlichkeit der neuen Formation anbieten. Mag es den bürgerlichen Parteien, vielleicht auch der heute politisch verkommenen neoliberalen Sozialdemokratie gut zu Gesicht stehen, sich als Volksparteien zu geben, die vermeintlich konträren Flügel unter ihre Fittiche nehmen, so ist ein solches Charakteristikum für die radikalere Linke nicht unbedingt hilfreich, so wichtig es für die innerparteiliche Demokratie, den Pluralismus und die Suche nach besten Wegen sein könnte. Insofern scheint es auch fraglich zu sein, wenn im Gründungsaufruf für eine neue Linkspartei diese als »Sammlungsbeziehung«⁵⁰ gesehen wird, was den Parteicharakter wohl verwässert und Attac oder einen anderen außerparlamentarischen, überparteilichen Bewegung eher gut zu Gesicht stünde.

49 Ulrich Maurer: Partei oder Strömung? In: Ulrich Maurer / Hans Modrow (Hrsg.): Links oder lahm? Die neue Partei zwischen Auftrag und Anpassung. Berlin 2006. S. 18.

50 Siehe Lothar Bisky / Katja Kipping / Klaus Ernst / Felicitas Weck / Gregor Gysi / Oskar Lafontaine: Aufruf zur Gründung einer neuen Linken. In: fds vom 06.06.2006.

Die heute in L.PDS und WASG sich zu Wort meldenden Gruppierungen sind dabei in ihren jeweiligen Positionen weniger klar als zu hoffen wäre. Das hat mit einer bei vielen Parteifunktionäre und ihr nahen Intellektuellen vorherrschenden Unsicherheit in den neuen Verhältnissen zu tun. Horst Dietzel hat in einem Strategiepapier für die L.PDS an vielen Einzelfragen von Globalisierung über Massenarbeitslosigkeit bis zur Friedenssicherung deutlich gemacht, dass es keine einfachen Antworten auf all die neuen Herausforderungen gibt. »Die Linke argumentiert richtigerweise, dass es Alternativen zur dominierenden Politik gibt. Sie ist deutlich, wenn es darum geht, die gesellschaftlichen Verhältnisse (hier vor allem die Kapitalverwertung und das finanzmarktgetriebene Akkumulationsregime) als Ursache sozialer Spaltungen zu kritisieren. Das ist wichtig und macht sie gegenüber den anderen Parteien kenntlich. Eine andere Frage aber ist, ob es richtig und sinnvoll ist, den anderen Parteien vorzuwerfen, sie würden die Zwänge der Globalisierung, den demografischen Faktor und den Hinweis auf andere Herausforderungen nur benutzen, um ihre neoliberale Politik zu begründen, wie das oftmals geschieht. Bei einer solchen Konstellation kann die Linke nicht gewinnen. Sie bleibt in der Defensive, wenn sie nicht die Herausforderungen selbst Ernst nimmt und sie zum Ausgangspunkt ihrer politischen Konzepte und programmatischen Überlegungen macht.«⁵¹

Die Sorge, die hinter diesen Überlegungen mitschwingt, die neue Partei soll nur ja nicht in den Verdacht des Populismus geraten, den insbesondere Frontmann Lafontaine leicht auf sich zieht. Weniger begriffen wird mit solchen Sorgen, dass die Notwendigkeit der Kenntlichkeit klare Antworten und Losungen verlangt, hinter der die Partei steht und die den Wählern vermittelbar sind, die nicht zuletzt außerparlamentarische Bewegungen mobilisieren sollen. Mit der Forderung nach 8 Euro Mindestlohn oder der grundsätzlichen Ablehnung von deutschen Militäreinsätzen könnte in zwei eher marginalen Bereichen solche Formeln gefunden sein, ja, wenn sie – insbesondere in der Friedensfrage – nicht immer wieder umstritten wären.

Zu bedenken sind die Ursachen der heutigen Unsicherheiten. Sie resultieren sicher zuallererst aus dem Scheitern der bisherigen sozialis-

51 Horst Dietzel: »Neue Herausforderungen« in der parteipolitischen Auseinandersetzung. In: Forum Demokratischer Sozialismus. Berlin, vom 04.05.2006. http://www.zweite-erneuerung.de/download/Dietzel__neue_Herausforderungen.pdf [22.07.2006]. S. 20/21.

tischen »Großprojekte«, den staatssozialistischen Modellen sowjetischer Prägung im Osten, die mit Repressionen und Verbrechen, Demokratiemangel einhergingen und von denen sich die Bürger im entscheidenden Augenblick massiv abwandten. Aber da ist ebenso die wenig aussichtsreiche Erfahrung mit den reformistischen Modell im Westen, wo zwar immer noch das skandinavische als Beispiel herhalten kann und muss, aber mit dem realen Verfall auch der dortigen guten Sitten im neoliberalen Umfeld konfrontiert ist. Hier fehlen, wie oben schon benannt, die gleiche tiefgehende und selbstkritische Analyse dieses Reformmodells in seinen vielen Spielarten wie es diese für den osteuropäischen Staatssozialismus gibt. Zu dieser notwendigen Analysearbeit gehörte auch die Aufarbeitung des Aufstiegs und Verfalls des links-alternativen Ansatzes jener Partei, die aus der 68er-Bewegung hervorging, den Grünen.

Diese Unsicherheiten werden noch dadurch verstärkt, dass eine wirkliche parteininterne oder öffentliche Auseinandersetzung über Erfolg und Misserfolge der Regierungsbeteiligungen bzw. Tolerierungen seit den 1990er Jahren durch die PDS in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin, aber auch eine nüchterne Aufrechnung der Ergebnisse PDS-gemäßer Kommunalpolitik ausstehen.⁵²

Und schließlich wäre zu überlegen, welche Konsequenzen das rigide Aufgaben marxistischer Denkansätze zugunsten einer Vielfalt sozialkritischer Konzepte unterschiedlicher Provenance, einem Methoden- und Theorie-Mix hat. Wohl gemerkt nicht als Ergänzung oder Erweiterung sondern als weitgehendem Ersatz für ein auf die Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft, ihre Macht- und Eigentumsverhältnisse und die in ihr handelnden Klassen und sozialen Schichten gerichtetes Theoriegebäude, das zweifellos durch die Ideologen der II. und III. Internationale und ihre realsozialistischen Adepten arg verunstaltet wurde. Problematischer wirken die bereits zitierten »neuen Herausforderungen«, denen vermeintlich mit alten Mitteln nicht zu begegnen sind und die sich der Lösung durch radikale Schnitte entziehen würden. Gebrannte Kinder scheuen das Feuer, sicher, aber noch mehr scheinen nicht wenige neoliberale Argumentationen zu greifen, werden Sach-

52 Siehe z. B. Frank Berg: Die Mitte-Links-Koalition in Mecklenburg-Vorpommern. Teil I und II. Berlin 2001; Edeltraut Felfe / Erwin Kischel / Peter Kroh (Hrsg.): Warum? Für wen? Wohin? 7 Jahre PDS Mecklenburg-Vorpommern in der Regierung. Schkeuditz 2005; Rolf Reißig: Mitregieren in Berlin. Die PDS auf dem Prüfstand. Berlin 2005; Rolf Reißig / Michael Brie: Restriktionen und Optionen links-sozialistischer Politik in Regierungsverantwortung. Das Beispiel Berlin. In: rls Standpunkte. Berlin. H. 11/2005. S. 1–8.

zwänge zum Hindernis, grundsätzlichere Entscheidungen gegen kapitalistisches Eigentum, für radikale Umverteilung und Begrenzung unternehmerischer Freiheiten tatsächlich konsequent zu fordern. Ist es so, wie Hendrik Thome meint? »Eine Neuauflage sozialdemokratischer Politik im Sinne von Godesberg kommt ebenso wenig in Betracht wie eine Wiederholung des gescheiterten Staatssozialismus. Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kannten, ist zugleich auch das Ende des Sozialismus, wie wir ihn uns früher vorgestellt haben.«⁵³ Aber wo liegt das Problem dieser neuen Vorstellung? DDR- und SED-Erfahrungen, gute wie schlechte, nunmehr 15, 16 Jahre PDS-Geschichte und schließlich die Eindrücke von den anderen sich mehr oder minder links in Deutschland verstehenden Formationen, also besonders der SPD und der Grünen sollten in der aktuellen PDS-WASG-Debatte einfließen.

Was will eine linke Partei erreichen, kann sie ihr Ziel allein oder zuvörderst nur ethisch begründen und welche anderen Herleitungen bräuchte sie aus der Geschichte wie der aktuellen Auseinandersetzung? Wie steht sie zur Macht und wo glaubt sie, etwas bewegen zu können? Welche Rolle müssen Arbeit, Eigentum und Frieden in einer solchen Partei spielen, wenn sie Verhältnisse anstrebt, »in denen der Mensch« nicht mehr »ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist«⁵⁴?

Ein springender Punkt ist bereits das Bekenntnis zum Sozialismus, zum demokratischen Sozialismus. Die Bereitschaft, auf diesen Schlüsselbegriff für eine linke Partei zu verzichten war bereits bei der Namensgebung zu den Bundestagswahlen 2005 spürbar. Nachdrücklich wird von führenden Politikern der WASG wie Axel Troost betont, dass »zahlreiche WASG-Mitglieder den Neoliberalismus ablehnen und sich deshalb engagieren, sich aber nicht unbedingt als AnhängerInnen eines demokratischen Sozialismus bezeichnen würden. In einer neuen Linkspartei müssen sich alle Mitglieder wiederfinden, so daß Demokratischer Sozialismus kein Ausschlusskriterium für Mitglieder mit anderen Auffassungen sein darf.«⁵⁵

Entsprechend mager ist schon im programmatischen Eckpunktpapier die Zuwendung zum demokratischen Sozialismus ausgefallen, bestenfalls

53 Hendrik Thome: Neue Linke und demokratische Kultur. Die WASG im Parteibildungsprozeß. In: Sozialismus. Hamburg, H. 7–8/2006.

54 Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung. In: MEW. Bd. 1. S. 385.

55 Alexander Troost: Nur in der Pluralität erfolgreich. Streitfrage: Welches Programm braucht die neue Linke?. In: »Neues Deutschland« vom 18. August 2006. S. 14.

als Reminiszenz an frühere demokratisch-sozialistische Bewegungen und als Synonym: »Uns eint der Kampf für eine friedliche, gerechte und demokratische Gesellschaft, in der jede und jeder selbstbestimmt und in Würde leben kann ... Wir setzen uns dafür ein, dass eine Welt ohne Kriege, ohne Armut und Hunger möglich wird, in der jeder und jede Zugang zu Wohnung, Gesundheitsversorgung, Bildung und Kultur, zu sozialer Sicherheit und sinnvoller Arbeit hat. Dazu bedarf es einer grundlegenden Veränderung der Eigentums- und Machtverhältnisse. Viele unter uns sehen in einer solchen Welt eine solidarische, gerechte Gesellschaft, viele von uns verstehen darunter den demokratischen Sozialismus.«⁵⁶

Nicht zu übersehen ist, dass die künftigen Genossen in einer Realismusfalle stecken, wenn man das so benennen will. Suslows und Hagers »Realsozialismus« ist wohl das einzige, allerdings auch nicht mehr hinsichtlich seiner eindeutigen Defizite wie seiner Strukturen hinterfragte Referenzmodell für »Sozialismus«. Das war undemokratisch, nicht erfolgreich, für den Westen ein Scheckgespenst und von den Bürgern im Osten 1989/91 beiseite geschoben. Darauf, so die Verbeugung vor dem (konservativen) Zeitgeist, können sich Linke nicht positiv beziehen ... Oder nur ein klein wenig, wenn es um solche Leistungen wie fehlende Arbeitslosigkeit und Armut, wie umfassende Sozialpolitik, Brechung des Bildungsmonopols der Privilegierten, Verantwortung für die bislang Ausgrenzten und Unterdrückten oder die neue Rolle der Frau geht. Die skandinavischen Beispiele gehen auf der anderen Traditionslinie kaum als Sozialismus durch. Den meisten ist schon klar, dass dort bestenfalls, aber immerhin, ein »Kapitalismus mit menschlichem Antlitz« auszumachen ist - beispielgebend genug, zumal in neoliberalen Zeiten.

Allein auf »Links« als Kennzeichen einer alternativen Politik zu setzen, bringt hier wenig. Und das nicht zuletzt, weil damit die Notwendigkeit den Kapitalismus zu überwinden letztlich verabschiedet wird. Aktuelle Politik gegen die schlimmsten Auswirkungen des neoliberalen Abbaus des Sozialstaats, auch gegen imperialistische Außenpolitik ist damit selbstredend möglich. Aber die Partei und die auf sie Blickenden verlieren die Chance, nicht nur ein »kleineres Übel« zu sein, sondern für einen radikalen Bruch mit der Kapitalverwertungslogik, die letztlich die Grundlage für Ausbeutung und Aggression ist, zu stehen. Ohne Sozialismus als Ziel, nicht für jedes Parteimitglied hier und jetzt und

56 Programmatische Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland. S. 1.

wahrlich nicht in jedem einzelnen politischen Schritt heute, läuft eine Linkspartei Gefahr zum Bestandteil jenes Systems zu verkommen, dass sie verändern will.

Also hoffen wir auf eine »neue soziale Idee«, mit (?) der die Linkspartei.PDS in den Bundestagswahlkampf zog - ohne zu sagen, was es sein soll. Oder, wie nun von pragmatisch orientierten Teilen der L.PDS nachgeschoben wird. »Einerseits ging es dabei weniger um Neues, sondern um das uralte zivilisationsgeschichtliche Gebot von Mitmenschlichkeit: Um Solidarität. Zugleich aber muss diese uralte soziale Idee heute unter den Bedingungen von Globalisierung, HighTech-Wirtschaft, demografischem Wandel und von massiv geplünderten öffentlichen Kassen verwirklicht werden. Das ist die Herausforderung: Das ist die neue soziale Idee.«⁵⁷

Abgesehen von der kruden Logik eines solchen Satzes, er zeigt, dass das Selbstverständnis der Linken gelitten hat. Eine Idee wird nicht neu, wenn die Bedingungen sich wandeln. Natürlich gibt es Unterschiede zwischen einem Kapitalismus der Dampfmaschine und dem des Elektronengehirns, es verändern sich die Möglichkeiten der Ausbeutung wie der Korruption der arbeitenden ebenso wie die Möglichkeiten, sie für den Kampf gegen diese Ausbeutergesellschaft zu mobilisieren.⁵⁸ Parteibildungen und damit die Neuorientierung der Linken war auch in der deutschen Geschichte immer ein Ringen in besonderen Situationen, gerade darum gab es ja den Versuch, die Einheit zu gewinnen. 1875 stand die mit Blut und Eisen vollzogene Reichseinigung und der Gründerkrach, die große Wirtschaftskrise, im Mittelpunkt, die VKPD musste mit den Folgen eines Weltkriegs, einer gescheiterten Revolution, einer Wirtschaftskrise fertig werden, die SED hatte 1946 wieder mit den Kriegsfolgen, mit einem von den Nazis verblendeten Volk und einem geteilten Land zu tun. Jedes Mal ein neuer Sozialismus, eine »neue Linke? Was greift, das sind günstigere materielle Mittel für breiten Wohlstand und die Humanisierung der Arbeit, bessere Kommunikation und Demokratieausübung oder günstigere Bildungsbedingungen.

Spannend und verbindend bleibt die Ablehnung von Ausbeutung und Unterdrückung, auch dann, wenn in den Metropolen der Arbeitslose noch in der Lage ist mit dem eigenen (allerdings meist doch recht bescheidenen) Auto zur Arbeitsagentur zu fahren. Genau dies ist Leis-

57 Abschied und Wiederkehr. Aufruf aus der PDS zur neuen Linkspartei in Deutschland. In: »Neues Deutschland« vom 08./09. Juli 2006. S. 24.

58 Siehe ausführlicher Wolfgang Fritz Haug: High-Tech-Kapitalismus. Analysen zur Produktionsweise, Arbeit, Sexualität, Krieg und Hegemonie. Hamburg 2003.

tung des Sozialismus (als wissenschaftlichen Theorie und soziale Bewegung) des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts: Einen nur aus der Ungerechtigkeit, dem Neid, dem Mitleid geborenen gefühlsmäßigen, ethischen Sozialismus nun auch aus den realen, kapitalistischen Verhältnissen heraus zu begründen. Das könnte auch für den 21. Jahrhundert helfen, sozialistische Ideen nicht allein in die Ecke unerfüllbarer Wunschträume und des Gutmenschentums zu verbannen. Das betrifft sowohl die Metropolen wie jene Teilen der Welt, die unseren Reichtum mehr und mehr erwirtschaften. Nebenbei bemerkt ist jene zitierte »Mitemenschlichkeit« eine gelinde gesagt verkürzte Übersetzung von Solidarität – denn letztere schließt ein entsprechendes kollektives Denken *und* Handeln, auch die Anerkennung und Verwirklichung gemeinsamer Interessen ein. Sonst würde auch der »mitfühlende Konservatismus« eines George Bush jr. oder einer Kanzlerin Merkel als neue menschlichere Gesellschaft durchgehen. Diese fragwürdige »Nähe« zu den radikalen ideologischen Unterfütterungen des Profitsystems funktionieren auch mit der berechtigten nach dem Realsozialismus verständlichen radikalen Absage an kollektivistische und straff von oben geführte Gesellschaften. Ein, vielleicht das Problem, der Verankerung und Begründung linker Auffassungen dürfte darin bestehen, dass heute eher libertär-anarchistisch oder liberal links mit einer zivilgesellschaftlichen oder radikal chancengleichen Ausrichtung auf ein hohes Maß an Eigenverantwortung Linkssein begründet wird. Das schließt eine Delegation der Verantwortung an das Individuum mit seinem politischen Autonomie, Rechten und Freiheiten ein und bedeutet zwangsläufig eine schwache, jedenfalls nicht instrumentale Sicht auf den Staat - die alten staatsfixierten Auffassungen sind damit natürlich obsolet.⁵⁹

Überhaupt wird die Trennschärfe geringer. »Unter den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gebe es ›keine Hierarchie‹, ... denn sie würden einander bedingen. Allerdings müsse die Frage beantwortet werden, ob die Politik mehr Freiheit wagen sollte ›um der Gerechtigkeit und der Solidarität‹ willen. Hier gebe es Diskussionsbedarf. Die Fähigkeit zur Solidarität (ist) ... eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Zusammenhalt.«⁶⁰ Nur der Verweis, dass es um den Zu-

59 Siehe ausführlicher zu solchen Begründungszusammenhängen: Ladewig, Bernd: Was ist heute links? In: fds vom 10.07.2006.

60 Angela Merkel: Die CDU bleibt die Partei der sozialen Marktwirtschaft. CDU Deutschland.
http://www.cdu.de/index_17471.htm [26.08.2006]

sammenhalt der Nation gehe und dass es sich um christliche Grundwerte handelt, gestattet hier eine Zuordnung. Dagegen stellen emanzipatorische Linkem, durchaus in ähnlichen Formulierungen wie die meisten anderen Gruppierungen, heraus: »Es ist Aufgabe einer modernen Neuen Linken, Freiheit und Gleichheit zu versöhnen, anstatt der unsinnigen Ideologie aufzusitzen, dass das eine wichtiger sei als das andere. Freiheit und Gleichheit schließen sich nicht aus, sie bedingen sich vielmehr.«⁶¹ Selbstredend ist die Erfahrung erschreckend, dass die Linke an der Macht in Osteuropa lange genug und brutal genug die Freiheit zugunsten einer – dann auch nur unvollkommenen Gleichheit suspendiert hatte, zu Zeiten des Hochstalinismus mit Füßen trat. Damit erübrigt sich aber nicht die Frage nach der »Freiheit wofür« und »von wem«. Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums wird nach aller historischen Erfahrung auch das Wegnehmen und das Einschränken der Freiheit für die Besitzenden bedeuten. Ob sie ausgezahlt werden oder ihre Konten konfisziert werden, ob sie als Steuerbetrüger hinter Gittern wandern oder als sozial verantwortliche Unternehmer an der Spitze ihrer nun vergesellschafteten Unternehmen bleiben – das sind Fragen der persönlichen Entwicklung und des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses. Natürlich klingt es gut, wenn Linke sich vor »ökonomistischen Verkürzungen, bekannt als die Hauptwiderspruchsfälle« schützen wollen und es ablehnen, »darüber zu entscheiden, welche Ursachen von Unfreiheit die eigentlichen oder wichtigeren sind.«⁶² In der praktischen Politik werden sie irgendwann vor die Frage gestellt, ob und wie sie handeln wollen. Dass dies nicht am St. Nimmerleinstag passiert, sondern bereits früher, zeigt die Crux der Regierungsbeteiligung von Linken seit Jahr und Tag, in Deutschland heute sowohl in Kommunen wie in Ländern. Nur als »Lernprojekte« scheinen diese Beteiligungen fragwürdig. Dürfen Linke das Tafelsilber mit verscherbeln oder dient es der Sanierung und der Bewahrung sozialer Standards - und wie lange? Wie steht man zu »humanitären Interventionen«? Können unsoziale Gesetze wie die Hartz-IV-Gesetze sozial umgesetzt werden?

Ein Problem der Linken nach dem Ende des Realsozialismus ist ihr ahistorisches Agieren gerade in ihrem historischen Zusammenhang. Da

61 Julia Bonk / Katja Kipping / Caren Lay: Freiheit und Sozialismus – Let's make it real. Emanzipatorische Denkanstöße für die neue linke Partei. o. O. [Berlin] 2006. www.emanzipatorische-linke.de/files/emaly/let_make_it_real.pdf.

Auch »Neues Deutschland« vom 28. April 2006. S. 15.

62 Ebenda.

folgt ein Landesvorsitzender der L.PDS, zumal des Landesverbandes, der von der eigenen Parteilinken wie von Teilen der WASG als besonders neoliberal angehaucht angesehen wir: »Wir haben gelernt, dass die These der früheren grünen Bundessprecherin Verena Krieger völlig richtig ist: Die Institutionen des bürgerlich-parlamentarischen Staates sind kein Fahrrad, auf das man sich setzen und in beliebige Richtung davon radeln kann. Meines Erachtens passt das Bild eines riesigen Ozeantankers besser auf das Regieren im Land. Es gibt einen Wendekreis von einigen Kilometern, dazu sind Eisberge unterwegs, denen es ununterbrochen auszuweichen gilt, und es gibt reichlich hohen Wellengang. Der Staat ist nichts Fixes, er ist ein soziales Verhältnis innerhalb des Systems kapitalistischer Reproduktion. Er muss Integration, Legitimation und die Grundvoraussetzungen ökonomischer Verwertung sicherstellen.

Wir haben gelernt, dass die Linke aber auch nicht um das Agieren im politisch-institutionellen System herumkommt und dass sie dabei zum Teil nach dem Prinzip Trial-and-Error verfahren muss. Wir besitzen keine jahrzehntelange Erfahrung linker parlamentarischer Aktion zwischen Protest, Alternativensuche und Parlaments- und Regierungsbetrieb.«⁶³

Wo sind sie geblieben die Erfahrungen oder lernt man nur aus dem aktuellen Handeln? Ist die Linke nicht zu sehr fixiert auf ihren berechtigten Antistalinismus und übersieht sie nicht die Tücken von über 100 Jahren Reformpolitik und Mitwirkung im parlamentarisch-demokratischen System nicht nur Deutschlands, nicht nur der Sozialdemokraten? So sind viele der heutigen Debatten zur Umverteilung der Arbeit und des Reichtums, zum bedingungslosen Grundeinkommen jene, die bereits in den Abwehrkämpfen gegen den damaligen Neoliberalismus Ausgang der 1980er Jahre eine Rolle spielten. Sie bewegten damals linke Sozialdemokraten und vor allem Grüne,⁶⁴ bevor der Fall des Staatssozialismus dem Neoliberalismus die kapitalistische Weltherrschaft und ein ideales Experimentierfeld, Märkte und Werkbänke bescherte.

»DIE LINKE bekennt sich zum demokratischen Sozialismus. Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte. Weil der Schwächere nur frei sein kann, wenn ihn Gesetze und Regeln vor der Willkür der Stärkeren schützen, setzt sie auf Regulierung statt auf Deregulierung.

63 Klaus Lederer: Lohnt regieren? Lohnt regieren in Berlin? Welche Perspektiven hat linke Politik für Berlin bis 2011? In: fds vom 04.07.2006.

64 Siehe z. B. instruktiv Klaus Dräger: Erneuerter Keynesianismus – Richtschnur für die Strategiedebatte der Linken. In: Berliner Debatte Initial. H. 4/2006. S. 81f.

Den moralischen Grundwerten der Gesellschaft soll auch in der Wirtschaft Geltung verschafft werden. Gesetze und Regeln müssen sicherstellen, dass die Kapitalverwertung dem Gemeinwohl verpflichtet ist, wie es das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verlangt. Schlüsselbereiche der Wirtschaft und der Daseinsvorsorge müssen in öffentliche Eigentumsformen überführt werden und demokratischer Kontrolle unterliegen.«⁶⁵ Dieser zentrale Gedanke aus dem Aufruf führender Politiker der beiden Parteien, die zusammengehen wollen, könnte ein Einstieg für eine linkssozialistische Partei sein, wenn er nicht End-, sondern Anfangspunkt einer ebenso realpolitischen wie kämpferisch-visionären Politik sein will.

65 Lothar Bisky / Katja Kipping / Klaus Ernst / Felicitas Weck / Gregor Gysi / Oskar Lafontaine: Aufruf zur Gründung einer neuen Linken.

Autorenverzeichnis

PROF. DR. GÜNTER BENSER
Baikalstr. 15
10319 Berlin

DR. STEFAN BOLLINGER
Glambecker Ring 75
12679 Berlin

PROF. DR. KLAUS KINNER
Lampestr. 12
04107 Leipzig

PROF. DR. KURT SCHNEIDER
Inselstr. 28
04103 Leipzig

PROF. DR. WOLFGANG SCHRÖDER
Am Schmiedehöfchen 6
04425 Taucha

PROF. DR. JUTTA SEIDEL
Str. des 18. Oktober
04103 Leipzig

